

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis (Schonnummeren):
Wochenschrift 1.20 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr

beträgt für die hochgehaltene Kolonelle
ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gemeinnützige Erreichte-
und Benennungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (Stell-
gebühren) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 6 Pf., Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1942.

Freitag, den 23. Februar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Gemeindevertreter-Wahlen.

Die Agitation zu den Gemeindevertreter-Wahlen in den
Berliner Vororten ist im vollen Gange. Ueberall rufen sich
unsere Parteigenossen zum Kampfe, überall sind sie bestrebt,
die Massen über die Bedeutung der Wahlen aufzuklären und
sie an ihre Pflicht zu erinnern, damit dem Dreiklassen-Wahl-
system zum Troste in die Verwaltung selbst der kleinsten
Gemeinde Vertreter des Proletariats einzuliefern. Aber auch
unsere Gegner sind an der Arbeit; sie haben vergessen, was
sie sonst im politischen Leben trennt, die äußerste Linke der
Bourgeoisie hat sich mit der äußersten Rechten verbündet, auf
dass die Oliguenwirtschaft fortdaure und kein Sozialdemokrat
die Ruhe der Gemeinde stört.

In der Gemeinde jedoch bedeutet die Ruhe nichts anderes
als die Verhinderung einer geistlichen Entwicklung in
sozialer Beziehung. Mehr als irgendwo anders gilt hier das
Wort, daß Stillstand Rückschritt ist. Gerade auf sozialem
Gebiete haben die Gemeinden soviel Gelegenheit, sich zu
betätigen, daß schon allein aus diesem Grunde die Wahl von
sozialdemokratischen Vertretern im Interesse der Kommunal-
verwaltungen selbst ein Gebot der Notwendigkeit ist.

Die Berliner Vorortgemeinden, in denen jetzt die Er-
gänzungswahlen ausgeschrieben sind, sind zwar ihrer
Verfassung nach immer noch Landgemeinden, in Wirklichkeit aber
sind es zum großen Teil bereits Mittelstädte, vereinzelt sogar
Großstädte. Nicht nur nach der Zahl ihrer Einwohner,
sondern auch nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung. Wir haben
unter ihnen Gemeinden mit eigenen Gasanstalten und
Elektrizitätswerken, Gemeinden mit eigenen großen Kranken-
häusern, Waisenhäusern und sonstigen gemeinnützigen Instituten.
Solche Gemeinden beschäftigen eine mehr oder minder große Zahl
von Arbeitern und können in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber
einen recht wesentlichen Einfluß auf die Arbeiterverhältnisse
im allgemeinen ausüben. In ihnen finden wir ein groß-
städtisches Proletariat, das nach Bildung dürftet und machtvoll
verlangt, daß wenigstens seinen Kindern die Bildung und
Erziehung zuteil wird, auf die es selbst hat verzichten müssen.
Von der Beschaffenheit der Volksschulen wird es in der Haupt-
sache abhängen, ob dieser Wunsch des Proletariats in Er-
füllung geht. In diesen Gemeinden mit ihrer ländlichen
Verfassung haben sich Industriezentren herangebildet und Hand
in Hand damit hat sich das Wohnungsgelände gezeigt, wie wir
es in fast allen Großstädten antreffen. Die Zeiten, wo die in
Berlin tätigen Arbeiter in den Vororten behaglich eingerichtete
billige und gesunde Wohnungen fanden, in denen sie sich von
des Tages Mühe und Arbeit erholen konnten, die Zeiten,
wo sie vielleicht fernab vom Lärm der Großstadt sich
ein eigenes Häuschen und ein Stück Land erwerben
konnten, gehören der Vergangenheit an. Auch in
den Vororten hat die Mietsteigerung ihren Einzug
gehalten, auch hier muß der Proletarier sich mit unzuläng-
lichen Wohnungen begnügen, auch hier erscheint ihm zu jedem
Umzugstermin das drohende Gespenst der Mietsteigerung.

Ein ebenso lebhaftes Interesse wie an gesunden Woh-
nungen hat die Arbeiterklasse an den gesundheitlichen Zuständen
in der Gemeinde im allgemeinen. Wenn infolge mangelhafter
Sanitation, infolge schlechten Trinkwassers oder dergleichen
irgendwo eine Epidemie ausbricht, dann ist das Proletariat
in erster Linie der Gefahr einer Erkrankung ausgesetzt. In
dem ohnehin nicht ausreichend ernährten Körper der Proletarier
finden die Krankheit und Tod bringenden Bazillen den besten
Nährboden, in den engen Wohnungen verbreiten sich die
Krankheitskeime am leichtesten, und so werden oft in wenigen
Tagen ganze Familien dahingerafft.

Auf all den genannten Gebieten aber kann eine Gemeinde-
verwaltung, in der der richtige soziale Geist herrscht, viel
wirken. Sie kann ihre Arbeiter so stellen, daß sie anderen
Arbeitgebern ein Muster ist. Leider ist das heute nur ver-
einzelt der Fall. In der weitaus größten Zahl wachen die
Gemeinden, in denen dank dem Dreiklassenwahlsystem der
Geldsack herrscht, ängstlich darüber, daß ihre Arbeiter keine zu
hohen Löhne bekommen, daß ihnen kein Recht auf Alters-
oder Invalidenpension, kein Rechtsanspruch auf Witwen- und
Waisenversorgung gewährt wird. Sonst könnten sie ja der
Privatindustrie mit gutem Beispiel vorangehen und sie zwingen,
es ihnen gleich zu tun. Und das muß auf jeden Fall ver-
hindert, das Kapital muß geschont werden.

Ebenso wenig ist von den Gemeindevertretungen unter dem
Dreiklassenwahlsystem mit seiner Bevorzugung der Angesehnen
eine sozialpolitisch vernünftige Wohnungspolitik zu erwarten.
Die Erfahrung lehrt, daß sich die Interessenten mit Händen
und Füßen jedem Eingriff in die schlechten Wohnungs-
verhältnisse widersetzen, daß sie nichts tun, um den Boden-
mücker zu bekämpfen, um die Erstellung billiger Wohnungen
für die Minderbemittelten zu begünstigen oder auf irgendeine
andere Weise dem Uebel zu begegnen. Wie alle privilegierten
Klassen, so haben auch die Angesehnen das Privileg, das
ihnen ein reaktionäres Gesetz geschenkt hat, mißbraucht, sie
haben sich selbst Vorteile auf Kosten der Gesamtheit zu ver-
schaffen gesucht und machen von ihrem Vorrecht in der rückwärts-
losesten Weise Gebrauch.

Ueber die Stellung der Arbeiterklasse zur Volksschule
etwas zu sagen, wäre eigentlich überflüssig. Die Arbeiter
kennen die Bedeutung der Volksschule, sie wissen, welche
Vorteile ihnen eine gute und welche Nachteile ihnen

eine schlechte Schule gewährt. Wenn auch die Volksschul-
gesetzgebung Sache des Landtages ist, so könnten
doch die Gemeinden viel tun, um den Unterricht erprießlich
für die Kinder zu machen. Auf die Festsetzung des Lehr-
plans haben sie keinen Einfluß, der wird ihnen diktiert. Wohl
aber könnten sie durch Anstellung und ausreichende Besoldung
der genügenden Anzahl von Lehrkräften, durch den Bau
hygienischer und pädagogisch einwandfreier Schulhäuser, durch
vernünftige Anordnung des Unterrichts viel zur Hebung der
Volksschule beitragen. Die Gewährung freier Lernmittel,
die Verabreichung warmen Frühstücks, die Errichtung von be-
sonderen Klassen für geistig zurückgebliebene Kinder, die Ein-
richtung von Erholungsheimen oder Waldschulen — all' das
sind Maßnahmen, die zweifellos ihre gute Wirkung auf die
Ausbildung unserer Jugend nicht verfehlen werden.

In den Volksschulunterricht hätte sich ein obligatorischer
Fortbildungsschulunterricht anzuschließen, nicht nur, wie es
heute gewöhnlich der Fall ist, für gelernte männliche Arbeiter,
sondern für gelernte und ungelernete Arbeiter beiderlei Ge-
schlechts. Die Möglichkeit hierzu ist den Gemeinden durch
Gesetz gegeben.

Auch die Armen- und Waisenspflege bedarf dringend einer
Ausgestaltung. Hier müssen vor allem soziale Gesichtspunkte
maßgebend sein. Die Gemeindeverwaltungen müßten
erkennen, daß es ihre Pflicht ist, für diejenigen ihrer Mit-
glieder, die sich nicht selbst helfen können, zu sorgen, sie
müßten in erster Linie vorkriegend wirken und ver-
hindern, daß die Gemeindeangehörigen der Armenpflege zur
Last fallen.

All das kostet natürlich Geld und die Gemeinden sind in
bezug auf ihre Einnahmen im wesentlichen beschränkt auf Zu-
schläge zur Einkommensteuer, auf die Grund- und Gebäudesteuer,
auf Ueberschüsse aus städtischen Betrieben und auf Gebühren.
Trotz dieser Beschränkungen sind sie in der Lage, die not-
wendigen Mittel aufzubringen. Aber leider nehmen sie auch
hierbei meist zu viel Rücksicht auf die Besizhenden, die gefordert
werden, aus Furcht, sie könnten sonst dem Gemeindegeld
den Rücken kehren. Noch gibt es Steuerquellen, die die
Minderbemittelten nicht treffen, Steuerquellen, die zu er-
schließen die Gemeindeverwaltungen in ihrer engherzigen
Rücksichtnahme auf die Interessen der Besizhenden aber Ver-
denken tragen. Wieviel ließe sich zum Beispiel aus einer
gerechten und von sozialpolitischen Grundätzen geleiteten Ver-
steuerung des Bodens, aus der Besteuerung des unerdienten
Wertzuwachses, heraushehlen?

Schon aus diesen wenigen Andeutungen können die
Arbeiter entnehmen, welche Bedeutung die Gemeindevertreter-
wahlen für sie haben. Gewiß ist der Kampf schwer, aber das
darf das Proletariat nicht abhalten, alles aufzubieten, um
schließlich doch den Sieg zu erringen. Es ist ein Kampf, des
Schweiges der Edlen wert. Zeigen wir den herrschenden
Klassen, daß der Gedanke des Sozialismus sich siegreich
Bahn bricht und daß es keine Gemeinde mehr gibt, die nicht
schon vom „Gift der Sozialdemokratie infiziert“ ist! Geweifen
wir durch den Erfolg, daß die Arbeiterklasse auch den Ball
des Dreiklassenwahlsystems mit klümem Ansatze erklümmt!

Vergessen wir nicht, daß Siege, die wir in Groß-Berlin
erringen, ansehnend, Niederlagen aber entmutigend auf unsere
Genossen im Lande wirken! Wie Berlin selbst, so müssen
auch alle Gemeinden in seiner Umgebung Hochburgen der
Sozialdemokratie werden.

Die Revolution in Rußland.

Väterchens Beschützer müssen hungern.

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir den Ausruf des zweiten
Krupp'schen Kosakenregiments. Wie die Lage der Familien dieser
Beschützer Väterchens am Don, Kuban und Ural ist, darüber be-
richten jetzt einige russische Blätter. In den früheren Jahren
mußten die Kosaken höchstens Petersburg, Warschau
und Moskau beschützen. Ein Teil der Männer war
wenigstens zu Hause und bebaut den Boden oder half
ihm zu bebauen. Allmählich mußten nicht allein die Residenzen vor
„Nihilisten“ und Studenten beschützt werden, sondern der innere
Feind war zu einer großen Armeer herangewachsen, die ihre Mit-
glieder überall da zählte, wo ein industrielles Proletariat
vorhanden war. Während des Krieges mit Japan mußte noch der
Rest der arbeitsfähigen Kosaken mobilisiert werden. Und jetzt, wo
ganze Bezirke aufständischer Bauern „beruhigt“ werden müssen, geht
es beim besten Willen nicht, die Leibwache Nikolaus', der er noch
jüngst seinen tiefinnigsten Dank aussprach, zu vermindern. Und
dennoch soll es nach einer Meldung des „Wetschny Goloz“ geschehen. Das
Blatt berichtet zu wissen, daß bis zum 30. März alle in der Residenz
und den Provinzialstädten stationierten Kosakenregimenten aufgelöst
und nach Hause entlassen werden, denn die Hungernot in
einigen Kosakengebieten, die infolge von
Mangel an arbeitsfähigen Männern aus-
gebrochen sei, nehme furchtbare Dimensionen
an. Eben sei wieder eine diesbezügliche Klage aus der Kosakenieder-
lassung Urjupinskaja eingelaufen. — Wir können zu dieser Notiz
des russischen Blattes noch hinzufügen, daß, wie uns bekannt ist,
tatsächlich unsere Kosaken aus den Ostseeprovinzen schon in die
Geimat abgereist sind, wobei die Obrigkeit ihnen erlaubt hatte,
einige den lettischen Bauern abgenommenen Flinten mitzunehmen.

Zwischen ist es schon zu einem offenen Aufstande der Kosaken
gekommen. Ein Telegramm meldet:

Petersburg, 21. Februar. (Von einem Spezialkorrespondenten.)
In der Stanija Giansin im Kubangebiet meutern 600 Kosaken
vom Regiment Urup. Gegen die Meute, die sich verschanzt haben,
sind Truppen mit fünf Maschinengewehren entsandt worden. Der
Chef des Kubangebietes begleitet die Truppen. Es ist bereits zu
einem Zusammenstoße gekommen, doch liegen bis jetzt noch keine
Einzelheiten vor.

Abzug aus der Zwingsburg Schlüsselburg.

Der Geldmangel der russischen Regierung hat vorläufig schon
eine gute Tat bewirkt. Die Unterhaltung der Festung Schlüsselburg
mit den Tausenden von Gendarmen kostete der Regierung recht
erhebliche Summen, dabei war die Zahl der Inassen in allerletzter
Zeit auf zwölf zusammengeschumpft. Die russischen Gendern
haben beschlossen, diese Opfer an irgend einem anderen Orte —
billiger umzubringen.

Die „Nowoje Wremja“ schreibt, daß am 12. Februar
die letzten zehn politischen „Verbrecher“ mit einem
Estrazuge von Schlüsselburg nach Petersburg gebracht wurden.
Hier erwarteten dieselben auf der Station Ostka eine Eskadron
berittener Gendarmen und sechs gefesselte Equipagen.
Die angekommenen „Vertreter des unterirdischen Rußlands“
wurden eiligst in die verdachten Kutschen gesteckt, wobei die nötige
Begleitung nicht veräußerte, ihnen auf dem Fuß zu folgen. Jede
Equipage wurde von je zwei berittenen Gendarmen begleitet.
Den Schluß des Zuges bildete eine ganze Eskadron Gendarmen.
Die Genossen hatten die Nacht gewöhnlicher Sträflinge an.
Um 12 1/2 Uhr nachts brachte ein anderer Zug die Genossen
weiter. Wohin, das verheimlicht uns der alte Diener
des Jaren. — Unsererseits wollen wir nur noch eine Notiz hinzufügen:
Einer der früheren Bewohner der Festung Schlüsselburg, N. A.
Marosoff, ist nach einem kurzen Aufenthalte bei Verwandten
jetzt nach Petersburg gefahren und will dort seine sozialen und
naturwissenschaftlichen Studien, die er im Laufe der zwanzig-
jährigen Gefangenschaft geschrieben hat, veröffentlichen.
Seine Arbeiten umfassen 27 Bände.

Wetterzeichen.

Der „Lokal-Anzeiger“ meldet:
Obeffa, 22. Februar. In Otschakow, wo der Prozeß gegen
Leutnant Schmidt verhandelt wird, wurde ein Konsploit ent-
deckt, das den Zweck hatte, Schmidt zu befreien. Aus Sewastopol
sollte ein Kriegsschiff kommen und die Festung bombardieren. Ein
Telegraphenbeamter wurde zwischen Otschakow und Nikolajew ver-
haftet, über die Festung der Kriegszustand proklamiert. In
der Stadt sind revolutionäre Vandalen angekommen.

Weitere Mitteilungen lauten:
Petersburg, 22. Februar. Gegen fünfzig Personen drangen
am 17. Februar in die Synagoge der Stadt Platel ein
und forderten den sein Amt ausübenden Geistlichen auf, den Kirchen-
dienst einzustellen, damit es ihnen gestattet sei, ein Meeting ab-
zuhalten über die Einberufung der kaiserlichen Duma. Infolge
dieser Forderung kam es zwischen den Eindringlingen und den
Kirchenbesuchern zu einem Zusammenstoß. Später wurden vier-
zehn Agitatoren verhaftet. — In Warschau wurde gestern ein Jude
verhaftet, der dreißig Hülsen für Revolverpatronen bei sich führte.
Wien, 22. Februar. Aus dem Kreise Luthum laufen zahlreiche
beunruhigende Nachrichten ein. Dieser Kreis steht wieder in vollem
Aufbruch. In der Umgebung von Neuenburg plündern die Räuber
die Gemeinden und Pfarrämter.

Petersburg, 22. Februar. In der Stadt Bjelka bei Homel
kam es neuerdings zu großen antisemitischen Exzessen. Die Häuser
der Juden wurden überfallen, geplündert und in Brand gesteckt.
Hierbei kamen zahlreiche Personen ums Leben.

Die Duma

soll dem „Ruf“ zufolge am 1. Mai zusammentreten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar.

Ziastko des Generaltarifs.

Als der Zolltarif im Jahre 1902 beraten wurde, priesen
ihn die Zollfreunde als ein vorzügliches Instrument zwecks
Abschlusses von günstigen Handelsverträgen, insbesondere mit
Amerika. Die Behauptung der Opposition gegen den Zoll-
tarif, daß der Generaltarif mit seinen unünftigen Sätzen nicht
ein Instrument zum Abschluß, sondern zur Hinderung guter
Handelsverträge sein könne, ist durch den Verlauf der Dinge
vollaus bestätigt. Die Notwendigkeit der Vorlegung des
Handelsprovisoriums mit Amerika zeigt dies drastisch. Unsere
heimische Produktion würde so gewaltig durch Infraktieren
der Generaltariffsätze gegenüber Amerika geschädigt, daß selbst
die agrarischste Regierung davor zurückschrecken muß, dies
„Instrument“ anzuwenden, da es nicht dem Auslande, sondern
Deutschland tiefe Wunden schlagen würde. Dem Handels-
provisorium mit Amerika mußten selbst die energiereichsten Schutz-
zöllner des Reichstages zustimmen. — In der dann wieder
ausgenommenen Debatte über den Justizetat ritt der Abg.
Roeren sein Leg. Heinze-Röhlein. Morgen Fortsetzung der
Etatberatung. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus verlei am Donnerstag zunächst
die zurückgestellten Positionen des Forstetats, die sich auf die
Gehälter der Förster beziehen. Nach längerer Debatte einigte
man sich auf eine Resolution, durch welche die Regierung er-
sucht wird, dafür Sorge zu tragen, daß die Lage der mittleren
und unteren Forstbeamten durch Erhöhung der Dienst- und
Pensionsbezüge baldmöglichst gebessert werde. Mit dieser
nichtsagenden Resolution werden die Beamten abgepeist.
Dafür sollen sie endlich ihre „Agitation“ einstellen! Hoffentlich
werden die Forstbeamten sich nicht so leicht täuschen lassen.

Hierauf begann die Beratung des Staats des Finanz-
ministers. Die in diesen Etat eingestellten Korruptions-
fonds, die den Oberpräsidenten in den „gemischtsprachigen“
Gegenden zur Bekämpfung des Polens- und Dänentums zur
Verfügung stehen, gaben Veranlassung zu einer ausgedehnten
Polen-Debatte, die am Freitag fortgesetzt wird. —

Die Marokkokrise.

Die Stimmen mehren sich, die ein vollständiges Scheitern
der Marokkokonferenz prophezeien. Frankreich werde Deutsch-
lands Forderungen unmöglich im vollen Umfange entsprechen
können, und Deutschland werde Frankreichs Konzessionen als
ungenügend ablehnen. Durch das Scheitern der Konferenz
werde dann wahrscheinlich der status quo in Marokko für
einige Zeit gesichert sein. Frankreich werde wahrscheinlich
dabon Abstand nehmen, entgegen dem deutschen Widerstande
etwas in Marokko zu unternehmen. Deutschland seinerseits
werde sich dann sicherlich mit diesem vorläufigen Erfolg seines
Einspruchs zufriedengeben und auf jede weitere Verschärfung
des Konfliktes verzichten.

Wenn der Ausgang der Konferenz in der Tat ein der-
artiger wäre, so wäre an die Stelle der akuten die
chronische Krise getreten, ein unerträglicher Zustand
feindseligen Mißtrauens und arglistigen Sichbelauerns. Und
in diese trostlose Situation wären zwei große Kulturnationen
hineingetrieben worden durch die Intrigen einer
Sandvöll-Deutepolitik, durch die Frivolitäten einer
Diplomatie, die sich strupellos über den
Willen der Völker selbst hinwegsetzt!

Jaurès Appell an England.

Aus dem gestern bereits erwähnten Briefe des Genossen
Jaurès an die regierungsoffizielle „Tribune“ seien nachfolgend
die wichtigsten Stellen mitgeteilt:

... In Frankreich gibt es keine Partei und keine Klasse,
die nicht den hohen Wert eines guten Einvernehmens mit England
anerkennt. ... In England war es die konservative Partei, die
das englisch-französische Einvernehmen offiziell abschloß, aber das
geschah unter dem herzlichen Beifall der liberalen Partei. Der
strenge Regierungsantritt der liberalen Partei kann nur ein Er-
gebnis haben: die „Entente cordiale“ zu festigen. ... Der Haupt-
punkt ist, daß die Freundschaft der beiden Nationen von keinem
aufrichtigen Menschen — selbst indirekt und annähernd — als eine
Drohung gegen ein anderes Volk ausgelegt werden kann. Der
ganze Zweck der „Entente“ kann von den beiden Nationen verwirk-
licht werden, ohne daß dadurch Deutschland irgend ein Anlaß zum
Krieg gegeben wird, da es in gleicher Weise im Interesse beider
Nationen liegt, daß ihre Beziehungen zu Deutschland korrekt, sicher,
ja sogar herzlich sind. ... Ich hoffe, mich keiner Indiskretion
schuldig zu machen, wenn ich sage, daß ein Teil der englischen
Presse uns (den französischen Sozialisten) gegenüber nicht gerecht
gewesen ist. Wollte man nach der Pariser Korrespondenz der
„Times“ urteilen, so müßte man annehmen, daß wir gegenüber
dem englisch-französischen Einvernehmen eine Art Kälte oder Miß-
trauen und auf der anderen Seite der deutschen Politik gegen-
über systematisch ein blinde Gefälligkeit an den Tag legten. Doch
davon kann keine Rede sein. Sondern wir hatten anzukämpfen
gegen die Taktik kleiner, rühriger und unvorsichtiger Gruppen, die
die englisch-französische „Entente“ für abenteuerliche Zwecke aus-
zubenten suchten. Die anderwärtige Politik moderner Nationen wird
nicht immer in derselben Weise geleitet wie ihre innere Politik.
Lehtere wird durch die Demokratie gelenkt. Es ist einer Regierung
unmöglich, in der inneren Politik längere Zeit gegen den Willen
der Allgemeinheit zu handeln. In der internationalen Politik hin-
gegen können kleine, verwegene Gruppen unermüdet nicht wieder
gut zu machende Vorfälle und beklagenswerte Mißverständnisse
herbeiführen. Die französischen Sozialisten haben schon früher jene
Politiker energisch bekämpft, die davon träumten, eine Alliance
Frankreich-Deutschland-Rußland zu bilden mit dem Ziele, der
britischen Politik systematisch in den Weg zu treten. Sie haben
eine außerordentliche Verliebtheit verspürt über die Wieder-
herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und England,
aber sie haben das Land veranlaßt, auf der Hut zu sein gegen Ver-
suchungen von der anderen Seite.

Im übrigen hat die große Mehrheit der französischen Bürger
in der „Entente cordiale“ ein Mittel gesehen, allen Völkern eine
freie und friedliche Entfaltung zu sichern. Alles, was dazu be-
iträgt, den Geist der Mäßigung und Gerechtigkeit in der Politik
der beiden Nationen ans Licht zu bringen, wird dem Weltfrieden
wirksam dienen. ... Das französische Volk hat den lebhaftesten
Wunsch, daß die Konferenz zu Algerien das marokkanische Problem
lösen möge, ohne irgend welche Bitterkeit oder Argwohn zu hinterlassen.
Frankreich ist England außerordentlich dankbar für das Wohlwollen
und die Loyalität, mit der es das englisch-französische Marokko-
Abkommen beobachtet; und sicherlich hat die lokale Mitwirkung Eng-
lands Frankreich beträchtlich geholfen, seiner Würde, seinen Inter-
essen, seinen Rechten Achtung zu schaffen. Aber das englische Volk
wäre im Irrtum, wenn es annähme, es erweise Frankreich einen
Dienst, wollte es uns in Marokko in unwillkürlicher Weise fest-
legen. Marokko zu erobern, dort ein ausschließliches Mandat be-
züglich der Polizei auszuüben, das würde eine schwere Last für uns
bedeuten. Und — vorausgesetzt, daß die Sicherheit unserer
Algerien-Grenze garantiert ist und daß nichts das moralische An-
sehen verleiht, das unser Land in der muslimänischen Welt haben
muß — erfordert es das Interesse Frankreichs, sich nicht nur der
Politik der offenen Tür zu widmen, sondern auch der möglichst
umfassenden Ausübung einer internationalen Kontrolle, ob es sich
nun um die Finanzen handelt oder um den Schutz der Person und
des Eigentums.

Unser Land ist mehr als einmal durch den Ton der deutschen
Diplomatie gereizt worden. Es geriet in Empörung, als einige
deutsche Publizisten forderten, Frankreich solle sich von seinem Ab-
kommen mit England lösen. Unsere eigene Presse hat sich auch
Indiskretionen zuschulden kommen lassen. Aber die Nation selbst
wünscht eine freundliche und friedliche Schlichtung der marokkanischen
Verwickelung. Es wird der englischen Regierung dankbar sein für
jede Weisheit zu einer gemäßigten und verständlichen Lösung. Viel-
leicht, wenn die Algerien-Konferenz zum Abschluß gelangt, wenn
sie in den Seelen nicht einen bitteren Gärungsstoff hinterläßt,
kann es möglich sein, daß man für Europa und die ganze Welt eine
lange Friedenszeit erhoffen darf. Schwere Unbehagen hat auf
den Nationen gelastet, und doch haben sie niemals ein größeres Be-
dürfnis nach Ruhe gehabt. Sie stehen neuen und schwierigen
Problemen gegenüber. Überall in Europa erhebt die Demokratie
ihre Haupt. Die Arbeiterpartei macht überall ihr Recht geltend,
nein auch noch unheimlich und unter Anwendung verschiedener
Methoden. Ein englischer liberaler Minister sagte kürzlich: „Was
wir jetzt brauchen, das sind Ideen!“ Ja, Ideen, umfassende, richtige
Begriffe, um den Forderungen der Arbeiter Form und Leben zu
geben. Doch wie ist die Durcharbeitung solcher Ideen möglich,
wenn in den Gehirnen der Menschen Kriegsvisionen spuken, wenn
ihre Herzen von chauvinistischen Dämonen durchdrungen sind? Wie
können die Staaten des modernen Europa die nötigen Hilfsquellen

für eine große soziale Umgestaltung finden, wenn der Schlund des
militärischen Aufwandes ständig durch das allgemeine Mißtrauen
erweitert wird? ... Wenn die Liberalen und die Demokraten
der drei Länder (Frankreich, England, Deutschland) im Einver-
ständnis wären, wie die Arbeiter der drei Länder ein gemeinsames
Einverständnis und eine gemeinsame Organisation haben, wenn
die englische liberale Partei, die jetzt für die englische Politik ver-
antwortlich ist, die friedlichen Bemühungen des englischen, fran-
zösischen und deutschen Proletariats bedächtig unterstützen würde,
so möchte es damit die räthselhafte und vielleicht die fruchtbarste
Aufgabe übernehmen. ... Diese (englisch-französische) „Entente“
hat sicher den europäischen Frieden gerettet, der sonst der Er-
schütterung durch den Krieg im fernem Osten nicht Widerstand
geleistet hätte. Ein Einverständnis im weiteren Sinne, das dem
Zustand der Spannung zwischen Frankreich und England auf der
einen und Deutschland auf der anderen Seite ein Ende machte,
würde unvorstellbare Folgen haben. Sind die Menschen Träumer
und Utopisten, die für dieses Ziel zu arbeiten wünschen?

Die Darlegungen des Genossen Jaurès beweisen aufs
neue, daß er sich von gewissen bürgerlichen Ideologien noch
nicht völlig frei zu machen vermocht hat. Er erblickt in den
internationalen Bündnissen, die lediglich zur Wahrnehmung
weltpolitischer Interessen abgeschlossen worden sind, Ver-
bindungen zur Wahrung allgemeiner idealer Interessen, z. B.
des Völkerfriedens. Er erwartet von dem Zusammengange
der liberalen Elemente der verschiedenen Nationen Friedens-
garantien — als ob der Liberalismus irgend ein Band inter-
nationaler Solidarität darstellte, als ob die liberalen Kapitalisten
eines jeden Landes auch nur die geringsten Bedenken trügen,
den Absolutismus eines anderen Landes zu unterstützen, so-
fern sie sich nur einen materiellen Vorteil davon versprechen!

So gut gemeint Jaurès Beschwörung des englischen Libe-
ralismus auch sein mag — solide Garantien für den Völker-
frieden vermag einzig das sozialistische und deshalb auch
internationale Proletariat zu schaffen. —

Deutsches Reich.

Konservative Hege gegen das Reichstagswahlrecht.

Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht an leitender Stelle einen
„eingeladnen“ Artikel „Ueber die Ursachen der sozialdemokratischen
Bewegung“, der in immer neuer Formulierung die eine Kardinal-
forderung erhebt: Fort mit dem Reichstagswahlrecht!
Wenn Posadowsky unlängst behauptet habe, daß das Vorkommen
der Sozialdemokratie auf einem „krankhaften Zustand unseres Volkes“
beruhe, und daß man mit Gelegenen Krankheiten überhaupt nicht
behandeln könne, so sei zum mindesten die aus dem Vorderast ge-
zogene Schlußfolgerung unrichtig. Selbst wenn die Sozialdemo-
kratie das Symptom einer inneren Krankheit des Staatslebens
sei, so lehre doch die tägliche Erfahrung, daß innere Krankheiten
ebenso gut durch äußere Mittel bekämpft werden könnten, wie man
auch äußere Krankheitserscheinungen durch innere Mittel zu kurieren
instande sei.

Nichtig sei, daß der soziale Organismus Deutschlands an einer
Krankheit laboriere. Freilich nicht an der von Posadowsky beklagten
Krankheit eines ungenügend entwickelten sozialen Sinnes der be-
sitzenenden Klassen, sondern daran, daß — das Proletariat durch die
industrielle Entwicklung allzu massenhaft in den Großstädten und
Industriezentren zusammengedrängt werde. Speziell diese Zusammen-
drängung der industriellen Arbeiterschaft mache dieselbe empfänglich
für die Pest des Sozialismus. Man disloziere die proletarische
Armee und man mache sie weit unempfindlicher für den „Vajillus
der Sozialdemokratie“.

Da nun aber der Verfasser wohl selbst einsieht, daß man eine
solche Dislozierung des modernen Proletariats zwar sehr leicht
wünsche, aber um so schwerer durchzuführen kann, rückt er mit seinem
„äußeren Mittel“ heraus. Schon ein „anerkannt liberaler Mann“,
Treitschke, habe 1874 erklärt, daß das allgemeine Stimmrecht
den sittlichen Anschauungen des deutschen Staates ins Gesicht schlage
und nur den Hochmut der Dummheit erwecke. Treitschke
habe durchaus recht:

„Es müßte mit allen möglichen Mitteln gegen die unmathe-
matischen monströsen Massenanhäufungen gearbeitet werden, damit
der Blutlauf des Volkes, der jetzt an diesen Stellen zur
Stauung und Ueberhitzung gekommen ist, in zentrierte
und dadurch wieder in gesunde Bahnen geleitet werde.
Zugleich müßte dem Größenwahn der Masse ganz energisch
gegenüber getreten werden. Seine hauptsächlichste Grund-
lage ist das allgemeine gleiche Wahlrecht, das Dummheit und
Unbildung dem Verstand und der Bildung gleichstellt. Man könnte
dieses also mit weit größerem Rechte als man das Landtags-
wahlrecht heruntermacht, das dümmste aller Wahlsysteme nennen.
Da bei der augenblicklichen Strömung aber der Kampf gegen das
Reichstagswahlrecht jetzt aussichtslos wäre, müßte man zu-
nächst eben diese Strömung bekämpfen und mit
allen Mitteln versuchen, die Gesellschaft aus dem
hypnotischen Wanne ihrer fixen Gleichheitsidee
zu befreien. Modifikationen und Korrekturen des Gesetzes
müßten aber möglich gemacht werden, damit der Herrlichkeit der
Quantität, welche uns jetzt bei jeder Gelegenheit auf der Straße
vordemonstriert wird, ein Ziel gesetzt werde.“

Wir halten die besprochene Krankheit für so schwer, daß
Selbsthilfe und Naturheilkräfte allein nichts nützen, sondern daß
vor allem entschiedene ärztliche (geistliche) Verordnungen zu er-
folgen haben, und wenn diese versagen — Operationen. (!)

Das ist die Antwort eines der modernen Köstler auf den
Wahlrechtssturm des preussischen Proletariats! Es genügt, diese
mahlos frechen Verhöhnungen des arbeitenden Volkes niedriger zu
hängen, um dem „Vajillus der Sozialdemokratie“ weiteste Ver-
breitung zu sichern! —

Freiwillig und Heimarbeiterselbst.

Man sollte meinen, daß die schaurigen Elendsbilder, die
die Heimarbeiters-Ausstellung entrollt, je dem Menschen, nament-
lich aber auch jedem Freisinnigen die Notwendigkeit eines
endlichen gesetzlichen Eingreifens zum Schutze dieser Kernstufen
der Armen dargehen hätten. Das führende Organ der Frei-
sinnigen Volkspartei scheint jedoch einen solchen Eindruck
keineswegs empfangen zu haben. Nimmt doch die „Freie
Deutsche Presse“ gerade die Nachricht, daß der Kronrat
einberufen gewesen sei, um sich mit der Heimarbeitersfrage zu
beschäftigen, zum Anlaß, um über die „zerstörerische Wirkung staat-
licher Förderung“ einen Leitartikel zu veröffentlichen. Jetzt werde, so
wehllädt das Blatt, wahrscheinlich die Gesetzgebungsmaschine
in Bewegung gesetzt werden mit dem Ziel: „Beseitigung des
Elends in der Heimarbeit“. In der heutigen Wirtschafts-
ordnung könne man der einen Berufsgruppe auf künstlichem
(lies: geistlichem) Wege eine wirtschaftliche Besserung nur
auf Kosten der anderen zuführen. So werde auch
das, was den Heimarbeitern an Existenzmitteln gesichert
werden soll, an anderen genommen werden. Da sei doch
die Sozialdemokratie in ihrer Art wenigstens noch konsequent,
wenn sie gleich aufs ganze gehe und den Staat „zur Futter-
stelle für alle“ machen wolle. Ein Gedanke allgemeiner
sozialer Fürsorge, der aber natürlich einem Freisinnigen ab-
turd und unverwirklicht erscheint!

Möglichst als durch ein solch abgeschmacktes Gerede kann
sich die manchesterliche Unfruchtbarkeit und
Kastlosigkeit nicht offenbaren. Die Hebung der materiellen
Existenz der Heimarbeiters, klagt das Blatt des Herrn Müller-
Sagan, werde eine materielle Beeinträchtigung anderer mit
sich bringen. Das ist schon richtig: der Profit des Unter-
nehmertums würde geschmälert werden. Aber diese
dem freisinnigen Blatte so zu Herzen gehende Wirkung tritt
auch ein, wenn die Arbeiter durch ihre Gewerkschafts-
organisationen Lohnaufbesserungen erringen! Oder hält
es das freisinnige Blatt für eine Schädigung des sozialen
Organismus, wenn man den Schmarogerexistenzen des
Zwischenmeiertums ein wenig zu Leibe gehen würde?

Ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ verrät die „Freie Deutsche
Presse“ weiterhin dadurch, daß sie auch über die „treib-
hausmäßige Entwicklung des Genossen-
schaftswesens in den letzten zehn Jahren jammert.
Auch an dieser „ungefunden“ Entwicklung soll das staatliche
Eingreifen Schuld tragen, nämlich das Genossenschaftsgesetz
vom Jahre 1889, durch das bekanntlich auch den Genossen-
schaften mit beschränkter Kapazität die Rechte einer juristischen
Person eingeräumt wurden. Bisher galten speziell die Anti-
semiten und das Zentrum als Feinde der Konsum-
genossenschaften, jetzt gefüllt sich zu diesen famosen
Mittelstandsrettern auch die Freisinnige Volkspartei!
Und das will dann mit seinem „Eintreten für die
Interessen der Arbeiterklasse“ paradiern! —

Eine Warnung an die Konfliktsüßkernern.

In den „Berliner Neuesten Nachrichten“ polemisiert
ein Oberst a. D. Erich gegen eine kürzlich erschienene Schrift
des Majors a. D. Bruchhausen, die das Thema „der kom-
mende Krieg“ behandelt. Bruchhausen täuschte sich über die Kriegs-
bereitschaft Frankreichs, wenn er meine, „die deutsche Mobilmachung
macht so leicht kein fremdes Volk nach“. Er für seine Person sehe
keinen Grund, weshalb nicht auch Frankreich gegebenenfalls seine
Mobilmachung auf das allerschleunigste beenden könne. Ueber einen
Krieg selbst schreibt dann der genannte Oberst:

Wer übernimmt die unendlich schwere Verantwortung? England
und Frankreich wissen, daß wir, obgleich schwach zur See, über
60 Millionen Menschen verfügen, und daß wir, wenn das Vater-
land in Gefahr ist, 6 Millionen Streiter ins Feld stellen können.
Diese Zahl kann bei Rückschlagen gesteigert werden, denn sechs
Millionen Streiter bedeuten nur 10 Proz. der Bevölkerung, und
ein Volk, das um sein Dasein kämpft, kann mehr leisten. Die
Bewaffnungs- und Vorgesetztenfrage überwindet in der Not ein
entsetzliches Volk. Teils fehlende Ausbildung ersetzt ein vater-
ländischer Eifer und verdrängt im Rahmen ausgebildeter
Soldaten. Aber welche namenloses Unglück in den Familien dies-
seits und jenseits der Sogefen und an der Wasserlinie würde die
traurige Folge solcher Massenaufbehalte sein! Und ein sicherer
Erfolg? Selbst der Sieger kann auf ihn nur hoffen, nicht
rechnen. Die am Kriege nicht Beteiligten ernten die Früchte.“

Herr Erich meint, daß diese Erregungen England und Frank-
reich abhalten würden, an ein aggressives Vorgehen gegen Deutsch-
land zu denken. Dieser Ansicht sind auch wir durchaus. Aber wir
glauben, daß genau dieselben Erwägungen auch die konfliktsüßkernern
Elemente in Deutschland abhalten sollten, den Vogen allzu-
straff zu spannen und allzu frivol mit dem Säbel zu spielen!

Zu beachten ist aber, daß Oberst a. D. Erich durch seine obigen
Darlegungen das gewichtigste Argument gegen die
geplanten Flottenrüstungen vorträgt! Wenn seiner
Meinung nach schon Deutschlands Küstung zu Lande andrückt,
um Deutschland vor einem Angriff zu sichern, so sind die Flotten-
rüstungen nicht nur unnötig, sondern sogar vom Uebel. Und
zwar deshalb, weil sie ja von den anderen Nationen nicht als ein
Mittel der Verteidigung, sondern als Mittel zu einer
eventuellen Offensive angesehen werden müssen und deshalb nur
zu geeignet sind, das sich bedroht fühlende Ausland zu provo-
zieren! —

Moderne Folter.

Noch immer schmachten in Forst i. L. vier Seher im
Gefängnis, weil sie sich weigern, eine Vermutung darüber aus-
zusprechen, wer der Verfasser eines Artikels sei, der durch ihre
Hände ging. Noch immer schmachtet in Viefelsfeld unser
Genosse Schumann im Gefängnis — nun über sieben
Wochen! Er weigert sich ebenfalls die Bischofsgüter, des Staats-
anwaltes zu befriedigen, und weigert sich, wie die Seher in
Forst, weil er eine unehrenhafte Handlung begehen würde,
käme er dem Wunsche des Staatsanwaltes entgegen.

Genosse Schumann ist Stadtverordneter. Dem
Stadtverordneten Schumann machte irgend jemand
Mitteilungen über die Person eines Kriminalkommissars, der
jetzt a. D. gegangen ist. Als Stadtverordneter
machte Genosse Schumann von diesen Mitteilungen in öffent-
lichem Interesse Gebrauch, und jetzt will am der Staats-
anwalt absolut wissen, wer dem Stadtverordneten Schu-
mann vertraulich und im Hinblick auf dessen Ehrenhaftigkeit
die fraglichen Mitteilungen gemacht hat.

Das Vorgehen des Staatsanwaltes muß die gewiß nicht
beabsichtigte Nebenwirkung haben, ein Vertuschungssystem groß-
zuziehen und die Korruption zu schärfen. Wer wird nach
solchen Vorkommnissen den Mut haben, Mißstände bei Be-
hörden den Leuten anzubekunden, bei denen er auf eine
Aktion zur Abhilfe rechnen könnte? Ruß nicht
in jedem, der Kenntnis von solchen Mißständen er-
langt hat, der aber vielleicht durch die Art seiner
Anstellung, durch die Furcht vor einem Verlust der Existenz
auf selbständiges Eingreifen Verzicht zu leisten genötigt ist,
sich leise die Frage regen, ob der Abgeordnete, Stadt-
verordnete oder sonstige Vertreter des Volkes, dem er sich noi-
gedrungen anvertrauen mußte, Ehrenmann oder stark genug
sei, der Tortur zu widerstehen, die ihm durch die Zwangshaft
auferlegt ist?

Ist es nicht notwendiger, das öffentliche Gewissen scharf
und wach zu erhalten, als einen armen Schlucker, der der
Gesamtheit einen Dienst erweisen wollte, deswegen zur
Rechenschaft zu ziehen, weil er dabei vielleicht formal ge-
fehlt hat?

Und ist die Zeugniszwangsfolter, die Einsperrung eines
Ehrenmannes bis zur Dauer von sechs Monaten zu recht-
fertigen im Hinblick auf das Resultat, das für die Staats-
anwaltschaft im günstigsten Falle herauskommen könnte? Dies
Resultat wäre auf jeden Fall ein Fleck auf dem Namen
des Schwachen, den unter der modernen Folter seine Wider-
standskraft verließ, vielleicht auch — aber nur
vielleicht, denn niemand kennt vor Klarstellung der Sach-
lage die Verhältnisse so, um auf ein juristisch sagbares Delikt
schwören zu können — vielleicht also auch noch die Be-
strafung irgend eines armen Schluckers. —

Um dieses Resultat herbeizuführen, wird ein Verfahren
eingeschlagen, das an den Schuldigen der Vergangenheit oder an
die mittelalterliche Tortur erinnert! Wir sind überzeugt, daß
auch der schneidende Starke vor solchen M... In .

schrecken würde, wenn wir nicht in den Zeiten des Klassenkampfes lebten, wenn der Klasseninstinkt nicht Handeln und Denken des Staatsanwaltes unbewußt derart beeinflusst, daß ihm bei dem Wunsche, die schlimmsten Feinde der Gesellschaftsordnung zu Falle zu bringen, zu deren Verteidiger er sich mit Berufung fühlt, nicht nur jedes gesetzlich gebotene, sondern auch jedes gesetzlich erlaubte Mittel recht ist! —

Unter der Kriegsflagge gegen die Mitternachtsstunde!

Der Schnelldampfer „Hamburg“ der Hamburg—Amerika-Linie, der als einseitiger Erlass der „Hohenzollern“ gehandelt worden ist, wird dem Kaiser, wie nach der „Magdeburger Zeitung“ verlautet, aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt, da dieser bei seinen Reisen zur See unabhängig von deren sonstigem Zweck in seiner Eigenschaft als Reichsoberhaupt oder oberster Kriegsherr an Bord geht. —

Wenn Redneck Pfeffer wird — dann beißt er!

Am 27. Januar d. J. wurde in Königsberg der Soldat Fritz Herrmann vom Infanterie-Regiment Nr. 44 zum etatsmäßigen Feldwebel befördert. Gleich am 28. Januar begann er Soldaten zu mißhandeln. Sie wurden an die Brust gepackt und gegen die Spinde gestoßen, geohrfeigt und mit dem Säbel geschlagen. Dabei verübt er „Herz Feldwebel“ die Mißhandlungen wegen Geringfügigkeiten. Schon am 19. Februar hatte er sich deswegen vor dem Kriegsgericht in Königsberg zu verantworten. Es wurden weder Zeugen vernommen noch Zeugenaussagen verlesen. Der Verhandlungsleiter, Dr. Kaunhofer fragte den Angeklagten bei der Erörterung jeden Falles, ob nach der Mißhandlung die gequälten Soldaten Schmerzen oder Unbehagen gehabt hätten?! Und als der Feldwebel das verneinte, wurde er zu drei Wochen gelindem Arrest verurteilt mit der Begründung: Der Angeklagte habe sich aus dienstlichem Uebermaß hinreichend lassen und nennenswerte Verletzungen seien nicht zu verzeichnen gewesen. — Am Tage darauf wurde von demselben Kriegsgericht der Unteroffizier Hermann Sabrowski vom Grenadier-Regiment Nr. 1 wegen Soldatenmißhandlungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt. Ein Schornsteinfegergehilfe hatte bei Ausübung seines Berufes gesehen, wie der betreffende Unteroffizier einen Soldaten mit dem Säbel bearbeitet hat. Er hat den Fall angezeigt und dadurch sind auch die übrigen Fälle aus Tageslicht gekommen. Bilderd die für den Soldatensoldaten, dem 28 Fälle nachgewiesen wurden, ins Gewicht, daß er „gute Soldaten habe erzogen“ wollen. Deshalb wurde auch von der Degradation Abstand genommen.

Gegen die künstlich hervorgerufene Teuerung und die neuen Steuern nahmen Dienstag bezw. Mittwoch in Ottenien und Astona zwei zahlreich besuchte Protestversammlungen Stellung. In jeder Versammlung waren über 2000 Personen, darunter viele Frauen, erschienen. Das Referat hielt in beiden Versammlungen Genosse S. Mollenbühr, Berlin, der sich unter dem brausenden Beifall der Versammelten glänzend seiner Aufgabe erledigte. Bezüglich der auf Grund des Wuchertarifs abgeschlossenen Handelsverträge erklärte Redner, daß diese sich nicht zehn bis zwölf Jahre halten würden. In beiden Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich gegen alle Steuerprojekte, durch welche die Konsumartikel des Volkes verteuert, das wirtschaftliche Leben und der Verkehr belastet und belästigt werden, insbesondere auch gegen die geplante Erhöhung der Reichsteuern auf Bier und Tabak, gegen die Frachtpfennig, die Luitings- und die Fahrkartensteuer. Sie richtet an den Reichstag das Ersuchen, alle diese Steuerprojekte abzulehnen, zumal der Ertrag dieser Steuern hauptsächlich der unerlösten Flottenvermehrung und ähnlichen Zwecken dienen soll. Gleichzeitig fordert die Versammlung, daß an die Stelle der indirekten Steuern, welche das Volk besonders schwer belasten, eine progressive Einkommen-, Reichserbschafts- und Vermögenssteuer treten soll.“

Zur Wahlrechtsfrage in Sachsen.

Die freie Wahlrechtskommission der Zweiten Kammer des Landtages hat ihre Beratungen aufgenommen. In der ersten Sitzung am Mittwoch erstattete der linksliberale Abg. Schulze das einleitende Referat. Er behandelte die einzelnen Wahlsysteme und sprach sich in der Hauptsache für ein Pluralwahlrecht mit Zusatzstimmen nach Alter, Bildung und Steuerleistung aus. Bei der weiteren Behandlung begann man mit den weitgehendsten Wahlrechtsystemen. Und das war das vom Genossen Goldstein kurz begründete System eines allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe, 21-jährigen Wahlrechtsalters und Frauenstimmrecht. Der Vorsitzende, Vizepräsident Pöy, bemerkte dazu: Außer dem Abgeordneten Goldstein sei wohl niemand für den Vorschlag. Und so war es auch. Der Vorschlag Goldsteins wurde also kurz abgelehnt. Für ein Wahlrecht nach Art des heutigen Reichstagswahlrechts war von bürgerlicher Seite nur der freiwählige Glühler, der aber auch mit der Wiedereröffnung des alten Jenseitswahlrechts zufrieden gewesen wäre. Dann diskutierte man noch über einige Wahlrechtsvorschläge. Die bisherige Beratung verlief aber negativ. Alle bisher erörterten Systeme und Vorschläge fanden keine Mehrheit. Es kam nur zu einer allerdings völlig platonischen Erklärung der Mehrheit der Deputation für Allgemeinheit und Offenheit der Wahl. Wie man diese schönen Grundzüge weiter verumstellen soll, ob durch Klassenwahlen oder Pluralwahlen, darüber wird man in der nächsten Sitzung beraten. Genosse Goldstein beteiligte sich an den weiteren Beratungen nicht, nachdem sein auf Grund unseres Programms eingebrachter Vorschlag gefallen war.

Die Wahlrechtskommission hat sich bereits als Verschleppungskommission bewährt. Die Regierung hat kürzlich erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die Arbeiten dieser Kommission davon absehen wolle, noch in diesem Landtage einen Gesetzentwurf einzubringen, was sie anfangs noch beabsichtigt habe. Sie will jetzt angeblich die Beratungen der Kommission abwarten und dann erst 1907 einen Wahlgesetzentwurf vorlegen.

Badische Eisenbahn-Reform.

Die Generaldirektion der badischen Eisenbahnen hat eine Verfügung erlassen, die für die technische und soziale Entwicklung des badischen Verkehrs wesens von höchster Bedeutung sein wird. Die Verfügung bringt zwar weder Schnellzüge von 200 Kilometern und mehr, noch eine Verdoppelung der Beamtengehälter, wird aber dennoch die jetzige Verwaltung der badischen Eisenbahnen bis in die spätesten Zeiten unvergänglich machen und ist geeignet, als geniale Lösung der sozialen Frage für die badischen Eisenbahnen auch bei den schlimmsten Hypochondern ungetrübte — Heiterkeit zu erregen.

Die Verfügung lautet:

Karlstraße, 10. Februar 1906.

An sämtliche Gr. Betriebsinspektionen.
Nr. 44 A. Dienstkleidung der Eisenbahn-Beamten betr.

Einem Wunsche des Hauptvorstandes des Vereins Badischer Eisenbahnbeamten entsprechend, hat das Gr. Ministerium des Gr. Hauses und der Auswärtigen Angelegenheiten beschloffen, für Uniformrock und Joppe der mittleren Beamten des Stationsdienstes Achselstücke einzuführen. Es ist in Aussicht genommen, für diejenigen Beamten, welche am Dienstrock gelbe Knöpfe tragen, goldene Tressenachselstücke (glatt), für die übrigen silberne Tressenachselstücke zu wählen, die Gradabzeichen auf die Achselstücke zu verlegen und die einzelnen

Beamtenklassen durch Anbringen von 1 oder 2 Sternen zu unterscheiden.

Durch die beabsichtigte Forderung wird auch die Dienstkleidung der Groß-Betriebsinspektoren berührt, da diese jener der Groß-Bahnverwalter entspricht, abgesehen von einem weiteren silbernen Stern beiderseits am Kragen. Wenn nun Beamte der letzterenwärtigen Klasse z. B. bei Fürstenempfangen neben einem Groß-Betriebsinspektor in Dienstkleidung erscheinen, so würde diejenige letzterer gegenüber jener der ersteren unheimlich ausfallen, wenn die Bahnverwalter zum Dienstrock Achselstücke tragen und die Groß-Betriebsinspektoren nicht. Zur Hervorhebung des höheren Ranges der Großherzoglichen Betriebsinspektoren sind daher für deren Dienstrock Achselstücke von goldenem, rot durchgezogenem zweifarbigen Schärpegelb mit aufgesetztem, vergoldetem emblematischen Wappenschild nebst Krone in Aussicht genommen, die am oberen Ende durch einen vergoldeten glatten Knopf befestigt werden. Beamte mit dem Titel „Oberbetriebsinspektor“ sollen dazu auf jedem Achselstück 1, solche mit dem Titel „Regierungsrat“ 2 zwei vergoldete, vierstellige Sterne tragen. . . .

Zweiwache Wäsche zu der in Aussicht genommenen Neuordnung können innerhalb 14 Tage mit Verzicht geltend gemacht werden.
Z. B. W. A. M. M.

Man sieht: Preussische Sozialreform und Verwaltungsreform machen Schule auch südlich des Rheins! Mehr noch: sie werden übertrifft! Die englischen Schnellzugskrediten und die mangelnden Blockstationen in Preußen geraten schände in Vergessenheit vor dem strahlenden Glanz der goldenen Tressen und der silbernen Sterne in Baden. Welch ein erhebendes Gefühl, von einem hungerleidenden, aber zwei gesicherten Lokomotivführer in den sicheren Tod geführt zu werden! —

Husland.

Italien.

Turati und das neue Kabinett.

Rom, 20. Februar. (Eig. Ber.) In einem sehr ironischen Artikel der letzten erschienenen zweiten Februarnummer der „Critica sociale“ nimmt Filippo Turati Stellung zum neuen Kabinett und zu der durch die Giolitti'sche geschaffenen Situation. Zunächst drückt er seine Verwunderung über das Verhalten der sozialistischen Presse dem Kabinett Sonnino gegenüber aus. „Avanti“, „Tempo“ und „Lavoro“ begrüßten die Aera Sonnino, als bedeute sie das Ende der Unredlichkeit und der Amora in der Verwaltung, das Ende der Spekulation mit den staatlichen Lieferungen usw. Er, Turati, vermöge nicht einzusehen, warum alle diese Formen, die einer gegebenen Phase kapitalistischer Entwicklung eigen seien, unter Sonnino eher verschwinden sollten als unter Fortis und Giolitti! Auch verstände er nicht, wie das Proletariat, das unter dem liberalen Ministerium unfähig war, Reformen zu erringen, diese jetzt durchsetzen könnte unter dem Regime aristokratischer Konservativer, die die Reformen nur als Gnadengaben von oben und als Mittel, die Monarchie zu festigen, gelten lassen wollen.

Turati macht sich dann weiter über den „Avanti“ und andere Parteiblätter lustig, die heute schreiben, auf die Personen käme es hier nicht an, vielmehr auf die „Dinge“. Er, Turati, suche seit Wochen mit der Diogeneslaterne nach diesen berühmten „Dingen“, auf die sich das Vertrauen der Partei zum Ministerium Sonnino gründen sollte, er könne aber nichts dergleichen entdecken. Auch von der gepriesenen Aera der politischen Aufrichtigkeit, die das neue Kabinett einleiten solle, vermag Turati nichts zu bemerken: Gegner und Freunde des Ministeriums zerfielen in je zwei Gruppen. Die einen bekämpften es, obwohl Sonnino an der Spitze stände, wegen seiner Mitarbeiter von der äußersten Linken. Die anderen, weil Sonnino Ministerpräsident ist und trotz der Mitarbeiter. Genau ebenso begründeten die beiden Gruppen der Ministeriellen ihre Anhängerschaft; wie jene ihr Mißtrauen, so bezogen diese ihr Vertrauen: trotz der äußersten Linken die einen, trotz Sonninos die andern. Wo bleibt da die politische Aufrichtigkeit? fragt sich Turati.

Nichtbestimmter sei dem vergangenen Ministerium seine Tränen nachzuweinen. Man solle das neue Gewehr bei Fuß empfangen und seine Laten abwarten. Ein freundschaftlicher Empfang, wie ihn einige planten, wäre für die sozialistische Partei ein großer Fehler. Und ein großer Selbstbetrug wäre es, zu hoffen, daß die neue Situation die Partei einigen werde. Solange die Sozialisten in Untätigkeit und Ohnmacht verharren, konnten die inneren Differenzen wenig sichtbar bleiben. Sobald aber eine neue Periode der Tätigkeit für die Partei beginne, würden sich wieder die beiden Tendenzen scheiden, von denen die eine das langsame Eindringen in die bürgerliche Gesellschaft wolle, während die andere auf den Handstreich hoffe.

Hier — wie so oft — befindet sich Turati also in diametralem Gegensatz zu Ferri. Während dieser die Möglichkeit einer bedingungsweisen ministeriellen Taktik erwägt, lehnt sie Turati ab, und während Ferri und andere von einer Versöhnung der in der Partei bestehenden Gegensätze sprechen, sagt Turati ihre unüberwindbare Verschränkung voraus. Wer die italienische Parteigeschichte während der letzten Jahre verfolgt hat, der wird beständig diesen Antagonismus zwischen Ferri und Turati finden, der so beständig ist, daß es fast genügt, das Urteil des einen zu hören, um über das des anderen unterrichtet zu sein. —

Grünbuch.

Die italienische Regierung hat ein Grünbuch über die mazedonischen Verhältnisse an die Abgeordneten verteilen lassen. — Das Buch behandelt die Zeit von Januar 1903 bis Mai 1905. Es enthält 448 Dokumente und bespricht besonders den Anteil Italiens an den internationalen Maßnahmen bezüglich der Organisation der Finanzkontrolle in den mazedonischen Vilajets. —

Amerika.

Für Pensionen an Invaliden und Hinterbliebenen aus den Kriegsjahren zahlen die Vereinigten Staaten mehr als die ganze übrige Welt zusammen. Im Weißen Hause wurde der Bericht des Komitees für Pensionangelegenheiten angenommen, nach welchem 139 Millionen Dollar bewilligt werden. Die Zahl der Pensionäre beträgt fast genau eine Million. Mit Ausnahme von 53 424 Personen leiten sie alle ihre Ansprüche vom Bürgerkrieg (1861—1864) her. Es ist bekannt, daß mit diesen Pensionen viel Schwindel getrieben wurde und noch getrieben wird. Es figurieren jahrelang Leute in den Listen, die längst gestorben waren; andere erhielten Pensionen als Gefälligkeiten durch ihren Vertreter im Kongreß; Ansprüche wurden geltend gemacht, die in keiner Weise berechtigt waren, aber mit Hilfe einflussreicher Personen anerkannt wurden. Viel Widerstand wird den Forderungen für Pensionen zwecks nie entgegengesetzt; denn das wäre nach amerikanischen Begriffen unpatriotisch, ein Verrat an den Verteidigern des Vaterlandes! In der Presse wurde häufig der Ruf, der mit den Pensionen getrieben wird, gekennzeichnet. Man machte geltend, daß Deutschland 21 Millionen, Frankreich 26, Oesterreich 10, Großbritannien 9 Millionen Dollar für denselben Zweck ausbe, der den Amerikanern 139 Millionen kostet, und daß seit dem Ende des Bürgerkrieges für Pensionen 2 Milliarden Dollar ausgegeben worden seien. Aber ohne Erfolg. Für ihre Invaliden ist den Amerikanern nichts zu teuer.

William Randolph Hearst trifft Vorbereitungen, um als Kandidat für den Gouverneursposten des Staates New York aufzutreten. Seine Jugkraft als Kandidat hat er bei der Bürgermeisterwahl in der Stadt New York bewiesen. Hearst's Agenten gründen aller Orten im Staate Klubs, die nach dem Programm: „Abernahme öffentlicher Betriebe durch den Staat oder die Gemeinde“ für Hearst tätig sind. Durch eine solche Bewegung zu seinen Gunsten hofft er, den Demokraten das Feld am wirksamsten freizugeben, wenn deren Partei nicht für seine Kandidatur eintreten will. Der jetzige Gouverneur ist der Republikaner Higgins. —

Aus der Partei.

Der Vorstand der belgischen sozialdemokratischen Partei hat soeben seinen Bericht vom Jahre 1905 veröffentlicht. Daraus ist ersichtlich, daß die Einnahmen sich auf 12 595,25 Fr., die Ausgaben auf 10 473,25 Fr. belaufen. 609 Gruppen haben ihre Beiträge bezahlt.

Der Vorstand der englischen Arbeiterpartei ist nach den Wahlen, die auf dem Kongreß vorgenommen worden sind, aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt: Von der unabhängigen Arbeiterpartei: Keir Hardie und Snowden; von den Fabrikern: Pease; von den Trade Unions: Hudson (Eisenbahner), Peto Curran (Gasarbeiter), Abgeordneter Henderson (Eisenarbeiter), Bell, Corley, Robinson (Textilarbeiter), Stephenson (Mechaniker), Ben Turner (Weber), Abgeordneter Hodges (Metallarbeiter); von den Gewerkschaftsaktionen der Abgeordnete für Manchester Elmes (Gasarbeiter). Als Sekretär ist, wie schon mitgeteilt, der Genosse Macdonald wiedergewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Neues von der „Aufreizungs“-Epidemie. In Danzig wurde bekanntlich auch das Wahlrechtsflugblatt beschlagnahmt. Bei vier Genossen wurden Flugblätter gefunden, und es ist gegen sie ein Strafverfahren wegen Verleumdung, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und ähnlicher „Schandthaten“ eingeleitet worden. Sie sind bereits vom Untersuchungsrichter vernommen worden und hier hat man ihnen eröffnet, daß sie gegen die §§ 185, 190, 191 des Strafgesetzbuches und gegen den § 94 des Preßgesetzes verstoßen haben sollen. — Da kann ja schrecklich werden!

Damit aber nicht genug! Weil zehn Genossen die Flugblätter „öffentlich fortgegeben“ haben sollen, hat man jedem ein Strafmandat von 100 M. geschickt. Weiter soll jeder 6,50 M. Kosten bezahlen. Insgesamt verlangt man von den Genossen die Kleinigkeit von 1065 M. Wenn sie nicht bezahlen können, sollen sie 20 Tage in den Kerker. Natürlich ist Berufung eingelegt worden.

Republikanisches.

Der Hamburger Senat fühlt sich durch ein sozialdemokratisches Flugblatt beleidigt, das sich mit dem Wahlrechtsraub beschäftigt. Der Verleger des Flugblattes, Genosse E. Schaumburg, hatte eine Vernehmung vor dem Requisitionsrichter zu bestehen, wobei ihm mitgeteilt wurde, daß in dem Flugblatt eine Verleumdung des Senates und eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegen einander, § 190 Str.-G.-B., von der Anklagebehörde gefunden werde. Wie man diese Vergehen aus dem Flugblatt destillieren will, ist unerfindlich.

Eine Sonntagsplauderei in Nr. 305 des „Echo“ vom vorigen Jahre gefaßt dem Staatsanwalt nicht, der sich deswegen mit dem damaligen Verantwortlichen des „Echo“, Genossen Heine, auseinandersetzen will. Ueber den Geländak ist ja nicht zu streiten — vor allem nicht mit einem republikanischen Staatsanwalt — aber wir finden die Plaudereien im „Echo“ immer sehr häßlich.

Selbst der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Königsberg kennt das Vereins- und Versammlungsrecht nicht! Kürzlich verbot in Königsberg der Polizeipräsident eine öffentliche Versammlung, die eine Person einberufen und für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bestimmt war. Der Polizeipräsident berief sich auf den § 8 Abs. 3 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. Natürlich war das Verbot völlig ungesetzlich und der Einberufer legte Beschwerde beim Regierungspräsidenten ein. Dieser hat dem Veranstanter der Versammlung folgenden Bescheid zukommen lassen:

„Die auf den 11. d. M. nach Ludwigshof einberufene öffentliche Versammlung ist, wie die Umstände ergeben und durch die der Königsberger Hartung'schen Zeitung“ (Nr. 73 der Abendausgabe) zugegangenen Verächtigung bestätigt wird, von dem Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen veranstaltet worden. Dieser Verein bezweckt politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Da die Versammlung am 11. d. M. für Lehrlinge war und diese den Versammlungen des einberufenden Vereins nach § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht beiwohnen dürfen, war das Verbot der Versammlung rechtlich begründet.“

Ich weise die unter dem 10. d. M. eingebrachte Beschwerde daher als unbegründet zurück. Die Anlage ihrer Beschwerde füge ich wieder bei.

Der Bescheid des Regierungspräsidenten stößt voller Widerspruch. Er gibt selbst an, daß eine öffentliche Versammlung stattfinden sollte, aber weil sie eine Person im Auftrage des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter einberufen hatte, ist sie vom Regierungspräsidenten zu einer politischen Vereinsversammlung gestempelt worden. Dann wird led behauptet, der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bezwecke politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Woher der Regierungspräsident diese Kenntnis hat, sagt er nicht. Es handelt sich natürlich um einen Bildungsverein, der genau dieselben Statuten besitzt, wie sie der entsprechende Berliner Verein hat. Dann sagt der Regierungspräsident, die Versammlung war für Lehrlinge bestimmt. Das trifft nicht ganz zu, sie war auch für jugendliche Arbeiter, wie Laufburgen, Fabrikarbeiter usw. bestimmt. Und diese dürfen politischen Vereinsversammlungen beiwohnen. Also selbst wenn man den Erlaß des Regierungspräsidenten folgen wollte, hätte die Versammlung unter keinen Umständen vorher verboten werden können. Natürlich wird diese Angelegenheit bis in die höchste Instanz verfolgt werden, denn es gilt, das Versammlungsrecht in Königsberg zu erobern.

Kommunales.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuß zur Vorbearbeitung der Vorlage wegen der Anstellung dirigierender Berge am Birkhof-Krankenhaus ist gewählt; die sozialdemokratische Fraktion ist darin durch die Stadtv. Dr. Bernstein, Dr. Wehl und Dr. Jadel vertreten.

Der Stadtv. Kamlow (Soz.) hat wegen Verzuges nach Nieder-Schönhausen das Mandat niedergelegt.

Der sozialdemokratische Antrag Antrid u. Gen. wegen Vermehrung der Zahl der

Schulärzte

(je ein Arzt auf zwei Gemeindeschulen) ist von dem niedergelassenen Ausschusse abgelehnt worden, und zwar in Anbetracht dessen, daß im Etat für 1906 bereits die Vermehrung von 38 auf 44 Stellen vorgesehen ist. Daneben soll aber der Magistrat in einer Resolution ersucht werden, die Anstellung von Schul-Spezialärzten in Erwägung zu nehmen.

Referent ist Stadtv. Jden (N. L.), der sich über die Verhandlungen der Kommission sehr eingehend verbreitet.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Wir haben, um unser Gewissen zu salbieren, den ursprünglichen Antrag wieder eingebracht, weil die im Ausschusse durch die Mehrheit und den Magistrat dagegen vorgebrachten Einwendungen unsere Argumente nicht entkräftet haben. Die gegenwärtige Einrichtung des Schularztsystems erscheint uns nicht wie der Mehrheit mufferhaft und vorbildlich. Wir wollen eine regelmäßige Untersuchung aller Schulkinder, dauernde Überwachung und allgemeine Durchmusterung derselben, und diese Forderung ist nur bei einer Vermehrung der Zahl der Schulärzte nach unserem Antrage durchführbar. Die Gegner argumentieren damit, daß selbst wohlhabende Eltern ihre Kinder nicht so oft untersuchen lassen, wie wir es für die Gemeindeschulkinder verlangen. Wer

Die sozialen und sonstigen Verhältnisse, unter denen diese leben, sind doch ganz andere als die der Kinder der Wohlhabenden; man denke nur an die Überfüllung der Schulräume. Unsere frühere Annahme, die Denschrift der Schulärzte sei „freiwillig“ worden, ist im Ausschuss für die Denschrift erklärt worden. Schuld an dieser Annahme war die Denschrift für die Schulärzte. Das gerade ein Mann wie Professor Hartmann ausdrücklich in der Ausschussung sagen konnte, daß er die jegliche Einrichtung für vorzüglich halte, daß Professor Hartmann die Möglichkeit, alle Kinder zu untersuchen, auch im Rahmen der gegenwärtigen Dienstordnung zu geben hält, ist bedauerlich. Der Schularzt kommt jetzt halbjährlich zweimal in die Schule und sieht die Klassen; da ist doch keine Frage, daß eine große Anzahl von Kindern, die mit krankhaften Erscheinungen behaftet sind, als solche unentdeckt bleiben; weder der Schularzt, noch der Lehrer oder Rektor können das Richtige treffen denn die roten Waden und die glänzenden Augen allein sind doch noch kein Beweis für die Gesundheit der Kinder. Der Magistrat seinerseits beugt sich vor der Autorität des Professors Hartmann, aber nicht ganz, denn auch ihm sind von seinem Verlangen, daß mehr als 6 Schulen einem Arzt nicht zugewiesen werden dürfen, noch drei Kerze abgehandelt worden. Für die Forderung von 8 neuen Schulärzten werden wir natürlich, bescheiden wie wir sind (weiter), nachher auch stimmen, aber mit dem Uebergang zur Tagesordnung über unseren Antrag können wir uns nicht zufriedengeben. An dem Geldpunkte darf eine solche wichtige Frage nicht scheitern; es gibt keine wirtschaftlichere Anstaltsanlage für ein vernünftig geleitetes Gemeinwesen als die Ausgaben für die öffentliche Gesundheitspflege.

Nach vor 10 Jahren sträubte sich die Versammlung überhaupt gegen eine schulärztliche Organisation, auch der Magistrat wollte nicht „einbrechen in das Heiligum der Familie“. Seitdem sind Fortschritte gemacht worden, aber diese sind unzureichend, und wir werden mit unserem Antrag wiederkommen, bis wir den Sieg davontragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Dr. Bülow (Fr. Fr.): Der Vorredner hat neues Material nicht beigebracht. Wir unsererseits leben in der Anknüpfung der Vermehrung der Zahl der Schulärzte um 8 einen Fortschritt, den gesteigerten Anforderungen zu genügen. Der Ausschuss hat sich auch der Forderung angeschlossen, Schul-Spezialärzte anzustellen. Diese Forderung geht über den Rahmen dessen hinaus, was verständigerweise von der Allgemeinheit verlangt werden kann; die überwiegende Mehrheit meiner Freunde lehnt ihn ab.

Stadt. Dr. Preuß (soz.-fortschr.) hofft, daß die Mehrheit diesmal die Schul-Spezialärzte akzeptieren wird, auch nachdem sie die Armen-Spezialärzte abgelehnt hat. Was Herr Bülow gegen die Spezial-Schulärzte gesagt, sei ebensogut gegen die Schulärzte überhaupt geltend zu machen; es sei das ein überwundener Standpunkt. Das Schulärztnstitut müsse allmählich in eine Verfassung übergeleitet werden, wo die schulärztliche Tätigkeit die Hauptfache, die Privatpraxis die Nebensache sei; diesem Ziel würde aber heute die Annahme des Antrages Antid entgegen sein. Redner erklärt sich daher für die Ausschusshandlung.

Stadt. Dr. Ritter (Fr. Fr.) ist im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen für die Forderung von Spezialärzten, wofür sich auch eine Versammlung seiner Fachgenossen (Zahnärzte) einstimmig ausgesprochen habe.

Stadt. Dr. Wehl: Auf den Universitäten werden Augen- und Ohrenheilkunde nur oberflächlich den praktischen Ärzten, die nicht Spezialisten werden wollen, beigebracht; in der Zahnheilkunde ist nicht einmal eine Prüfung vorgeschrieben. Herr Bülow vertritt den Standpunkt des laien Bürgers und ist hier von sozial-politischer Blässe nicht angefaßt. Der Ausschuss hat ja nur dem Magistrat die Sache zur Erwägung empfohlen; vorzüglicher kann man doch kaum sein, aber selbst das geht Herrn Bülow nach zu weit. Auch Herrn Preuß stimmen wir prinzipiell zu, aber als praktische Politiker wollen wir zunächst einmal das Gegenwärtige ausbauen.

Stadt. Ulrich (A. L.): Wir werden einstimmig gegen die Resolution bezüglich der Spezialärzte stimmen, und zwar aus den von Dr. Bülow entwickelten Gründen.

Stadt. Wommsen (Fr. Fr.) nimmt für Dr. Bülow trotz Dr. Wehl das soziale Empfinden in Anspruch und stellt sich ebenfalls auf den Standpunkt des ersten. Bei der Frage des armenärztlichen Dienstes habe sich Dr. Bülow ja gerade für Spezialärzte ausgesprochen. Für Zahnärzte könnte man event. sein, aber die Fassung der Resolution sei zu allgemein.

Darauf wird nach dem Ausschusshandlung der Antrag Antid abgelehnt, ebenso aber auch die vom Ausschusse vorgeschlagene Resolution betr. die Spezialärzte.

Mit der Einstellung einer Anzahl neuer und erhöhter Zuwendungen an gemeinnützige Anstalten und Vereine hat sich der eingesezte Sonderausschuss in den meisten Punkten einverstanden erklärt. Es sollen für 1906 hergegeben werden: an den Berliner Krüppelverein 2500 M., an den „Allg. deutschen Schulverein in Berlin zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande“ 1500 M. und als einmalige Spende an den „Deutschen Tierchutzverein“ 8000 M., an den „Verein für Volksunterhaltungen“ 2000 M., an den „Verein für die Gohnerschen Kleinkinder-Bewahranstalten“ 500 M., an den „Zentralkrankenpflege-nachweis“ für Berlin und Umgegend 300 M., dagegen soll dem „Verein zur Förderung der Kleinkinder-Bewahranstalten der Zuschuß nur in der bisherigen Höhe von 3000 M. bewilligt werden, da dem Ausschuss das Material für die beantragte Erhöhung auf 4000 M. nicht ausreichend erscheint. Die beantragte Neueinstellung von 300 M. für den „Sanitätsverein für Lehrerinnen und Erzieherinnen in Berlin“ hat der Ausschuss abgelehnt. Referent ist Stadt. Richelet. Die Versammlung schließt sich durchweg ohne Debatte den Ausschussvorschlägen an.

Zum Empfange des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit bewilligt die Versammlung den Festsaal des Rathauses und 4500 M.

Schluß 7 1/2 Uhr.
Der auf der Tagesordnung der geheimen Sitzung stehende Antrag Cassel u. Wen. betreffend die anderweitige Festsetzung der Gehälter der besoldeten nicht technischen Magistratsmitglieder soll auf Antrag der Sozialdemokraten in der nächsten öffentlichen Sitzung verhandelt werden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tante Boff gegen die Straßenbahner.

Die Angestellten der Großen Berliner haben die Maßregelung von acht ihrer Kollegen nicht stillschweigend hingenommen, sondern in einer großen Versammlung dagegen protestiert und weitere Schritte in Aussicht gestellt, falls das gegen die Gemahregelungen verübte Unrecht nicht wieder gut gemacht wird. Gegenüber solcher Regierung des Selbstbewußtseins und des Rechtsempfindens in den Reihen des Straßenbahnpersonals kann die „Bosche Zeitung“ natürlich nicht ruhig bleiben. Im Beistand ihrer gestrigen Abendausgabe tritt die Tante rüchaltlos für die maßregelungslustige Direktion ein. In vollkommener Uebereinstimmung mit der Straßenbahndirektion behauptet die Boffin, es könne weder von Maßregelungen, noch von einer Beeinträchtigung des Koalitionsrechts die Rede sein, denn die Direktion habe ja nicht alle Mitglieder des Verbandes entlassen, sondern nur diejenigen, welche den Frieden der Arbeiterschaft durch gesellschaftliche Wählerleien störten. Daß diese entlassen wurden, könne niemand der Direktion verdenken.

Was die „Bosch. Ztg.“ ihren Lesern hier vormacht, das ist dieselbe Weise und auch derselbe Zeit, womit noch stets jede arbeitserfeindliche Maßnahme von den Unternehmern und

der ihnen dienstbaren Presse verteidigt und beschönigt worden ist. Die Entlassenen sollen gehetzt und den Frieden unter den Angestellten gestört haben. Wodurch? Die „Bosch. Ztg.“ weiß keine Tatsachen zum Beweise dieser Behauptung anzuführen. Die Entlassenen dagegen haben Tatsachen beigebracht, die ihnen als friedensstörende Hegerieen angerechnet worden sind obwohl es sich um nichts anderes handelt, als um gelegentliche gesprächsweise Hingeworfene, allerdings empfehlende Bemerkungen über die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten. Will die „Bosch. Ztg.“ solche gesprächsweisen Äußerungen des einen Angestellten zum anderen als Wählerleien und Friedensstörungen bezeichnen, dann steht sie auf einem Standpunkt, der genau so arbeitserfeindlich ist wie der, welchen die beschäftigten Unternehmer und Scharfmacherorgane einnehmen. Wer dem Arbeiter verbietet, die Organisation, welcher er angehört, auch anderen Kollegen gelegentlich zu empfehlen, der spricht allerdings dem Arbeiter das Recht der Koalition ab. Etwas anderes aber, als gelegentliche Hinweise auf die gewerkschaftliche Organisation ist unseres Wissens den Entlassenen nicht nachgewiesen worden. Ihre Entlassung stellt sich also in der Tat als ein Angriff auf das Koalitionsrecht dar.

Diese Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen, mag sich auch die Boffin noch so sehr abmühen in der Vertretung der Interessen der Straßenbahner. Die ahnungsvolle Tante weiß ja recht gut, daß die Große Berliner sich in den weitesten Kreisen des Publikums der denkbar größten Unbeliebtheit erfreut. Nun kommt noch die Maßregelungssache hinzu, um das Maß der Rühstimmung, die gegen die Straßenbahngesellschaft herrscht, voll zu machen. In der Besichtigung, daß diese Maßregelung zu einem Streik führen könnte, bei dem die Sympathie der Bürgerschaft auf die Seite der Straßenbahngestellten wäre, sucht die „Bosch. Ztg.“ beizeiten die Bürgerschaft gegen die gewerkschaftlich organisierten Straßenbahner einzunehmen. Das ist gewiß keine leichte Sache, aber die unentwegte Verfechterin der Unternehmerinteressen bemüht sich doch, dies Werk, so gut es gehen will, zu vollbringen, und so stellt sich die „liberale“ Boffin in Reih und Glied mit der „Arbeitgeber-Zeitung“ und anderen Scharfmacherorganen, die es als ihre Aufgabe betrachten, jede selbständige Regierung der Arbeiter zu unterdrücken.

Zur Tarifbewegung der Steinmehlen und Schrifthauer nahm am 21. Februar wieder eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Filiale Berlin I des Zentralverbandes der Steinmehler Stellung. Weitere Zugeständnisse, als sie in der Versammlung am 28. Januar bekannt gegeben wurden, sind von der Zunftung nicht gemacht worden. Es sind im wesentlichen folgende: Wiederherstellung des Alfordtarifes von 1900, was gegenüber den jetzigen verärgerten Preisen eine Zulage von 20 bis 25 Proz. bedeutet; es soll aber nicht die Steinmehlerentlohnung von 1900, sondern die im jetzt ablaufenden Tarif enthaltene gelten. Erhöhung des Minimalstundenlohnes von 78 auf 80 Pf. für die Schrifthauer 26 Pf. pro Buchstaben. — Es ist also bei Ablehnung der prinzipiellen Forderung auf gänzliche Abschaffung der Alfordarbeit und bei der Ablehnung des Fünftageschlusses auf den Plätzen geblieben. — Nach langer und lebhafter Debatte wurde mit großer Majorität beschlossen, den Tarif, wie er sich nach den Zugeständnissen der Zunftung gestaltet, unter der Bedingung anzunehmen, daß Verhältnisse unter 1 M. nur im Tagelohn (bezw. Stundenlohn) angestrichelt werden.

Tarif der Kleber. Am Mittwoch besuchte sich eine stark besuchte Verbandsversammlung der Tapeziere mit der am 1. März für die Branche der Kleber eintretenden Erhöhung verklebener Tarifpositionen. Nach längerer Diskussion, in der sämtliche Redner die entscheidende Durchführung der jetzt in Kraft tretenden neuen Tarifbestimmungen bestritten, wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Versammlung verpflichtet sämtliche dem Beruf angehörige Kollegen für die am 1. März eintretende Tarifserhöhung der Kleber Sorge zu tragen. Bei der am 4. März stattfindenden Ausgabe der Kontrollkarten hat jeder Kleber über die bei seiner Firma bestehenden Verhältnisse Bericht zu erstatten. Die Versammlung beschließt ferner, daß in sämtlichen Differenzfällen die Auktorkommission sofort einzuschreiten und nach erfolgloser Verhandlung die Sperte zu verhängen hat. Sollten außergewöhnliche Maßnahmen nötig sein, so beauftragt die Versammlung die Verbandsleitung, die entsprechenden Schritte einzuleiten. Die Versammlung ersucht ferner, daß die Vertreter der Berliner Zunftung des Tapeziererverbandes ihrem Versprechen gemäß ihren Einfluß bei ihren Berufskollegen dahin geltend machen, daß es auf Grund der Tarifveränderung nicht erst zu Differenzen zu kommen braucht.

Dierzu teilt die Verbandsleitung noch mit:
Die jetzigen Kontrollkarten gelten bis 4. März. Sollten am 3. März die erhöhten Preise nicht gezahlt werden, so dürfen die Kollegen nicht aufhören, sondern haben die Differenz am 4. März auf den Kontrollstellen zu meiden, damit am 5. März sofort die Auktorkommission einschreiten kann.

Deutsches Reich.

Textilarbeiter-Aussperrung.

Eine Privatbespeise aus Rühlhausen (Elsah) meldet uns: 150 Arbeiter der Baumwollspinnerei von Frey u. Co., die wegen der Forderung des Jehnstantentages gekündigt hatten, traten am 22. d. Mts. in den Ausstand. Die Fabrikleitung sperrte darauf die übrigen 500 Arbeiter und Arbeiterinnen aus, so daß der Betrieb völlig still steht.

In der Weiskener Nähmaschinenfabrik (Biesold u. Joste in Weihen) ist ein Konflikt ausgebrochen, der seine Ursache darin hat, daß die Betriebsleitung schon seit Jahr und Tag den organisierten Arbeitern alle möglichen Schwierigkeiten macht, um sie zum Austritt aus dem Metallarbeiterverband und zum Eintritt in einen den Unternehmern freundlich gesinnten Verein zu veranlassen. Um diesen fortgesetzten Beeinträchtigungen des Koalitionsrechts ein Ende zu machen, haben die Monteurs ihre Kündigung eingereicht. Sie fordern Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation. Die Arbeiter ersuchen darum, daß der Zugang nach Weihen ferngehalten werde.

Auf dem Tonwert „Merkur“ zu Jaguid befinden sich 34 Tongräber seit ungefähr sechs Wochen wegen Lohnhöhen im Streik. Im Fernhalten des Zuganges erucht die Fabrikleitung des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes.

Ausland.

Zum Streik in Fiume

Liegen diese Meldungen vor:
Budapest, 22. Februar. In Fiume haben mehrere Fabriken ihre Arbeiter ausgesperrt. Andere Fabriken haben die gleiche Maßregel angebroht.
Fiume, 22. Februar. Da die Arbeiter der königlichen Tabakfabrik heute die Arbeit wieder in vollem Umfang aufnehmen, haben die im Hafen liegenden Kriegsschiffe Befehl erhalten, abzudampfen.

Kohlenarbeiterbewegung in Nordamerika.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus New York: John Mitchell, der Präsident der Kohlenbergleute, erklärte in Pittsburg, der Ausstand in den Kohlenbergen am 1. April sei unvermeidlich. Die Forderungen der Bergleute sind achtstündiger Arbeitstag und Anerkennung der Union. Der Ausstand wird sich auf eine halbe Million Grubenarbeiter erstrecken.

Gegen den Gesetzentwurf über den Arbeitskontrakt, den die neue Regierung von dem Ministerium Ruiper übernommen hat, entfaltet die niederländische Arbeiterschaft seit seinem Erscheinen eine lebhafteste Agitation. Bisher erreichte sie dadurch, daß der Entwurf bereits zweimal revidiert wurde. Aber annehmbar wurde er damit für die Arbeiterschaft nicht gemacht. Zur Bekämpfung der drohenden Gefahren, die dieser Entwurf für die ganze Gewerkschaftsbewegung in sich schließt, haben die Arbeiterorganisationen ein besonderes Agitationskomitee gebildet, das am Sonntag, den 16. Februar, eine allgemeine Delegiertenversammlung der niederländischen Arbeiterschaft nach dem Palais voor Volksvrij in Amsterdam einberufen hatte. Hier waren achtzehn Zentralverbände und 26 Vorstandsstellvertreter, die 40—50 000 dem Komitee angeschlossene Arbeiter repräsentierten, vertreten. Außerdem hatten 24 Arbeiterorganisationen 460 Delegierte geschickt und von vielen anderen waren Sympathieerklärungen eingegangen. Einstimmig nahm die Versammlung eine Resolution an, in der die Ablehnung des Gesetzentwurfes verlangt wird. Sie soll der Kammer zugesandt werden.

Die ungarische Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Jahren eine glänzende Entwicklung durchgemacht. Nach schweren Kämpfen gegen die Willkür der Behörden war es endlich vor zwei Jahren gelungen, die Genehmigung von Landesverbänden durchzusetzen. Von da an begann ein riesenhafter Aufschwung. Am 1. Januar 1903 betrug die gesamte Mitgliederzahl erst 15 270; am 1. Januar 1904 war ihre Zahl auf 41 138 und am 1. Januar 1905 auf 53 106 gestiegen, um Ende des verfloffenen Jahres annähernd die Zahl von 80 000 zu erreichen. Die kürzeste Organisation ist die der Bauarbeiter; sie zählte im Jahre 1905 188 Ortsgruppen und 5 Fachsektionen mit 22 000 Mitgliedern. Ihre zunächst stehen die Metallarbeiter mit circa 18 000 und die Holzarbeiter mit circa 10 000 Mitgliedern.

Zum Metallarbeiterausstand in Madrid wird berichtet: Die Lage der ausländischen Metallarbeiter in Spanien ist bereits eine sehr bedenkliche geworden. Die Zahl der Kollektiven wird bereits auf 15 000 geschätzt. Es werden ernste Komplikationen befürchtet.

Verfammlungen.

Gleiche Zustände bei einer kaufmännischen Engrosfirma. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen hatte die Angestellten der Engrosfirma Goldhaber u. Weyerheim, Neue Königstraße 34, zu einer Betriebsversammlung zusammengerufen, in der durch Angehörige des Personals haarsträubende Mißstände zur Sprache kamen. Die Geschäftsordnung dieser Firma wurde bereits im „Vorwärts“ veröffentlicht. Sie wird in rigorosster Weise in Anwendung gebracht; nicht selten müssen Angestellte von ihrem dürftigen Gehalt noch einen beträchtlichen Teil als Strafgelde entrichten. Dabei fällt es der Geschäftsleitung nicht ein, wenigstens die kümmerlichen gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Die Geschäftsdrücke sind so eng und verhaßt, daß bei Ausbruch eines Feuers die größte Gefahr für das Personal besteht. Ebenso sind Klosetts und Garderoben in miserablen Zustand. In den Arbeitsräumen ist es so kalt, daß schriftliche Arbeiten mit frierenden Händen geleistet werden müssen. Auch hier zeigt sich wieder die Notwendigkeit der Errichtung von Handlungsinpektionen unter Hinzuziehung von Handlungsgehilfen. Um sich billige und willfährige Arbeitskräfte zu sichern, bemüht sich die Firma ständig um unerfahrene Leute aus Galizien und deutschen zurückgebliebenen Gegenden. Gehaltszulagen werden nur in einzelnen Fällen gemacht; auch finden sich unsaubere Elemente, die sich zu Spitzeldiensten gegen ihre Kolleginnen und Kollegen erniedrigen.

Bürgerliche Handlungsgehilfenvereine, denen die himmelstreichenden Zustände lange bekannt waren, haben selbstverständlich keinen Finger gerührt, um eine Besserung zu erzielen. Erst das Eingreifen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, in dem sich jetzt das Personal in großer Zahl organisiert hat, wird den Herren Chefs das Gewissen schärfen.

Der Verband der Hafenarbeiter (Berlin II) hielt am 18. Februar eine Versammlung ab. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 1. Quartal 1905, welche eine Einnahme von 1972,95 M., eine Ausgabe von 1954,71 M. und einen Kassensbestand von 768,43 M. ergab. Hauptsächlich des vom Vorstand eingeführten provisorischen Arbeitsnachweises kam es zu einer längeren Debatte, die zugunsten des Vorstandes ihren Abschluß fand. Dann wurde der früher ausgeschlossene Kollege Karl Diegelgegend wieder aufgenommen.

Zentralverband der Stukkateure. Die Filiale Berlin beschäftigte sich in ihrer Versammlung am 19. d. M. mit dem Unterstüßungsweesen in ihrer Organisation. Der Hauptvorliegende D e n t h a l, der über diesen Punkt referierte, empfahl die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gemäß der Vorlage, welche den diesjährigen Verbandstag beschäftigen wird. — In der Diskussion bemängelt Krebs, daß der Entwurf zwei Klassen schaffe und eine zu minimaler Leistung vorschlage. Er bringt einen Vorschlag, der weitgehender ist, aber auch höhere Beiträge fordert. Die prinzipielle Seite will er unerwähnt lassen, da die Praxis hier schon lange entschieden habe. — Biesler und Vitelius fürchten, daß die Mitglieder infolge der hohen Beiträge abfallen werden. Rösner ist nicht prinzipieller Gegner, doch lehne er den Vorschlag ab, weil er zu viel Gewaltmaßregeln erfordern würde. — Ein Antrag, die Diskussion in der nächsten Versammlung fortzusetzen, wurde angenommen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Ausgabe.)

Eingegangene Druckschriften.

Richard Calver. Das Wirtschaftsjahr 1905. I. Teil. Handel und Wandel. 346 Seiten. Preis: brosch. M. 9.—, geb. M. 10.—. Verlag G. Fischer, Jena.
2. Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats Lufsenwalde für 1905 nebst Jahresbericht des Gewerkschaftsrates dalehdt. 15 Seiten. Selbstverlag.
Die neue Frauenrecht. Mitteilungen der Freien Vereinigung für Verbesserung der Frauenstellung, herausgegeben von Ella Lam. Verlag: Georg D. S. Calver, München. Konnlich 1 Heft. Halbjahr 1,50 M.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Textilarbeiter-Aussperrung.

Rühlhausen (Elsah), 22. Februar. (B. L. Z.) Heute begann hier ein Ausstand der Textilarbeiter. Bisher sind 600 bis 700 Arbeiter auszuhängig. Die Fabrikantenvereinigung der Baumwollwebereien droht mit der Aussperrung aller Arbeiter.

Wahlreform in Oesterreich.

Wien, 22. Februar. (B. L. Z.) Die Einbringung der Wahlreformvorlage wird zu Beginn der morgen stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgen.

Neue Morke.

Riga, 22. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Militärabteilung verhaftete gestern im Letul-Bezirk drei bewaffnete Aufständische, welche nach dem Urteil des Kriegsgerichts hingerichtet wurden. Man hatte sie als Bandenführer erkannt.

Der kranke Mann regt sich.

Konstantinopel, 22. Februar. (B. L. Z.) Die Verhältnisse an der türkisch-perssischen Grenze werden immer verwickelter. Die Türkei scheint die gegenwärtige Ohnmacht Rußlands zur Herstellung ihres Prestiges in den dortigen Teilen Rußlands auszunutzen zu wollen. In Turkestan sind bereits 25 000 Mann Truppen konzentriert; die Truppenstärke soll auf 40 000 Mann gebracht werden.

Reichstag.

50. Sitzung. Donnerstag, den 22. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Fürst Bülow, Graf Pasadowitz, Tschirischky v. Bögendorf, Dr. Delbrück, v. Podbielski, v. Rühlberg, v. Körner und viele Kommissare. Der deutsch-äthiopische Handelsvertrag wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Es folgt die erste Beratung des Handelsprovisoriums mit den Vereinigten Staaten.

Reichszankler Fürst Bülow:

Nach Abschluß der dem Reichstage vor einem Jahre vorgelegten Handelsverträge mit den europäischen Staaten traten die verbündeten Regierungen an die Aufgabe heran, auch das wirtschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika neu zu ordnen. Die Vereinigten Staaten sind ein vorzugsweise landwirtschaftliches Produkt- und Rohstoffe exportierendes Land. Trotzdem war, wie dies der Herr Abg. Graf Schwerin-Löwis in einer im Oktoberheft der „Deutschen Monatschrift“ erschienenen interessanten Vorlesung nachgewiesen hat, bei den mit Amerika florzulegenden Verhältnissen die deutsche Landwirtschaft weniger und jedenfalls nicht in erster Linie beteiligt. Die deutsche Landwirtschaft hatte durch unseren neuen Zolltarif und die neuen Handelsverträge den für sie notwendigen Schutz erhalten und konnte deshalb ruhig der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen. Bei den Vertragsverhandlungen mit Amerika galt es vielmehr hauptsächlich, die Ergebnisse unserer neuen Handelsverträge für die Industrie und den Handel zu verteidigen, welche bei der Ausfuhr nach der Union einmal unter der bedeutenden Höhe der amerikanischen Zölle und namentlich unter mancherlei Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung leiden, die mit dem in Amerika bestehenden System der Wertzölle zusammenhängen und die auch durch den komplizierten Modus der Fakturenbeglaubigung durch die amerikanischen Konsule einen sehr empfindlichen Umfang angenommen haben. Wir haben der amerikanischen Regierung bei der Kündigung des Abkommens vom 10. Juli 1900 einen Tarifvertrag nach dem Muster der von uns mit den europäischen Staaten abgeschlossenen Handelsverträge vorgeschlagen, in dem Amerika uns gegen unsere Konventionallösung die Herabsetzung seiner Zölle und die Befreiung gewisser Güter bei dem Zollverfahren gewährt hätte. Ich begnüge mich mit der Feststellung, daß sich der Abschluß eines Handelsvertrages mit Amerika bis zum 1. März d. J. als unmöglich erwiesen hat. Angesichts dieser Sachlage haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, den vorliegenden Gesetzentwurf diesem hohen Hause zu unterbreiten, durch welchen es dem Bundesrat ermöglicht wird, den Vereinigten Staaten bis zum 30. Juni 1907 die Höhe unserer Handelsverträge zu gewähren. Es handelt sich also um einen Akt der internationalen Gerechtigkeit, und dadurch wird zugleich zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten bei uns ein Recht auf Meistbegünstigung nicht besitzen. Denn wir räumen ihnen die Zollermäßigungen nicht in dem Sinne ein, als ob sie dazu ein Recht hätten. Wir tun es, um Zeit zu gewinnen, um zu sehen, ob es nicht möglich ist, daß die Verhandlungen noch zu einem befriedigenden Ende führen. Wir tun es, weil wir im Interesse beider Teile einen Zollkrieg vermeiden wollen. Ich lege hohen Wert darauf auch in bezug auf unsere guten politischen Beziehungen, die zum Segen beider Länder seit langer Zeit bestehen. Es wäre aber trügerisch zu glauben, daß wir die politische Freundschaft mit einer Benachteiligung unserer wirtschaftlichen Interessen erkaufen wollten. Im Zweifel konnte man nur sein, welche Dauer man dem Gesetzentwurf zu geben hätte. Wenn die verbündeten Regierungen sich entschlossen haben, den 30. Juni 1907 als den Zeitpunkt vorzuschlagen, bis zu welchem die Zollermäßigungen den Vereinigten Staaten zu gewähren seien, so sind hierfür für uns gewichtige Gründe maßgebend gewesen. Eine längere Bemerkung könnte den Anschein erwecken, als wenn wir einen definitiven Zustand schaffen wollten, während es sich doch nur um ein Provisorium handelt. Gegen eine längere Abweisung spricht der Umstand, daß die schwierigen Verhandlungen in wenigen Monaten nicht beendigt werden können. Auch müssen wir Rücksicht auf unsere Industrie nehmen, die nicht der Gefahr ausgesetzt werden kann, binnen kurzen sich wieder neuen Verhandlungen und Änderungen der Zölle ausgesetzt zu sehen, weil dadurch langfristige Lieferungsverträge unmöglich würden. Also nicht um eine materielle Lösung handelt es sich bei dem Gesetzentwurf, sondern um ein Zweckmäßigkeitsvorhaben. Für die tatsächliche Lösung solcher internationalen Fragen müssen sie uns aber etwas freie Hand geben und etwas Vertrauen schenken. Daß auch bei der Regierung der Vereinigten Staaten der Wunsch besteht, freundschaftliche wirtschaftliche Beziehungen mit uns zu erhalten, geht auch aus einer Note hervor, welche unser Botschafter in Washington uns mitgeteilt hat. Aus ihr geht hervor, daß der Staatssekretär Root erklärt hat, daß, wenn Deutschland den Vereinigten Staaten die ermäßigten Zölle des Konventionalltarifs bis zum 30. Juni 1907 gewährt, der Präsident der Vereinigten Staaten demüht sein wird, in der Session 8 des Dingletarifs gewisse Änderungen einzutreten zu lassen, so daß die Zollabfertigung weniger lästig für unseren Handel sein wird. Der Staatssekretär erklärt weiter, daß es der ernsteste Wunsch des Präsidenten sei, die amerikanische Zollabfertigung von allem zu befreien, was den deutschen Exporteuren das Aussehen von Härten zu haben scheint. Er hofft, daß das Provisorium die wechselseitige Grundlage geben wird, zu neuen Vertragsbestimmungen zu gelangen. Der Staatssekretär Root gibt schließlich in dieser Note der Hoffnung Ausdruck, daß man zu einer Verständigung kommen werde, was immer auch eintreten werde. Soweit die amerikanische Note. Bei der Wichtigkeit unserer Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten haben die verbündeten Regierungen es jedenfalls für ihre Pflicht gehalten, alle Mittel zu erschöpfen, welche eine verbindliche Regelung unserer Handelsbeziehungen herbeizuführen geeignet sind, und sie hoffen, daß dieses hohe Haus diesem Gesichtspunkte Rechnung tragen wird.

Abg. Graf Schwerin-Löwis (konf.):

Ich bedaure, dem Reichszankler, der unläugbar viel für die Landwirtschaft getan, in einer Frage entgegenzutreten zu müssen, an der die Landwirtschaft verhältnismäßig wenig beteiligt ist. Wir treten dem Reichszankler in dieser Frage entgegen, weil dieselbe über das wirtschaftspolitische heraus ein großes nationales Interesse besitzt. Im Namen der weitaus größten Mehrheit meiner politischen Freunde habe ich zu erklären: Im Einklang mit den wiederholten Erklärungen des Reichszanklers und seines Stellvertreters halten wir daran fest, daß die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika auf dem Grunde völliger Gleichberechtigung ruhen müssen. Jetzt aber werden Amerika ohne Gegenleistung die Vorteile unseres Konventionalltarifs eingeräumt. Die unentgeltliche Einräumung des Konventionalltarifs an Amerika würde auch auf unser Meistbegünstigungsverhältnis zu den anderen Staaten von bedenklichem Einflusse sein. Rußland und Italien haben höhere Generaltarife als wir, und sie haben sie auch Amerika gegenüber in Kraft gesetzt. Die amerikanische Union hat einen einmal höheren Tarif als wir, und wir haben deshalb keinen Zollkrieg begonnen. Wir müssen befürchten, daß eine so ungerechte Behandlung Deutschlands durch die Union das deutsche Nationalgefühl auf das schwerste verletzt. (Sehr richtig! rechts.) Es wird aber auch die Stellung der uns feindlich Gesinnten in Amerika gekränkt. Die unentgeltliche Einräumung unseres Tarifs wird auf die amerikanischen Wahlen einen sehr ungünstigen Einfluß ausüben. Unsere Haltung wird aber auch die europäischen Staaten schwächen. Das bedeutet einen neuen Sieg der amerikanischen Rückwärtslosigkeit. (Sehr richtig! rechts.)

Aber außer den politischen Gründen sprechen noch sehr erhebliche sachliche gegen die Vorlage. Die Industrie wird mit größerer Sicherheit vor die Frage gestellt werden, Zollkrieg oder Vereinbarung. Heute ist ein Zollkrieg nicht in so starkem Maße zu befürchten, wie es 1907 der Fall sein wird. Das vorgeschlagene Provisorium verschiebt die Grundlage der Verhandlungen zu unseren Ungunsten. Richt der Generaltarif, sondern der Konventionalltarif wird dann die Grundlage werden. Das schädigt auch vor allem die Landwirtschaft! Ich frage aber, besteht bei der amerikanischen Regierung überhaupt Reizung zum Abschluß eines Vertrages mit uns? Ohne eine bejahende Antwort hierauf ist ein Provisorium überhaupt überflüssig. Aus allen diesen Gründen können wir das Provisorium, das eine Kapitulation bedeutet, nicht annehmen. Wir werden deshalb dagegen stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wir werden für das Provisorium stimmen. 1902 erklärte man, unser Zolltarif ist ein vorzügliches Instrument. Die Staaten würden sich darum reizen, mit uns Tarifverträge abzuschließen. Hätten wir damals gesagt, der Reichszankler würde in kurzer Zeit seine heutige Rede halten müssen, so wäre das als Reichsfeindschaft, wenn nicht gar als reichsfeindliche Bosheit (Sehr gut! links) bezeichnet worden. Und doch lag es auf der Hand, daß es so kommen würde. Mit dem Zolltarif von 1902 haben wir uns nicht in eine günstigere, sondern in eine ungünstigere Lage gebracht. Deshalb haben wir uns gar nicht über die vorhandenen Schwierigkeiten zu beklagen. Sie sind nicht von außen zu uns gekommen. Wir haben sie mit unserer Zollpolitik verschuldet. Man weist uns auf die amerikanischen Zölle hin. Ich kenne Amerika aus Reisen sehr gut und ich kann Ihnen sagen: Die amerikanische Zollpolitik ist keine Maßregel, die von Anfang an darauf zugeschnitten war, den amerikanischen Einwohnern die Taschen zu leeren. Es war eine Repressalie für die Behandlung der amerikanischen Schweine. Trotzdem kämpfte ich auch gegen die amerikanische Zollpolitik, weil ich die Interessen des deutschen Volkes wahrte. Wir haben ja auch unsere Zollpolitik nicht so heftig aus Vorliebe für das Ausland angegriffen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gewaltsam wurde auch in Amerika den Arbeitern eingeredet, daß, wenn sie erst hohe Zölle hätten, auch die Löhne der Arbeiter steigen würden. Nun werden wir ja in kurzer Zeit sehen, wie viel die Unternehmer von ihrem Gewinn aus den hohen Zöllen den Handarbeitern abgeben werden. Ich glaube, daß es sehr wenig sein wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls bekämpfen wir jede Maßregel, die der anderen Seite Gelegenheit geben könnte die neuen Zölle zu erhöhen. Denn die ganze Zolltreiberei geht auf Kosten der Arbeiter in allen Ländern. (Sehr wahr! links.) Unsere Agrarier wollen ja gar nicht den amerikanischen Weizen vom deutschen Markt fern halten, sondern hohe Preise für ihren eigenen Weizen durch Verteuerung des amerikanischen. Und genau so geht es den amerikanischen Fabrikanten; auch sie wollen nur die Auspoierung des amerikanischen Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese würde erreicht werden, wenn dem Provisorium hier die Zustimmung verweigert würde und damit der Generaltarif in Kraft trete, gegen dessen Anwendung Amerika wiederum Abwehrmaßnahmen ergreifen würde. Schon jetzt hat aber die deutsche Zollpolitik die heimische Produktion wie die heimische Konsumtion empfindlich geschädigt. In England ist die Gefahr eines Sieges der Chamberlainschen gegenwärtig beseitigt. Da wird wohl auch in Deutschland allmählich noch mehr abdröckeln von dem eben erst geschaffenen Zollschutz. In Amerika freilich ist bis 1907 ein Umschwung nicht zu erwarten, da bis dahin der Senat, ohne dessen Zustimmung doch ein Handelsvertrag unmöglich ist, unverändert bleibt. Möglich, daß 1908 bei den allgemeinen Präsidentenwahlen sich der Umchwung zeigt. Aber schon vorher wird das deutsche Volk einsehen, daß dieser Tarif ihm nicht die versprochenen Vorteile bringt. Mit Rücksicht nur auf seine eigenen Interessen wird das deutsche Volk bis dahin eine erhebliche Herabsetzung der Zölle durchgeführt haben. Darum unterstützen wir jetzt jede Maßregel, die verhindert, daß der Generaltarif gegen irgend ein Land in Anwendung kommt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herold (B.): Ich will in eine zollpolitische Erörterung, wie es der Vorredner getan hat, nicht eintreten. Wir sind Schutzgöllner, auch aus dem Grunde, weil wir die Interessen der heimischen Industrie und damit auch die unserer Arbeiter wahrnehmen und nicht wie Sie (zu den Sozialdemokraten) nur so tun, uns überläßt die Vorlage außerordentlich unangenehm. Unser Generaltarif von 1902 solle die Grundlage sein; der Vorzugstarif nur gegenüber den Staaten, die uns Vorteile einräumen, in Geltung kommen. Ein Jahr vier Monate soll Amerika ohne Gegenleistung unseren Vorzugstarif erhalten. Das ist ein Bruch mit unserer Politik. Nur weil ein Provisorium gewünscht wird, kann man an die Vorlage herantreten. Wir wissen, daß vertragliche Abmachungen lange Zeit in Anspruch nehmen. Nur aus diesem Grunde können wir unsere Zustimmung zu der Vollmacht für die verbündeten Regierungen geben. Wir werden deshalb für die Vorlage stimmen.

Abg. Kaempf (fr. Sp.): Ich widerspreche mit Entschiedenheit der Behauptung, daß es sich hier um eine Kapitulation Deutschlands handelt und um einen Akt nationaler Entwürdigung. Die Industrie hat stets betont, daß sie Reziprozitätsverträge wünscht. Die bittere Pille muß geschluckt werden. Es ist ausgesprochen, daß uns Amerika 1900 über den Köffel barbiert hat. In den Zeitungen heißt es: Amerika hat sich 1802 unseren Vorzugstarif erschlichen; es habe uns über den Köffel barbiert. Das sind nur Phrasen. Vor allem sollten die Herren Schutzgöllner bei uns etwas vorchtiger mit derartigen Angriffen sein. (Sehr richtig! links.) Der Amerikaner ist ein ebenso guter Köchner wie wir. Ich habe stets begreiflich, daß es möglich sein wird, bei den starken Zollmehrsheiten in Amerika und bei uns zu einem Gegenleistungsverträge zu gelangen. Amerika gegenüber ist unser Generaltarif eine sehr unbrauchbare Waffe. Ein Zollkrieg schädigt uns mehr als Amerika. Denn von dort werden Weltmarktlwaren zum größten Teil exportiert. Einen Zollkrieg haben wir vor allem zu vermeiden. Wenn Jehnkel der gesamten deutschen Industrie steht in dem Provisorium die einzige Möglichkeit zu einer Verständigung. Mit dem Hochschutzzollsystem wird auf beiden Seiten nicht weiter gewirtschaftet werden können. Wir werden für das Provisorium stimmen. (Beifall links.)

Abg. Baasche (natl.): Mit den Voraussetzungen des Vorredners bin ich nicht einverstanden, wenn ich auch zu demselben Ergebnis komme. Wir brauchen uns nicht von Amerika behandeln zu lassen, wie es die Amerikaner wünschen. Wenn auf Grund unserer Politik die Amerikaner uns kein Entgegenkommen zeigen, so bedauern wir dies außerordentlich. Auf die Dauer ist es nicht möglich, daß ein selbstbewußter Staat sich eine so wenig freundliche Haltung bieten läßt. Wir wünschen, daß Amerika endlich zur Einsicht kommt, daß wir uns auch zur Wehr setzen können. In Amerika regen sich bereits Stimmen, daß die Hochschutzzollpolitik nicht den eigenen Interessen des Landes entspricht. (Heiterkeit links.) Wir wollen den Zollkrieg nicht heraufbeschwören. Im Interesse beider Länder ist es richtig, das rettende Seil zu ergreifen, wenn auch in letzter Stunde. Nachdem Amerika nach der Erklärung des Reichszanklers uns ein gewisses Entgegenkommen bewiesen hat, hoffen wir auf eine gute Beilegung. Deshalb stimmen wir für das Provisorium. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dove (fr. Sp.): Daß die Vorlage auf irgend einer Seite Befriedigung erregen würde, hat wohl selbst die Regierung nicht erwartet; alle nehmen sie nur an in Ermangelung eines Besseren.

Wenn der Abgeordnete Herold von einer unangenehmen Ueberraschung sprach, so bestätige ich ihm die Unannehmlichkeit, aber die Ueberraschung nicht. Es ist so gekommen, wie es kommen mußte. (Sehr wahr! links.) Wenn Herr Baasche heute hier Amerika freihandelsgrundsätze predigte, so antworte ich ihm: Sie haben aller Welt das Beispiel gegeben! (Sehr gut! links.) Sie mit der starken Erhöhung fast aller Zölle. — Graf Schwerin-Löwis rief der Industrie zu, sie werde behandelt, wie sie es verdiene. Nun, auf ihrem Gebiet stellt die Industrie schon ihren Mann; nur wenn von anderer Stelle ihre Interessen wahrgenommen werden sollen, so erhält sie nur Lobspitze und keine realen Vorteile. (Sehr gut! links.) Ich hoffe, daß gerade der gegenwärtige Zustand die deutsche Industrie lehren wird, bei einem künftigen Zolltarif anders zu verfahren als sie größtenteils beim letzten Zolltarif verfahren ist. Wir stimmen der Vorlage zu, mit dem bitteren Gefühl, daß eingetreten ist, was wir vorhergesehen und vorhergesehen haben. (Bravo! links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirt. Ver.): Wir stehen auf dem Boden der Gemeinsamkeit der Interessen von Stadt und Land. Die Landwirtschaft ist nicht das Sorgenkind, sondern der Ertragsbock, der sich müde für die Nachgeborenen gearbeitet hat. Die Interessen der Landwirtschaft kommen heute weniger in Frage als die der Industrie und des Handels. Es ist durchaus verständlich, daß unsere Industrie, die den veränderten Verhältnissen mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs Rechnung tragen muß, jetzt keinen Zollkrieg wünscht. Aber ist eine Operation notwendig, dann besser sofort als später. Das Provisorium ist in keiner Weise geeignet, den Zollkrieg zu vermeiden; es verschleift ihn nur. Die Schuld daran trägt nicht die Industrie, sondern die Regierung. Warum ist der Vertrag nicht rechtzeitiger gekündigt worden? Warum zeigen wir den Amerikanern nicht die Zähne! Mit Liebestwärtigkeiten ist nichts zu machen. Petroleum, Weizen und Baumwolle bekommen wir auch aus anderen Ländern. Wir sind ein guter Kunde Amerikas. Zeigen wir einmal, daß wir uns eine schlechte Behandlung nicht mehr bieten lassen. Haben wir erst das Provisorium, so werden wir niemals Konzeptionen aus Amerika herauschlagen, ohne daß wir, wie der Abg. Kampff gesagt hat, Ermäßigungen auf dem Gebiet der agrarischen Zölle geben. Aber das können wir nach der Zusammenkunft unserer Wähler nicht. (Zuruf des Abg. Gotheim: Der kennt noch nicht einmal die Reichsverfassung!) Die größere Hälfte unserer Partei sagt daher: Werft das Provisorium in die Wollschublade, die kleinere sagt: Wir wollen der Regierung ein Jahr Probezeit geben! (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. Graf Kanitz (L.) verzichtet. (Beifall.)

Abg. Dr. Rothhoff (fr. Sp.): Wir haben in der Tat keine Genugtuung über die Vorlegung dieses Provisoriums zu empfinden. Galt doch unsere ganze Zollpolitik nur dem Schreckgespenst der amerikanischen Handelspolitik. Gewaltsam schte man über den Willen der Interessenten heraus die Zölle hoch, nur um die Kompensationsobjekte für Amerika zu haben. Aber einmal wuchs die agrarische Bewegung der Regierung und der Industrie über den Kopf und verhinderte die nachträgliche Herabsetzung der Zölle, und auf der anderen Seite sehen wir jetzt den ungeheuren Kajakjammer in diesem Provisorium. Wenn irgendwo, so sollte sich hier unser Zolltarif als wunderbares Instrument zur Erzielung von Handelsverträgen erweisen. Und wenn es noch eines Beweises bedurfte für die Verfehltheit der traurigen und elenden Handelspolitik des jetzigen Reichszanklers, so ist es neben dem Alagen des Zentralverbandes deutscher Industrieller, der jetzt alle Verantwortung für diese Handelsverträge abhaken möchte, eben dieses Provisorium. Nichts ist erreicht, alle die leichtsinnig erweckten Hoffnungen sind getäuscht worden. Die deutsche Bevölkerung haben wir mit einigen neuen Steuern belastet, unsere Produktion und unseren Absatz erschwert, unsere Handelsbeziehungen zu den befreundeten europäischen Vertragsstaaten verschlechtert und Amerika gegenüber nicht das getunnte erreicht. (Sehr wahr! links.) Eine befriedigende Lösung der schwedischen Vertragsfragen ist nur möglich, wenn unsere Handelspolitik umkehrt und wirklich wieder Verträge zur Beförderung des Handels schließen will. So hoffe ich, daß der deutsch-amerikanische Handelsvertrag der Ausgang des Kampfes sein wird, den die deutsche Industrie und der deutsche Handel überall für den Freihandel werden führen müssen. (Bravo! links.)

Darmit schließt die Debatte. Das Haus tritt sofort in die zweite Sitzung ein. Hierzu liegt ein Antrag Hehl zu Herrnsheim (natl.) u. Genossen vor, nach welchem die verbündeten Regierungen den Vereinigten Staaten nicht alle, sondern nur ein Teil der Ermäßigungen des deutschen Konventionalltarifs gewähren soll.

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.) begründet seinen Antrag: Wir brauchen Amerika gegenüber hohe Schutzzölle. Das haben ja auch einseitige Sozialdemokraten anerkannt. — Neben führt einige Äußerungen der früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Schüppel und Calver an. — Deutschland hat sich einigermassen für Tarifverträge begeistert, Amerika dagegen hat sich absolut nicht abgegeben. Wie ist daher eine dauernde Uebereinkunft zwischen zwei von so verschiedenen Prinzipien geleiteten Staaten möglich? Ich bin daher fest überzeugt, daß uns ein Zollkrieg mit Amerika nicht erspart bleiben wird. (Hört! hört!)

Staatssekretär Graf Pasadowitz:

Der Antrag Hehl rät uns, das französische System gegenüber den Vereinigten Staaten einzuführen. Ich kann die Annahme dieses Antrages nicht beifügen. Die Annahme würde die verbündeten Regierungen zwingen, zwischen den verschiedenen amerikanischen Importen eine Auswahl zu treffen. (Beifall bei den Freisinnigen.) Die Annahme des Antrages würde bedeuten, daß wir entweder die Gesamtheit der amerikanischen Industrieerzeugnisse dem autonomen Zoll unterwerfen, was für Amerika eine Zollerhöhung von 41 Millionen betragen würde. Diese Drohung würde von den Amerikanern nicht ernst genommen werden, so daß die PreSSION, welche doch durch den Antrag ausgeübt werden soll, sich nicht als ausreichend erweisen würde. Oder aber die Zahl der Positionen, für die wir entweder einen autonomen Zoll oder neue Zölle unterwerfen würden, würde so gering sein, daß wir mit Annahme des Antrages fast vollkommen zu derselben Maßregel kommen würden, als wenn wir gemäß der Vorlage den ganzen amerikanischen Import unserem Konventionalltarif unterwerfen würden. Die Annahme des Antrages würde dann Amerika nur unnütz reizen.

Im übrigen möchte ich gegenüber den einzelnen Ausführungen noch bemerken, daß die staatsrechtliche Bedeutung des gegenwärtigen Gesetzentwurfes nicht richtig beurteilt wird. Er ist ein einseitiger autonomer Willensakt der verbündeten Regierungen bezüglich der deutschen Gesetzgebung. Wir treffen auf Grund dieser Vollmacht keinerlei vertragmäßige Abmachungen mit Amerika, sondern die verbündeten Regierungen werden erwägen, ob und wie lange vor der vom Reichstage zu erteilenden Vollmacht Gebrauch gemacht wird. Dafür wird maßgebend sein, was jenseits des Meeres geschieht. Aber diese Vollmacht bildet nach keinerlei Richtung die Grundlage für irgend welche vertragmäßigen Zollabmachungen.

Abg. Dr. Semler (natl.): Ich weiß nicht, welchen Teil der 700 Tarifpositionen Herr v. Hehl Amerika einräumen will. Wie denkt sich Herr v. Hehl eigentlich die Ausführung seines Antrages? Wir wollen jetzt keinen Vertrag schließen, sondern ein autonomes System, weil uns das von Frankreich erzielte Vertragssystem nicht genügt. Die landwirtschaftlichen Produkte Amerikas können wir ja doch nicht entbehren. Wenn es ein Handelsvertrag, so muß der mit Amerika nicht durch gegenseitige kleinliche Abgunst, sondern von großzügiger Förderung der beiderseitigen Handelsinteressen diktiert werden.

Der Herr v. Hehl will mit seinem Antrag die Amerikaner "bleiben". Aber mir scheint, er ist ein schlechter Volespieler, denn durch einen derartigen Antrag lassen sich Leute wie die Amerikaner nicht einschüchtern. Wenn die Anfrage des Abg. Semler, welcher Teil des Tarifes denn auf Amerika nicht Anwendung finden soll, nicht klipp und klar beantwortet wird, hat ja der ganze Antrag gar keinen Wert. Ein Stück "Blau" verliert Herr v. Hehl auch gegen unsere Partei. Er führte Schippel und Calver gegen die handelspolitischen Anschauungen meiner Partei ins Feld und versuchte dieses Argument zu verflüchtigen, indem er sich auf eine Rede meines Parteigenossen Wedel aus dem Chemnitzer Wahlkampf berief. Aber so wie die Sache dargelegt hat, liegt sie doch nicht. Wedel hat nur gesagt, daß niemand von Schippels Absicht der Mandatsniederlegung etwas gewußt, niemand auf ihn einen Einfluß ausgeübt hat. Das zeigt und bestätigt mir, daß keinerlei Gefinnungszwang gegen Schippel ausgeübt worden ist. Aber andererseits hat Wedel auch durchaus nicht verschwiegen, daß Schippel mit seiner handelspolitischen Auffassung in der Partei vollständig isoliert dastand und daß er das selbst sehr gut gemerkt hat. Man mag Schippel und Calver persönlich für ihre Ansichten verantwortlich machen, aber als handelspolitische Autoritäten gegen die Partei kann man sie nicht ausspielen. Freiherr v. Hehl schilderte die Lage des freihändlerischen England gegenüber den Vereinigten Staaten als überaus traurig. Aber Englands Export hat sich von Jahr zu Jahr gehoben. Amerika läßt die meisten seiner Schiffe in England bauen, weil sie dort billiger sind. Geschnittene Hölzer beziehen die amerikanischen Möbelfabrikanten aus England billiger als das Rohholz in Amerika. So läßt England nicht trotz, sondern infolge seines Freihandels. Inzwischen sieht ein großer Teil der deutschen Industriellen dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge außerordentlich ängstlich entgegen, so z. B. die gesamte Textilindustrie. Ein Parteigenosse des Freiherrn von Hehl, der Abg. Semler, hat sich außerordentlich pessimistisch in bezug auf die Zukunft der deutschen Eisen- und Stahlindustrie gerade unter den neuen Handelsverträgen geäußert. (Hört! hört! links.) Wir sind durchaus Anhänger von Handelsverträgen. Aber man muß die Amerikaner hierzu überzeugen. Ein Zollkrieg ist aber das allerletzte Mittel; durch ihn würden nur dritte Staaten Vorteil haben. Darum ist es außerordentlich leichtfertig zu sagen: "Um einen Zollkrieg kommen wir doch nicht herum! und deshalb: je schneller, desto besser!" Ein Zollkrieg ist anders als ein gewöhnlicher; er schädigt beide Staaten und wird auf beider Staaten Kosten geführt. Die Stellungnahme unserer Partei zu dieser Frage zeigt wie außerordentlich falsch die Ansicht bei der Vorberathung gerade gefallene Fassung ist, daß die Handels- und Handelsverträge hier im Reichstage keine richtige Vertretung haben. Die Interessen des Großhandels und der Schiffahrt und das ist in Hamburg selbst in der liberalen Presse, anerkannt worden — können keine bessere Vertretung finden als gerade in der Sozialdemokratie, in den Abgeordneten, die die Hansestädte vertreten. Nicht aus Sonderliebe für den Handel ist unsere Stellungnahme gegeben, sondern weil sein Interesse mit dem Gesamtinteresse übereinstimmt. Wenn Sie den Antrag Hehl annehmen, würden Sie nicht nur unseren Seehandel, unsere Schiffahrt auf das höchste schädigen, sondern auch unsere Produktion und unsere arbeitende Bevölkerung. Darum stimmen wir gegen den Antrag Hehl und für das Provisorium. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (l.): Wenn ich den Staatssekretär richtig verstanden habe, so ist er der Ansicht, daß die verbündeten Regierungen nach der Vorlage das Recht haben, nur für einen Teil der amerikanischen Importe den Konventionaltarif zu gewähren. Dann verstehe ich aber die Gegnerschaft des Staatssekretärs gegen den Antrag Hehl nicht. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn ich den Antrag des Abg. Hehl richtig verstanden habe, will er die Vollmacht der verbündeten Regierungen in der Richtung einschränken, daß wir nicht für das Ganze des amerikanischen Imports, sondern nur für einen Teil die Konventionaltarife einräumen dürfen. Wenn diese Auffassung des Antrages Hehl richtig ist, so würde seine Annahme und Zuzugung, eine Differenzierung vorzunehmen zwischen den Waren, die wir nach dem Konventionaltarif und denjenigen, die wir nach dem Generaltarif behandeln wollen. Wir könnten dann den Generaltarif entweder auf einen großen oder auf einen geringen Teil der Positionen anwenden. Wenn wir ihn auf einen geringen Teil beschränken, so würde das gar keine materielle Bedeutung haben, sondern nur Verstimmung erregen, und es würde dadurch für spätere Vertragsverhandlungen ein ungünstiges Präjudiz erzeugt werden. Wenn wir aber den Generaltarif für einen großen Teil der Importe festlegen, so würde das ganze Handelsprovisorium gar keinen anderen Effekt haben, als wenn wir die amerikanischen Importe überhaupt nach dem autonomen Tarif behandeln würden. Jeder muß sich aber bei der gegenwärtigen Situation darüber klar sein, daß es für die zukünftigen Vertragsverhandlungen notwendig ist, den verbündeten Regierungen unbedingte Vollmacht zu erteilen, ob und wie lange sie innerhalb der äußersten Frist des 30. Juni 1907 Amerika die Konventionaltarife einräumen will. Es handelt sich einfach darum, ob wir in dieser Frist Amerika als meist begünstigte Nation behandeln wollen oder ob wir es unserem autonomen Tarif unterwerfen, und die Folgen mutig tragen und bis zum Ende durchkämpfen wollen. Die verbündeten Regierungen haben es für richtig gehalten, bei der jetzigen Stimmung der amerikanischen Regierung, noch einmal eine Frist zu setzen, damit in ihr vielleicht ein neuer materieller Handelsvertrag zustande kommt. Ich kann nur dringend raten, im gegenwärtigen Augenblick einer solchen Frist zuzustimmen. Was in Zukunft zu geschehen hat, darüber werden wir uns später zu unterhalten haben.

Abg. Herrschel (Soz.): Die Rede des Staatssekretärs muß den Eindruck in Amerika erwecken, als ob Deutschland entweder alles oder nichts gewähren will. Während die Annahme meines Antrages es zum Ausdruck bringen würde, daß wir einen Teil gewähren wollen und eventuell, wenn dies den Amerikanern nicht genügt, den Mut zu einem Zollkrieg haben. Allein die Ausnahme der Position Petroleum vom Konventionaltarif würde hierzu genügen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn Sie unseren Antrag annehmen, so trifft das hohe Haus in bezug auf unsere künftigen Handelsbeziehungen keinerlei grundsätzliche Entscheidung. In sachlicher Beziehung bleibt dann das Vertragsverhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten einfach ein neutrales. Wählen Sie dagegen den Antrag Hehl, so treffen Sie schon dadurch, daß Sie einen Teil der Positionen dem autonomen, einen andern dem konventionellen Tarif unterwerfen wollen, eine gewisse sachliche Entscheidung. Deshalb kann ich nur dringend bitten, die Vorlage der verbündeten Regierungen ohne Abänderungsantrag anzunehmen.

Hiermit schließt die Debatte. Es folgt die Abstimmung. Der Antrag des Abg. Hehl v. Herrschel (natl.) wird gegen die Stimmen einer Minderheit der Nationalliberalen und einer Minderheit der Konservativen unter Führung des Abg. Grafen Rantz abgelehnt.

Das Handelsprovisorium wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen einige Nationalliberale (Abg. Bartling und Graf Ortola), die Wirtschaftliche Vereinigung und die Mehrheit der Rechten.

Das Haus geht hierauf die zweite Beratung des Justizetats

mit den dazu vorliegenden Resolutionen ab (fr. Sp.) auf Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf alle Prozeßvergehen, Hompeich (Z.) auf Vereinfachung des Wechselprozeßverfahrens, Hompeich (Z.) und Müller-Meininger (Pa.) auf Gewährung von Tagelohnen an Schöffen und Geschworene fort.

Abg. Koerner (Z.) erklärt sich namens seiner Partei gegen die Resolution ab. Mit den Ausführungen des Abg. Wassermann über die Lage der Dinge stimme ich im wesentlichen überein. Darin bin ich allerdings anderer Ansicht als er, wenn er meint, daß die

gegenwärtige Fassung des § 184 zur Bekämpfung der unflüchtigen Literatur ausreicht. Das Hauptorgan seiner Partei, die "Kölnische Zeitung", hat schon vor 2 Jahren sich für eine weitergehende Fassung des § 184 ausgesprochen, und die Einführung der Begriffe "unanstößig" oder "gegen die guten Sitten verstößend" nach dem Vorbild aller modernen Strafgesetzbücher für notwendig erklärt. Ich hoffe, daß die Zeit nicht fern ist, wo wir alle gemeinsam wirksam gegen die Schmutz einschreiten werden. Der § 184 wird in seiner Tragweite vielfach überschätzt. Wesentlich als seine Fassung ist sicher die Art seiner Anwendung. Mit Recht hat Herr Wassermann die Zahmheit und Zartheit mancher Gerichte bei der Anwendung dieses Paragraphen gerügt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Schon jetzt könnte der größte Teil des Schmutzes, der jetzt ungehindert vertrieben wird, beseitigt werden, wenn die bestehenden Gesetze schärfer angewandt würden. Das ist leider nicht der Fall. Vor allen Dingen könnte der Annoncenteil derjenigen Witzblätter, die auf demselben Niveau wie das "Aleine Witzblatt", der "Selt" und der "Satyr" stehen, und die jetzt wie Pilze aus der Erde schießen, von seinem Schmutz gereinigt werden. In jeder Nummer dieser Witzblätter befinden sich Annoncen pornographischen Charakters, die Empfehlung sogenannter "Atypographien", "Aufnahmen nach dem Leben" und "Pflanzenarten". Der Kunstwert dieser Atypographien ist sehr zweifelhaft. So urteilt auch Dr. Ludwig Kerner in München in seinem Buche: "Die graphische Reklame der Prostitution". Herr Dr. Kerner ist kein Sittengelot und Mäder, sondern ein Mitglied des Goethebundes. (Hört! hört! im Zentrum.)

Es ist gar nicht zu verwundern, daß bei solchen Zuständen ein Schrei nach einer neuen Verfassung durch weite Kreise geht. Wer sie nicht will, Sorge dafür, daß § 184 des Strafgesetzbuches, der ja sehr oft genügen würde, scharf angewendet wird. Nicht das Parlament allein, sondern auch die öffentliche Meinung sollte schärfer gegen diesen Schmutzbetrieb vorgehen. Abg. Wassermann ist auch zu sprechen gekommen auf den Sachverständigenapparat bei Anlagen aus § 184. Ich weiß nicht, was Künstler bei Verhandlungen über § 184 R. St. G. B. zu suchen haben. Die Frage, ob das Schmutzgefühl verletzt wird, muß der Richter so gut wie der Künstler beantworten. Kann er das nicht, so ist er eben ein unfähiger Richter. Ob künstlerisch ausgeführt oder nicht, ist für die Entscheidung aus § 184 R. St. G. B. ganz gleichgültig. Zu welchem Mißbrauch dieser Sachverständigenapparat führt, zeigt der Prozeß gegen den "Simplicissimus" und Thoma in München. Man gewinnt aus dieser Verhandlung nicht den Eindruck einer ruhigen Gerichtsverhandlung, sondern den einer turbulenten Parteiverammlung. Diese Vorgänge zeigen die Schattenseiten der Schwurgerichte in sehr großem Maße. Vor der Stellungnahme zu dem Antrage ablosch wird man sehr lange mit sich zu Rate gehen müssen. Ist das Privileg der Presse, in Süddeutschland vor dem Schwurgericht abgeurteilt zu werden, wirklich nach solchen Urteilen noch zu halten! Bei der Beratung der Strafprozeßreform werden wir dem Antrage ablosch gegenüber Stellung nehmen. Für heute lehnen wir ihn ab. (Beifall im Zentrum.)

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: 3. Lesung des Handelsprovisoriums mit Amerika auf Antrag Wassermann (natl.) und Fortsetzung der 2. Beratung des Justizetats. Schluß 5 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Vortragsführung — Krüppelsteuer.

Bei Eröffnung der gestrigen Sitzung der Finanzreformkommission teilte der Vorsitzende mit, daß der gestern von ihm veröffentlichte Antrag zugunsten des folgenden, von Gröber eingebrachten Antrages zurückgezogen ist:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Erhöhung der Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung durch Maßnahmen Bedacht zu nehmen, welche

1. die Vereinfachung der im Orts- und Nachbarortverkehr bestehenden Ausnahmetarife für Postkarten und Drucksachen, Warenproben und Geschäftspapiere,
2. die anderweitige Festsetzung der Gebühren für außerordentliche Prüfungsbeiträge

zum Gegenstand haben.

Mitunterzeichnet ist dieser Antrag von Dr. Weder-Hoffen, Dietrich, Vodelmann, Deid, Herold, Dr. Jäger, Freiherr v. Mallon, Müller-Fulda, Raack, v. Derpen, Speck, Westermann und Dr. Wolf. Abg. Speck (Z.) führt aus: Der neue Antrag hat aus den gestrigen Ausführungen des Reichspostsekretärs die Konsequenzen gezogen. Einer der maßgebendsten Gründe sei die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten. Ferner müssen die Aufwendungen der Postverwaltungen in ein richtiges Verhältnis gebracht werden. Demgegenüber stellt Genosse Lipinski fest, daß die Einnahmen für den Zeitungsverdienst infolge der Verbilligung gewaltig gestiegen sind. Sie haben im letzten Jahre über eine Million Mark Mehreinnahmen gebracht. Die Kommission habe doch übrigens nur die Aufgabe, die Steuerentlastungen der Regierung zu beraten, nicht aber nach neuen Steuern zu suchen oder sich über die ja längst erforderlichen und durchführbaren Gehaltserhöhungen der Postunterbeamten zu unterhalten.

Müller-Fulda und Dietrich treten für den Antrag ein. Nur will letzterer auch nichts davon wissen, daß die Gehaltserhöhung verweigert wird. Der Antrag soll eine ungerechtfertigte Bevorzugung der Großstädte beseitigen. Abg. Müller meint, die Herabsetzung des Posttarifs für den Ortsverkehr sei ein verunglücktes Experiment gewesen, mit dem so schnell wie möglich aufgeräumt werden müßte.

Der Postsekretär erklärt, daß die Regierung wahrscheinlich geneigt sein würde, dem eventuellen Beschlusse der Kommission Rechnung zu tragen, da der Ausnahmetarif für Ortsarten und Drucksachen in der Tat zu niedrig sei und der dafür erforderliche Aufwand nicht gedeckt werde, daß aber Handel und Wandel nicht allzu sehr gefördert werden dürfe. Daraus gratuliert Genosse Singer dem Staatssekretär zu den Geistes, die er durch seine gestrigen Äußerungen gerufen habe und nun nicht wieder los werden könne und die die Hand nehmen, nachdem er ihnen den kleinen Finger geboten. Es sei bezeichnend, daß auch hier wieder die städtefeindliche Tendenz wie ein roter Faden durch die Gesetzgebung der letzten Jahre zum Vorschein komme. Die Antragsteller lassen gänzlich unberücksichtigt, daß in jüngster Zeit große Aufwendungen für das flache Land gemacht worden sind, dieses in das Zentrum des Verkehrs hineinzuziehen. Falsch sei, die Verbilligung des Ortsverkehrs ein verheißenes Experiment zu nennen. Es sei das Äquivalent für die Aufhebung der Privatpostanstalten gewesen, die den Verkehr zu den billigen Tarifstufen in den Großstädten vermittelten. Der darin enthaltene Vorteil sollte dem Publikum erhalten bleiben, und daher sei der Antrag illegal — welchen Ausdruck der Vorsitzende rügt —. Durch Aufhebung des billigen Tarifs werde zweifellos das Vertrauen zu den Institutionen der Gesetzgebung erschüttert. Singer ist mit Dietrich infolgedessen einverstanden, daß die Gehaltserhöhung der Postbeamten hier außer Spiel bleibt, weil sie ja doch nur als eine Deloratorien für die beabsichtigte Verkehrsvermehrung benutzt werde. Auf die Leistungen der Postverwaltung, die gar nicht zu ihrem Betriebe gehören und Aufwendungen für politische und sonstige Zwecke näher eingehend, kommt er zu dem Resultat, daß die Post- und Telegraphenverwaltung nicht mit Schaden arbeite, sondern durchaus rentabel sei. Da der Antrag genau so wie der Posttarif und die neuen Handelsverträge durchaus dazu angetan sei den Handel und Verkehr zu erleichtern, würden er und seine Freunde ihn ablehnen. Eine gleiche Erklärung wird vom Abg. Werten (fr. Sp.) abgegeben. Der Postsekretär ist der Meinung, daß es nicht als illegal bezeichnet werden könne, wenn dieselben Faktoren zu der Einsicht gekommen seien, einem nicht klugen Beschlusse zugestimmt zu haben, ihn später rückgängig machen. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Erhöhung der

Postgebühren mit allen gegen die 9 Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der Polen angenommen.

Es folgt nun die Beratung des von Müller-Fulda eingebrachten und von Dr. Weder, Vodelmann, Liebermann v. Sonnenberg, Raack, Ortel, Raab, Sched, v. Liedemann und Westermann unterzeichneten Antrages:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage möglichst beschleunigt, jedenfalls noch während der Dauer der Kommissionsberatung über die Vorlage, betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld, einen Geleitentwurf vorzulegen, welcher Ausgaben des Reiches in der Höhe, in welcher solche zurzeit zum Zwecke der Sanierung des Reichsbaldenbonds als Veteranenbeiträgen aus allgemeinen Einnahmen bestritten werden sollen, durch eine Reichswehrsteuer deckt.

Dr. Müller bezeichnet die Wehrsteuer für einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit und ist der Meinung, daß, wenn die schweizerische Wehrsteuer, die eine Kopfsteuer sei und auf den Kopf der Bevölkerung 80 Pfennig ausmache, über 3 Millionen bringe, der von ihm und den Mitunterzeichnern berechnete Ertrag sich auf mindestens 25 Millionen Mark stellen werde.

Der Reichsfinanzsekretär ist den freiwilligen Steuer-suchern für ihren guten Willen dankbar, aber sie mögen ihm seine schweren Bedenken gegen den Vorschlag nicht übel nehmen. Die offiziellen Steuer-sucher haben die Wehrsteuer auch in Erwägung gezogen, haben aber, nach Prüfung der Akten von 1881, wo der Reichstag eine diesbezügliche Vorlage einmütig abgelehnt hat, von einer Wiederholung Abstand genommen. Wenn der Abg. Müller (Fulda) damals schon Rat gegeben hätte, würde er wahrlich der Regierung den Rat gegeben haben (wie nützlich bei Beratung der Stempelsteuer-vorlage), die sämtlichen darauf bezüglichen Akten zu verbrennen. Er geht dann näher auf die technischen Schwierigkeiten bei Erhebung einer solchen Steuer ein. Wenn der Antrag von der Kommission und dem Reichstage angenommen werden sollte, so würde die Regierung in eine nochmalige Prüfung eintreten.

Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben begründet sehr eingehend die ablehnende Haltung der Regierung zu dieser Steuer wegen steuerrechtlicher Schwierigkeiten und sozialer Rücksichten. Die letzteren Rücksichten sind hervorgegangen aus den Erfahrungen, die man in Preußen in den 60er und 70er Jahren mit der alten Klassensteuer gemacht hat, wo die Eintreibungen von den Besitzern der untersten Klassen mit Einkommen von 420—900 M. mehr Kosten verursachten, wie die Steuer brachte, und in den Städten mit industrieller Bevölkerung wurden die Besitzern überhaupt nicht gefunden, so daß die Zwangsversteigerung gegen diese gar nicht versucht werden konnte. Hinzu komme noch das Bedenken, daß wenn der Sohn des Reiches auf ein ärztliches Attest freikomme, bei dem dienstlichen Armen das Gefühl erwecken müsse, der Reiche hat seinen Sohn freigelauft. Auf die Erfahrungen anderer Länder übergehend, kommt der Minister zu dem Resultat, daß der Reinertrag der vorgeschlagenen Steuer in keinem Verhältnis zu den Aufwendungen für die Durchführung stehe, weshalb er zu demselben Schluß komme wie der Schatzsekretär.

Der Nationalliberale Dr. Weder glaubt alle Bedenken gegen eine Wehrsteuer spielend lösen zu können. Seitens der Regierung werde heute der Antrag mit derselben Wärme bekämpft, mit der er 1881 abgelehnt sei. Die Besitzern zu finden, sei heute nicht mehr so schwierig wie in den 70er Jahren, heute haben wir die Versicherungs-gesetzgebung und jeder nichtdienstfähig befindende Ganz- oder Halbkrüppel kann auf Grund seiner Invalidenrente sehr leicht ermittelt und vom Exekutor gepfändet werden. Es könne eine Grundsteuer festgesetzt und dann Zuschläge von Einkommen von 1000 M. an erhoben werden. Gemäß der Wunderdoktor operiert alle Schwierigkeiten, auch nachdem das von ihm behandelte Kind zu Tode gekommen war.

Nach dieser nationalliberalen Bilanzleistung wurde die Debatte bis auf heute vertagt.

Wasserfrage in Südwestafrika, Burenverschwörung, der entwirkte Häuptling Cornelius; Sterblichkeit in den Kolonien, Prägelfraße auf den Marshallinseln.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission machte der Oberst v. Deimling zur Begründung einer Forderung von 300 000 M. zur Unterhaltung von 15 Bohlkolonnen zwecks Bohrungen nach Wasser über die Wasserverhältnisse in Südwestafrika folgende Ausführungen:

Nur drei Flüsse, einer im Süden und zwei im Norden, führen dauernd Wasser; alle übrigen nur wenige Tage zur Regenzeit, wo sie zu gewaltigen Strömen anschwellen. Das Regenwasser versickert sehr schnell in die Erde und fließt unterirdisch weiter. Wasser sei in großen Lehmpflanzen vorhanden, wo es sich monatelang hält, ferner in natürlichen Wasserstellen, und in 4—8 Meter tiefen Wasserlöchern, die von den Eingeborenen gegraben werden. Manchmal müsse allerdings 40—60 Kilometer marschiert werden bis sich wieder eine Wasserstelle findet. Mit Bohrungen jedoch werde reichlich Wasser gefunden werden, wie auch die Engländer in der Kapkolonie 1550 Bohrlöcher angelegt haben, wobei sie allerdings manchmal 200—300 Fuß tief bohren mußten. Wasserbohrungen und Eisenbahnbauten, meinte der Oberst, würden die Kolonien so entwickeln, daß der Reichstag seine Freude daran haben werde.

Abg. v. Rippenhausen beklagte sich über den "Vorwärts", der die Bismarck-Debatte in der Kommission lächerlich gemacht habe. — Ist dem Abgeordneten v. Rippenhausen noch immer nicht erfindlich, daß nicht der "Vorwärts" die Debatte, sondern daß die Herren Bismarck-Bläubigen sich selbst lächerlich gemacht haben?

Der Reichszuschuß ist für das kommende Etatsjahr auf 10,9 Millionen veranschlagt, das sind 28 Millionen mehr als im Vorjahre. Abg. Ledebour verlangte Auskunft über die feinerzeit gemeldete Burenverschwörung, da inzwischen eine Anzahl Buren verurteilt, nach Deutschland transportiert und in Hamburg inhaftiert worden sind. Die Antwort soll im Klemm des Reichstages gegeben werden.

Prinz von Hohenlohe gab ein Telegramm aus Südwestafrika bekannt, daß der Häuptling Cornelius, dessen Gefangenahme vorgezogen amtlich gemeldet wurde, wieder entwischt ist. C. schloß vor, die anderen Häuptlinge auch zur Unterwerfung überreden zu wollen, ging fort und ist nicht mehr gesehen worden. Im Etat für Neu-Guinea werden 10 000 M. zur Unterhaltung von Ansiedlern gefordert. Abgeordneter Ledebour verlangte Auskunft, ob mit dieser Summe Farmer unterstützt werden sollen, die Queenland verlassen haben, weil durch die Gesetzgebung die Beschäftigung von Kulis verboten worden ist, während in Neu-Guinea derartige Gesetzbestimmungen nicht bestehen. Ein Geheimrat gab zu, daß die Farmer aus Queenland gekommen sind, dieses Land aber nicht der Nullstrafe wegen verlassen haben wollen. Ein Antrag Ledebour, die verlangten 10 000 M. zu streichen, wurde abgelehnt. Die Forderung für den von einem Postgebäude in Swakopmund führte zu einer Debatte, bei der verlangt wurde, mehr verheiratete Beamte in den Kolonien zu stationieren. Staatssekretär Kraetle machte dabei die Mitteilung, daß von den weißen Frauen in den Kolonien 90 Proz. krank werden, also in diesem Prozentsatz dem Klima nicht gewachsen sind. Und trotzdem propagieren Regierung und Kolonialpatrioten die Einwanderung weißer Männer und Frauen nach Südwestafrika. — Beim Etat für die Karolinen und Marshallinseln brachte Abg. Erzberger zur Sprache, daß der Landeshauptmann Brandeis (Marshallinseln) die Prägelfraße anwende, darüber aber keine Straffine führen lasse, um diese gefehlt unzulässige Strafe zu vertuschen. Als sein Sekretär Kühn diesen Zustand zur Anzeige brachte, entließ Brandeis den Kühn und schickte ihn in die Heimat, wo er jedoch wieder angestellt wurde, angeblich weil man fürchtete, K. könnte sonst Unangenehmes ausplaudern. Geheimrat Rofe gab zu, daß Brandeis prägelasse, aber — ohne Brutalität. Wenn der Gevügelte

Vor Sämerei aufkreie — dann werde mit Prügel aufgehört. Er müsse auch zugeben, daß im Strafverzeichnis die Prügelstrafe nicht enthalten sei; aber ohne Prügel sei einfach nicht auszukommen. Kähen sei wieder angestellt, weil der von ihm gegen den Fiskus angestregte Prozeß wegen Gehaltszahlung zumungunsten des Fiskus ausgefallen wäre. Entfällungen habe die Regierung nicht zu fürchten gehabt. Durch Verordnung sei bestimmt worden, daß bis zehn Hiebe verabreicht werden dürfen. Diese Verordnung ist, wie Abg. Sadekum betonte, ungeschicklich und müsse rückgängig gemacht und über ihren Urheber genaue Auskunft gegeben werden. Wie die Prügelstrafe auf die Eingeborenen wirkt, betont Abg. Erzberger an der Hand eines Verdicts des Generalkonsuls Knappe, der einer Prügelstrafe auf den Marschallinseln beigewohnt hat. Die Wirkung sei eine ganz abstoßende gewesen; die Eingeborenen wurden in höchste Erregung versetzt und nur der zufälligen Anwesenheit eines deutschen Gesandten war es zu danken, daß nicht sofort ein Aufruhr ausgebrochen ist. — Diese Angelegenheit wird noch im Plenum des Reichstages zu einer scharfen Auseinandersetzung führen.

Die Prüfung der Wahl Holt. Im Wahlkreis Schwab, Regierungsbezirk Marienwerder, wurden bei der Hauptwahl für den Polen v. Sah-Jaworski 7091, für den konservativen Holt 7025, für den Sozialdemokraten 90 Stimmen abgegeben. Bei der Stichwahl erhielt Holt 7399, v. Sah-Jaworski 7213 Stimmen. Gegen die Wahl ist Protest erhoben worden. Die Wahlprüfungskommission beschloß, Beweiserhebung über mehrere Punkte zu beantragen. Es sind dies folgende: Im Wahlbezirk Dulgig sind 16 Stimmentzettel für ungültig erklärt worden, weil der Wahlvorsteher diese zur Kontrollierung der betreffenden Wähler an seinen Körper gedrückt und durch einen verborgenen Gegenstand durchschaut hatte. Durch Gerichtsurteil ist der Betreffende mit 2 Monaten Gefängnis bestraft worden. Ein weiterer für erheblich erachteter Punkt bezieht sich auf den Wahlbezirk Wichowo. Dort haben 29 Wähler sich gemeldet, die v. Sah-Jaworski gewählt haben wollen, obgleich nur 20 Stimmen als für denselben abgegeben bezeichnet worden sind. Der dritte erhebliche Protestpunkt bezieht sich auf die Wahl in Lasowit. Dort soll an der Bahn beschäftigten Arbeitern durch den Bahnmeister Engelskirchen befohlen worden sein, Stimmentzettel für Holt abzugeben, auf dem der Name einer Persönlichkeit gestrichen und darüber der Name Holt geschrieben war. Ein Gegenprotest liegt vor, der in der nächsten Sitzung beraten werden soll.

Aus Industrie und Handel.

Bittere Pflanz sind es, die die agrarisch-zentralistische, kart-macherisch gestützte Hochschulpolitik der deutschen Industrie und dem deutschen Handel zu schaden gibt. Rührt sich eine größere Ironie denken, als die augenblickliche Situation? Agrarier und Industrie-freunde schwächen den übrigen Interessenten vor, der Posttarif sei ein Missetzung gegen Amerika. Die Waffe sollte gebraucht werden, um dem deutschen Export nach den Vereinigten Staaten große Erleichterungen zu bringen. Und nun? In den bieder abgeschlossenen Handelsverträgen hat das Ausland die Erhöhung der deutschen Eingangszölle auf Getreide beantwortet durch Heraussetzung der eigenen Zölle auf Industrieprodukte. Die deutsche Industrie muß die Zölle bezahlen, die unsere Agrarier heimbringen. Dazu müssen Industrie und Handel noch froh sein, die amerikanischen Zölle in alter Höhe weiter tragen zu dürfen, denn als glücklicher Ausweg aus der Situation, in die der neue deutsche Zolltarif uns gebracht hat, ist die Zustimmung zu einem Provisorium zu betrachten, das Amerika alle Vergünstigungen gewährt, die wir Vertragsstaaten einräumen, während die amerikanischen Zölle bestehen bleiben. Stimmt Deutschland dem Provisorium nicht zu, dann kommt es zu einem Zollkrieg, in dem Amerika lediglich mit den Minimalzöllen für Getreide zu rechnen hat, dem unsere autonomen Industriezölle kommen für die Vereinigten Staaten nicht allzusehr in Betracht. Anders liegt die Sache für Deutschland. Rohbaumwolle und Kupfer müssen wir noch von Amerika kaufen, unseren Export von Industrieartikeln nach dort würde man dagegen durch Höherziehen der Schutzzölle vollständig unterbinden, mindestens auf ein Minimum beschränken. Und das ist des Schicksals Lohn: die Agrarier lassen nichts unvernutzt, der deutschen Industrie zu den Säcken, die sie ihr bereits zugefügt, auch noch den Zollkrieg auf den Hals zu laden, lediglich in Bekräftigung des habgierigen Strebens, durch die Wirkung der Getreidemaximalzölle den deutschen Konsumenten noch etliche Millionen Mark mehr aus den Taschen zu holen, als bei geregelter Handelsverhältnissen auf Grundlage der Minimalzölle ohnehin schon möglich ist. So lobnen die Agrarier die ihnen in den Schöb geworfenen Geschenke. Und die Vertretern des Handels, die jetzt über agrarische Begehrlichkeit lamentieren, die nun wie betäubte Lohgerber den fortschwimmenden Fellen nachschauen, erinnern sich dabei wohl, daß die Agrarier die Einheimigung des Zollraubes nicht zuletzt dem berufenen Vertreter des Handels — Eugen Richter — mit zu danken haben. Und es müte wie eine Satire an, wenn nun der Handelsvertragsverein in einer Resolution zugunsten des Provisoriums mit Amerika sagt:

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika liefert den unwiderleglichen Beweis dafür, daß die Handelspolitik der letzten Jahre verfehlt war. Der neue deutsche Zolltarif, der in erster Linie als Missetzung gegen Amerika der deutschen Industrie aufgedrängt ist, hat keine der auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt. Von den im Interesse der deutschen Ausfuhr dringend erforderlichen Zollermäßigungen und Erleichterungen der Zollabfertigung ist nichts erreicht.

Heute bildet das Provisorium den einzigen Ausweg aus verhängnisvoller Lage. Wir bitten daher den Reichstag, ihm zuzustimmen, da es unser Wirtschaftsleben vor schweren Erschütterungen bewahrt und für eine künftige bessere Regelung mehr Aussicht bietet als ein Zollkonflikt.

Voraussetzung einer den wahren Interessen Deutschlands entsprechenden Regelung der Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten ist die Umkehr unserer eigenen Zollpolitik.

Ihre Herbeiführung ist in erster Linie Sache der deutschen Kaufmannschaft selbst. Möge sie sich dessen bewußt werden und den Kampf zur Erreichung dieses Ziels mit aller Energie unterstützen.

Solche Zielklarheit, solcher Kampfesmut reizen zum — Laden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß derselbe Handelsvertragsverein, der nun als Kämpfer gegen die Schutzzöllerei auf die Szenen steigt, erst vor wenigen Wochen einen unigen Bund schloß mit dem Zentralverbande der Industriellen, jener politisch einflussreichen Gesellschaft, die als Hülfstruppe der Agrarier bei den Zollräuberien hervorragend mitwirkte. Ohne Hilfe des Zentralverbandes hätten die Junker den Zolltarif nicht in Sicherheit bringen können. Da wirkt es noch etwas mehr als grotesk, wenn eine mit jener Clique

versippte Gesellschaft als Kapitalwächterin Handel und Industrie zum Kampfe aufruft. Der Verfall, die wirtschaftspolitische Rückständigkeit und Rückgratlosigkeit des deutschen Bürgertums kann gar nicht besser gekennzeichnet werden, als durch solche Verhältnisse. Ohne den Widerstand, den das Junkertum in der laßensbewußten Arbeiterkaste findet, würde das Bürgertum von der Junkersippe einfach an die Wand gedrückt, daß es quieszierte, und solche Gesellschaft progt noch mit seiner politischen Macht, ohne welche angeblich die Arbeiterkaste gegen die Reaktion machtlos sei. Umgekehrt wird ein Schuß daraus: Nur durch die politische Betätigung der Arbeiterkaste, deren Interesse unter den obwaltenden Verhältnissen teilweise mit dem des Bürgertums zusammenfällt, hat dieses noch einen Schein von wirklicher Bedeutung konservieren können. Es wäre für die politische und wirtschaftliche Entwicklung ein Vorteil, wenn die Mänie, die man politisches Bürgertum nennt, bald von der zusammenhaltenden Handage befreit würde — das Häuflein verbleibender Mähe wäre bald spurlos in alle Winde zerstreut.

Italienischer Außenhandel im Jahre 1905. Der italienische Außenhandel ist im Jahre 1905 gegenüber dem Vorjahre um rund 275 Millionen gestiegen. Der Wert der eingeführten Waren belief sich auf 2078 369 958 Lire mit einer Erhöhung von 164 645 275 Lire; der der ausgeführten auf 1707 308 145, mit einem Zuwachs von 110 148 448 gegenüber dem Vorjahre. Die Werte für Einfuhr und Ausfuhr sind noch nicht die endgültigen, da man vorläufig die Preise von 1904 auch für die Waren des Jahres 1905 eingepreist hat. Fast ein Drittel des gesamten Zuwachses ist durch die Getreideeinfuhr gegeben. Da das wachsende Bedürfnis nach Getreide im Jahre 1905 nicht durch eine Mehrerte veranlaßt ist, sondern durch den wachsenden inneren Konsum, ist es auch ein erfreuliches Zeichen für den wachsenden Wohlstand. Auch industrielle Rohstoffe und Produktionsmaterialien stellen einen beträchtlichen Anteil zur Vermehrung der Einfuhr, so die Seidenstoffe und Rohwolle (27 1/2 Millionen mehr als im Vorjahre), die Baumwolle (+ 15 1/2 Millionen), Eisenabfälle (+ 2,2 Millionen), Steinkohle (+ 12,6 Millionen), Kupfer (+ 3,4 Millionen), Maschinen (+ 17,8 Millionen) und gesägtes Holz (+ 5,5 Millionen).

Zwei Drittel des Zuwachses der ausgeführten Waren fällt in die Rubrik der Seidenwaren, aber auch die landwirtschaftlichen Produkte haben einen nicht unbedeutlichen Teil an der Vermehrung, so z. B. die Mandeln mit + 14,5 Millionen, die Eier mit 12,4, Butter und Käse mit 6,2, Reis mit 4,5, getrocknete Früchte mit 3,4 Millionen usw. Zurückgegangen ist die Ausfuhr an Öl (- 13,7 Millionen), an Hauf (- 6,7), an Wein in Fässern (- 6) und an Orangen und Zitronen (- 8). Während in der Einfuhr die fertigen Industrieartikel stationär geblieben sind, haben sie in der Ausfuhr ganz ansehnlich zugenommen, so z. B. die Seidengewebe um 4,2 Millionen, die Häler um 3,3, die Ritzhüte um 2,7, die Automobile um 2,5, die Teigwaren um 1,9, die Wollgewebe um 1,4, die Horn- und Knochenwaren um 1,2 und die Gummiwaren um 1,1 Millionen.

Auch der Austausch der Edelmetalle ergibt Zahlen, die die günstigsten Schlüsse für das italienische Wirtschaftsleben zulassen.

Der Aufsichtsrat der Dortmunder hat zu der Forderung der Erhöhung des Aktienkapitals um 6 Millionen Mark, worüber die nächste Generalversammlung Beschluß fassen soll, eine Begründung herausgegeben, in der es heißt:

Wir haben daher seit längerer Zeit auf Grund sorgfältiger und eingehender Vorarbeiten die Kosten der Reuanlagen ermittelt, durch deren Ausführung sich ein alsbaldiges besseres finanzielles Ergebnis nachweisen läßt. Wenn wir uns hierbei, um unsere Mittel nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, auch vielfach Beschränkungen unterwerfen mußten, so sind wir doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich das aufzunehmende Kapital nicht nur selbst gut verzinsen, sondern auch wesentlich dazu beitragen wird, dem übrigen Aktienkapital eine bessere Rente zu sichern und die noch vorhandenen schwebenden Schulden herabzumindern.

Solche Zusagen sind bei allen vorausgegangenen Kapitalerhöhungen gemacht worden, aber noch jedesmal erwies sich die Union als Sumpf, in dem die Millionen spurlos verschwanden.

Das langt! Der Rheinisch-Rafauische Bergwerks- und Hüttenverein erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 2 433 793 M., gegen 2 172 057 M. im Vorjahre. Die Aktionäre erhalten 24 Proz. Dividende. — Die Aktiengesellschaft Schiffsgießerei u. Maschinenbau in Offenbach schüttet diesmal 8 Proz. Dividende aus, 2 Proz. mehr wie für das Jahr 1904. — Die Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. F. Heise brachten einen Reingewinn von 1 404 453 M. heraus. Die Dividende beträgt 7 1/2 Proz. und 125 514 M. fließen in die Taschen der Aufsichtsräte. Da die Tantiemen im vorigen Jahre „nur“ 65 816 M. betrug, erfreuen sich die Geschäftsführer einer respektablen Feuerzuzulage. Ob die Löhne der Arbeiter auch um zirka 100 Proz. gestiegen sind?

Anteil des Lohnes am Erlös. Bei der Argumentation gegen Forderungen der Bergarbeiter wird von dem Werksbetreiber der Anteil des Lohnes am Erlös auf 50 bis 60 Proz. angegeben. Daß es sich bei solchen Angaben um Rechenkunststücke handelt, beweist die Abrechnung der Gewerkschaft König Ludwig pro Januar 1906. Die erzielte Einnahme beziffert sich auf 1 135 888 M., die Summe der gezahlten Löhne einschließlich Prämien-gehälter auf 467 265,26 M. Veranschlagt man die Verminderung des Kohlenbestandes der Gesellschaft — um 1400 Tonnen —, dann ergibt sich, daß der Lohnanteil nur rund 42 Proz. vom Erlös ausmacht. Andere Ergebnisse findet man, wenn die ganze Lohnsumme einschließlich der Beamtenegehälter einfach auf die Kohlenförderung verrechnet wird, ohne Berücksichtigung der Kohlenproduktion und sonstiger Nebengewinnung. Solche Berechnungen sind aber nur darauf angelegt, die öffentliche Meinung irre zu führen.

Gerichts-Zeitung.

Beleidigende Form einer Mahnung. Die Geschäftspraktiken eines Schuldeneinziehungsbureaus lagen einer Anklage wegen Beleidigung des Amtsrichters Dr. L. zugrunde, welche gestern dem Kaufmann Georg Wenderoth vor das Schöffengericht I führte. Der Angeklagte ist Inhaber der „Internationalen Austunftei und des Detektiv- und Schuldeneinziehungsbureaus Athenania“. Dieses Institut arbeitet in der Weise, daß es von sämigen Zahlern mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Schuldsammen einzieht. Arrangements trifft oder Ratengahlungen mit den Gläubigern vereinbart. — Vor mehreren Jahren kaufte der Amtsrichter Dr. L. bei einer hiesigen Firma eine kleine Statuette, die er jedoch wieder zurückhandte, weil sie nicht den beim Kauf gestellten Bedingungen entsprach. Die Firma nahm die Figur wieder zurück und alles schien erledigt zu sein. Um so erstaunter war der inzwischen nach einem Städtchen in Mecklenburg versetzte Amtsrichter, als er eines Tages von dem Institute „Athenania“ einen Brief in knallrotem Umschlag erhielt, in welchem er auf-

gefordert wurde, die Statuette zu bezahlen. Herr Dr. L. reagierte natürlich gar nicht hierauf. Das Institute „Athenania“ schien deshalb zu härteren Mitteln Zuflucht zu nehmen. Eines Tages traf in dem kleinen Städtchen eine knallrote auffällige Karte ein, auf deren Kopf in großen Buchstaben nur das Wort „Schuldeneinziehungs-Bureau“ stand. Auf der Rückseite wurde an ein angeblich gegebenes Versprechen erinnert und um Erledigung in drei Tagen gebeten. Herr Dr. L. stellte wegen dieser beleidigenden Mahnungen Strafantrag. — Der Gerichtshof erkannte auf 50 Mark Geldstrafe.

Eisenbahnunglück. Von einem Zuge zermalmt wurde am 24. Oktober v. J. ein Mann namens Hermann Günterberg aus Verneuchen, als er gegen 6 Uhr früh dicht beim Bahnhof Ahrensfelde der Nebenbahnstrecke Berlin—Verneuchen mit einem Handwagen auf dem Wegübergang den Bahnhöfper kreuzen wollte. Er mußte denken, daß die Strecke frei war, da die Schranken offen waren. In demselben Augenblick brauste aber ein um 5 Uhr 58 Minuten von Station Blumenberg nach Ahrensfelde abgelassener Zug heran. G. wurde mit seinem Handwagen von der Lokomotive gefoßt und zermalmt. Er wurde als Leiche von der Unfallstätte fortgetragen. Die Schuld an diesem Unglücksfall wurde dem Hülfsweidweidener Gustav Glaeser aufgebürdet, der sich deshalb gegen vor der fünften Strafkammer des Landgerichts II zu verantworten hatte. Er hatte an jenem Tage pünktlich um 6 Uhr morgens einen anderen Hülfsweidweidener, der während der Nacht den Dienst zu versehen hatte, abgelöst. Er hätte, wie die Anklage behauptet, bei seiner Kenntnis von dem Fahrplan sofort nach Dienstaufnahme sich zu dem Uebergange begeben müssen, um die Schranken zu schließen. Der Angeklagte soll dagegen zuerst noch auf dem Bahnsteige geblieben sein und einem Postboten, der einen Briefkasten zu öffnen hatte, mit der Laterne gelehuchtet haben. Er habe dann plötzlich den Zug herankommen gesehen und trotz Befehlsmahnung seiner Schritte sei es ihm nicht mehr möglich gewesen, noch rechtzeitig die Schranken zu erreichen. — Nach sehr umfangreicher Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis. — Der Verteidiger bestritt, daß das Unglück durch eine Fahrlässigkeit des Angeklagten verschuldet sei. Eine Verpflichtung, sich sofort nach dem Bahnübergang zu begeben, habe für ihn nicht bestanden und selbst wenn es der Fall wäre, würde dadurch das Unglück nicht verhindert worden sein, da der Zug die kritische Stelle 2—3 Minuten zu früh passierte habe. — Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Die Gefahr zu hoher Vorkäufe. In einer Verhandlung des hiesigen Kaufmannsgericht am Dienstag, die der Ladfabrikant Sigmund Lewin gegen einen seiner früheren Angestellten angestrengt, trat wieder einmal grell zutage, daß Angestellte dadurch in Abhängigkeit geraten, wenn sie zu viel und zu hohe Vorkäufe sich bewilligen lassen, deren Zurückzahlung die so großmütig Beschäftigten nach Lage ihres Einkommens nicht vorzunehmen vermögen. Erst wenn sie von ihrem Uebel sich freimachen möchten, sehen sie, daß sie ein Danaergeschenk erblieben. Als der Beklagte, der Kleidende B., in ein Konkurrenzgeschäft eintrat, begann der Kläger die Vorkäufe, die 1584 M. betragen haben sollen, zurückzuverlangen. Kläger klagte nicht den ganzen Restbetrag auf einmal, sondern in drei verschiedenen Klagen nacheinander ein. Der Vorsitzende bemühte sich, den Beklagten zu einem Vergleich zu veranlassen, und es war auch schon eine Einigung darüber erzielt, daß Beklagter monatlich 20 M. abzahlt; als der Kläger, während der Gerichtsverhandlung den üblichen Befuss: „Parteien entsagen allen weiteren Ansprüchen aus ihrem bisherigen Rechtsverhältnis“ vorlas, erregte tief: „Nein, das unterschreibe ich nicht!“ — „Na, was wollen Sie denn nun noch vom Kläger?“, fragte verwundert der Vorsitzende, wollen Sie denn etwa noch eine vierte Klage gegen ihn anstrengen? — „Das hängt von seinem weiteren Verhalten ab“, erwiderte der Ladfabrikant.

Das Kaufmannsgericht sah nach längerer Beratung den Beschluß, durch zwei Sachverständige begutachtet zu lassen, ob Kläger dem Beklagten tatsächlich 1584 M. Vorkauf gegeben habe.

Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgegend. Abteilung IVa. Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 1/2 Uhr: Abteilungsverammlung bei Gleichmann, Friedenstr. 36, am Landsberger Platz. Vortrag des Kollegen Karl Lämpig.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Vorwärts“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Kapit. Dragonerstr. 15: Jubiläumsversammlung. Vortrag des Kollegen Larnow über: „Bildungsbestrebungen im Proletariat“, Diskussion.

Der Berliner Konsumverein hält heute, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse M. Doppe, Vertreter der Grobeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg) über „Verhältnisse von Waren in der Lebensmittelbranche und deren Bekämpfung durch die Konsumvereine“ sprechen wird. Näheres siehe Inserat.

Briefkasten der Redaktion.

Geistliche S. 1. Natürlich muß es „Hren“ heißen.

Wasserstand am 21. Februar. Elbe bei Ruffig + 0,20 Meter, bei Dresden — 1,17 Meter, bei Radeburg + 1,33 Meter. — Ustrutz bei Straußfurt + 1,50 Meter. — Oder bei Raibitz + 1,29 Meter, bei Bechau Oberpegel + 4,98 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,20 Meter, bei Frankfurt + 1,34 Meter. — Weichsel bei Wraschenbünde + 2,84 Meter. — Warthe bei Posen + 1,00 Meter. — Neße bei Wlch + 1,29 Meter.

Mache meine werte Kundschaf aufmerksam:
Heute Freitag
von Mittag an gibt es
Frische Blut-u. Leber-
Wurst
in bekannter, tadelloser Qualität.
Rich. Augustin Oranienstr. 103 Hofparterre.
Frühstücks- und Mittagstisch.
Säle und Vereinszimmer noch mehrere Wochentage frei.
Telephon: Amt IV, 5852.

J. Baer Ecke Badstr. 26, Prinz.-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Einsegnungsanzüge, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe, zur Anfertigung nach Maß. Allerbilligste, streng feste Preise.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2. Vereins-Stränge, Polster- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden, usw. werden schnell u. preiswert geliefert.

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz). | (im Schloßischen Bahnhof). | (der Kurzenstr. gegenüber).

Gr. Schellfisch mit Kopf 1 Pfg. pr. Pfd.
Kabeljau ohne Kopf 33
Seelachs ohne Kopf 33
Bratschellfische . . 20 Pfg. pr. Pfd.
Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Heimarbeit-Ausstellung.

Schuhwaren-Industrie.

Die maschinelle Herstellung von Schuhen und Stiefeln hat zwar in der Neuzeit eine früher nicht geahnte Vollkommenheit und damit auch eine erhebliche Ausdehnung erfahren, doch ist auch die Heimarbeit in der Schuhindustrie noch weit verbreitet.

Die Ausstellung gestattet einen interessanten Einblick in fast alle Zweige der heimarbeitenden Schuhmacher. Durch ihre elegante Aussehen fallen hier besonders auf: die sorgsam unter Glas verwahrten feinen Ballstühle aus Seide, Goldbrokat, Glacéleder usw., ebenso die eleganten lackierten Husarenoffiziersstiefel, die goldenen Reiteroffiziersstiefel und andere Produkte der vorhin erwähnten feinen Handarbeit.

Die Industrie der Ball- und Salonschuhe, sowie der leichten, eleganten Straßen- und Promenadenstiefeln hat ihren Sitz im Osten Berlins sowie in Dresden. Die Produkte dieses Industriezweiges sind — wie die ausgestellten Gegenstände zeigen — sehr verschiedenartig in Form, Farbe und Ausführung.

nach beträgt der durchschnittliche Wochenlohn 21,24 M. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß meistens die Frau dem Manne bei der Arbeit hilft, und daß von dem Verdienst auch noch kleine Zutate bezahlt werden müssen.

Am traurigsten sind die Verhältnisse natürlich in den Zweigen und in denjenigen Gegenden, wo die Handarbeiter im ausschließlichen Konkurrenzkampf mit der maschinellen Produktion noch ein kümmerliches Dasein fristen.

Waila im Frankenthal und Weiskau in der Niederlausitz sind zwei Orte, wo noch gewöhnliche Marktware mit der Hand angefertigt wird, obwohl dieser Zweig der Schuhmacherei von der mechanischen Großproduktion fast völlig erdrückt ist.

Ein Industriezweig derselben Art scheint es zu sein, den der Verband christlicher Schuh- und Lederarbeiter durch seine Ausstellung veranschaulicht. Da sehen wir derbe Schuhe und schwere Stiefel, wie sie von den Arbeitern im rheinischen Industriegebiet getragen werden. Sie sind in der Gegend am Niederrhein angefertigt, in Cleve, in dem bekannten Wallfahrtsort Kevelaer, sowie in anderen Orten jener Gegend.

Die Handschuh-Industrie

ist in der Ausstellung nur wenig vertreten, doch hat die Organisation der Handschuhmacher eine Broschüre ausgelegt, welche die Verhältnisse dieses Arbeitszweiges übersichtlich darstellt. Etwa ein Fünftel aller Berufsangehörigen sind als Heimarbeiter beschäftigt. Die Allordlöhne der Heimarbeiter sind durchweg niedriger als die in der Fabrik gezahlten.

Bei der Herstellung von Handschuhen — hier kommen nur Glacé- und Wollschleiderhandschuhe in Frage — herrscht eine weitgehende Teilarbeit. Soweit es sich um Maschinennäherie und Stepperei handelt, werden nur Arbeiterinnen, etwa 8000 in Deutschland, beschäftigt. Aber auch Handarbeiten, soweit nicht gelehrte Handschuhmacher dazu nötig sind, werden von weiblichen Arbeitskräften verrichtet.

Sattlerarbeiten.

Der Verband der Sattler hat einige Erzeugnisse der Heimarbeit seines Berufsgebietes ausgestellt. Sie stammen alle aus Götting. Da sind Sattlermeister, für die Stundenlöhne erzielt wurden von 26, 15, 7 1/2 Pf., Marktstücken, die 12 Pf., Handstücken für Damen, die 10 bis 11 Pf. und eine Feinbroschüre für Schulkinder, die 8 Pf. pro Stunde bringen.

Portefeuilleindustrie.

Die Anfertigung von Ledertaschen, als Portemonnaies, Briefstücken, Zigarettenetuis, Handtaschen usw. gehört in diesen Industriezweigen, der hauptsächlich in Berlin, Nürnberg, Frankfurt am Main und Offenbach betrieben wird. Die Heimarbeit in der Portefeuilleindustrie wird selten als Nebenbeschäftigung betrieben, denn sie erfordert gelernte Arbeiter.

Es sind zum Teil sehr elegante Artikel, welche die Ausstellung vorführt, die aber nur in seltenen Fällen Stundenlöhne von 40 bis 45 Pf. bringen. Viel häufiger sehen wir Angaben von 30, 25, 20 Pf. und bei den geringeren Artikeln noch viel niedrigere Löhne.

Ein Arbeiter verdient mit seiner Frau zusammen in zwölfstündiger Arbeitszeit 2,40 bis 2,68 M. — Ein Arbeiter, in Offenbach wohnhaft, arbeitet mit seiner Frau und vier Kindern im Alter von 7—11 Jahren zusammen. Die ganze Familie verdient in der Woche bei angestrengter Arbeit höchstens 12 M. — In Algau und Kälberau, nahe der bayerischen Grenze, wohnen Knischläger (sie bringen die Wägel und Schloßer an Portemonnaies an), denen der Offenbacher Fabrikant familiäre Zutate zuschickt. Die Arbeiter haben die fertige Ware zu verpacken und sie nach dem vom Fabrikanten gemachten Angaben direkt an dessen Abnehmer zu schicken.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Cyprianus, Albello. Schanzpielhaus. König Richard III. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Zar Feodor Joannowitsch. Neues. Die Morgenröte. Leistung. Und Hippa tanzt. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater). Königsglaube. Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Weichselkeller. Kleines. Kinder der Sonne. Westen. Schützenfest. Zentral. Der Higeuerbaron. Metropol. Auf ins Metropol. Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Festhaus. Der Brinngemahl. Trianon. Sauton. Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Thalia. Bis sich um Rufe. Carl Weich. Die lebende Brücke auf Kuba. Luiton. Maria Magdalena. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Kaffino. Die goldene Brücke. Apollo. Insel Tulipatan. Im Weltlichen-Randort. Spezialitäten. Herrfeld. Familienfest im Hause Prellstein. Folies Caprice. Nach dem Papstentrich. Der Beheme. Wintergarten. Licht u. Raas. Chinesen-Truppe. — Otto Reutter. Weichselkeller. Elektrischer Sänger. Passage. Spezialitäten. Urania. Landstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Dr. Donath: Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie. Sozial 8 Uhr: Ingenieur Becklin: Der Kraftwagen in Betrieb. Sternwarte. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 1 bis 7 Uhr.

Komische Oper.

Freitag, 23. Februar, abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Spezialität: Oper von A. Offenbach. Sonnabend: Das Pasquale. Sonntag nachm. 3 Uhr u. abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Berliner Theater.

Gastspiel des Moskauer Künstlerischen Theaters. Zar Feodor Joannowitsch. Sonnabend, Sonntag und Montag: Zar Feodor Joannowitsch. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr zu er-mäßigten Preisen: Hamlet. Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Die Morgenröte. Sonnabend: Ein Sommernachts-träum. Sonntag: Erdgeist. Montag: Die Neuvormählten. Hieraus: Salome. Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Kinder der Sonne. Morgen: Kinder der Sonne. Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Maria Magdalena. Sonnabend: Kaufmann von Venedig. Sonntag nachm.: Gessip. Jrl. Ursus vom Kelling-Theater: Faust. Abends: Die Karlschüler. Montag: Ein Sommernachts-träum. Deutsch-Amerikanisches THEATER. Jeden Abend 8 Uhr!! Gastspiel Ad. Philipp. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise: Ueber'n großen Teich. Apollo-Theater. Interessant! Amüsant! Die glänzenden Spezialitäten u. Gobert Belling mit seinen vierhundert Komikern. Katsukuma Higashi, Meister des Ju-Jitsu. Vorher: Die Insel Tulipatan, Operette. Sonntag, den 25. Februar, nachm. 3 Uhr: Berliner Luft u. Spezialitäten. Walhalla-Theater. Nach Afrika, nach Kamerun. Aufstufungsposse in 6 Akten. Anf. 8 Uhr. Kauchen überall gestattet.

Kleines Theater.

Kinder der Sonne.

Luisen-Theater.

Maria Magdalena.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.

Apollo-Theater.

Gobert Belling

Katsukuma Higashi,

Walhalla-Theater

Nach Afrika, nach Kamerun.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Königsglaube. Ein bühnen Drama in 5 Akten von Hermann Sudow. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zwei glückliche Tage. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Nora. Sonntag, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Freitag, abends 8 Uhr: Der Veltchenfresser. Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Nacht der Finsternis. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Zapfenstreich. Sonntag, abends 8 Uhr: Hofgunst.

Constantin Meunier

Lebenswerk, darunter Monument der Arbeit.

Eintritt 1 M. Für Abonnenten von Keller & Reiner 50 Pf. Letzte Woche täglich von 1/2 10—8 Uhr. Schluß: 25. Februar 1906. Keller & Reiner, Potsdamerstr. 120.

Zirkus Albert Schumann

XL Berliner Saison. Zirkus Busch.

Der automatische Mensch.

Ein Trauerhengst als Schulpferd.

Ein Souper bei Maxim.

Residenz-Theater.

Der Prinzegeahl.

Sanssouci.

Norddeutsche Sänger

W. Noacks Theater.

Mit dem Strom!

Tschin-Maa's Chinesen-Truppe

Otto Reutter

Folies Caprice

Nach d. Zapfenstreich.

Der Beheme

Carl Weiß-Theater.

Die lebende Brücke auf Kuba.

Passage-Theater.

Miß Gertrude,

Karl Bernhard,

„Und Papi singt“

Trianon-Theater.

Loulou.

W. Noacks Theater.

Mit dem Strom!

Tschin-Maa's Chinesen-Truppe

Otto Reutter

Folies Caprice

Nach d. Zapfenstreich.

Der Beheme

Carl Weiß-Theater.

Die lebende Brücke auf Kuba.

Passage-Theater.

Miß Gertrude,

Karl Bernhard,

„Und Papi singt“

Trianon-Theater.

Loulou.

Herrnfeld-Theater.

Der größte Herrnfeld-Schlager:

Familientag

Kause Prellstein.

Kasino-Theater

Nur noch bis 1. März inkl.

Die goldene Brücke.

Bernhard Rose-Theater

Die zärtlichen Verwandten.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.

Gottschalk-Konzert.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Dr. Donath: Die Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.
Hörsaal 8 Uhr:
Ingenieur Zechlin: Der Kraftwagen in Betrieb.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Bergbewohner Abessinians.
65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“.
Eintritt 50 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch: **Konzert**
Theater, Spezialitäten, Tanz.
Am Sonntag 6 Uhr, Mittwoch 8 Uhr.
Sonntags abends für Sommerfeste sind noch frei.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Rln. v. Bb. Ecke.
Seite 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Mlle. Eugenie
Schulrektorin im Nervensystem mit Goldschmuck Monte Christo.

Li Bello Jonglier-Gymn.

Miß Astre Norton die zweite Zoharet.

La belle Leona Gelentphantastin.

Die Herdparade, Schwanz, Familienarten in Barber-, Friseur- und Zigarrengeschäften unentgeltlich.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger (Kessl, Pietro, Britton, Böckmann, Böhm, Müller, Seidel, H. u. D. Schrader).
Anfang Hochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater
Frankfurter Allee 85.
Die größte Sensation des Ostens sind die kleinen Mädchen von Berlin.
Im zweiten Bilde: Die sechs schönen Wandlitzgarettchen.
Neben dem neuen Februar-Programm.

Carl Gabriels Volks-Museum
Friedrichstr. 112a, am Oranienb. Tor
Zirka 2000 Ausstellungsobjekte!
Entree 30 Pf. Sold u. Kind 20 Pf. Sämtl. Räum. 60 Pf.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 10.
Neu! Neu!
Die Elite-Liliputaner-Truppe die kleinsten Vortragssänger und Sterne der Liliputaner der Welt.
Die Frau-Kantilena Margareta Marjet, Hellscherin Armida, wahrsagende Wunderdame, Pluto, Wunderbahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Köpfen, 1 Kopf, lebend. etc.
Riesen, Zwerge, Phänomene, Fakire usw.

Goßmanns Festsäle
Kreuzbergstr. 48. Inh. Otto Ernst.

Jeden Freitag:
Original-Harburger Sänger
Direktion: Karl Frick-Kasche-Krauss.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nächster: Frei-Tanz.
Jeden Montag:
Frei-Tanzfränzchen.
Anfang 9 Uhr.

Raucht Spree-Blume-Zigaretten.

Original-Harburger Sänger
Direktion: Karl Frick-Kasche-Krauss.
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Vorzugskarten gelten.
Nächster: Frei-Tanz.
Jeden Montag:
Frei-Tanzfränzchen.
Anfang 9 Uhr.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
(Zweigverein Berlin und Umgegend.)

Sonntag, den 25. Februar 1906, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Großer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905. — 2. Geschäfts- und Kassenbericht pro 1905, Bericht der Beschwerdekommission, der Schlichtungskommission und der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission. — 3. Wahl der Revisoren, der Beschwerdekommision, der Schlichtungskommission und der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission. — 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich!
Der Zweigvereins-Vorstand.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.
Sonntag, den 25. Februar:
Vereinstour nach Baumhulkenweg (bei Jabang, Baumhulkenstr. 75).
Start 7 1/2 Uhr. Schlechte Straße.
Heute abend Fahrversuch-Stellung bei Strowoff. 11/13

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betrieb
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 48
verleiht geg. Nachnahme garantiert neue und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern v. 75 B. 0.55-1.00-1.25; prima Halbbaunen 1.75; Gäusefedern 2.00; prima weiche Gäusefedern 2.20-3.00-3.50-4.00-4.50-5.00-5.50-6.00-6.50-7.00-7.50-8.00-8.50-9.00-9.50-10.00-10.50-11.00-11.50-12.00-12.50-13.00-13.50-14.00-14.50-15.00-15.50-16.00-16.50-17.00-17.50-18.00-18.50-19.00-19.50-20.00-20.50-21.00-21.50-22.00-22.50-23.00-23.50-24.00-24.50-25.00-25.50-26.00-26.50-27.00-27.50-28.00-28.50-29.00-29.50-30.00-30.50-31.00-31.50-32.00-32.50-33.00-33.50-34.00-34.50-35.00-35.50-36.00-36.50-37.00-37.50-38.00-38.50-39.00-39.50-40.00-40.50-41.00-41.50-42.00-42.50-43.00-43.50-44.00-44.50-45.00-45.50-46.00-46.50-47.00-47.50-48.00-48.50-49.00-49.50-50.00-50.50-51.00-51.50-52.00-52.50-53.00-53.50-54.00-54.50-55.00-55.50-56.00-56.50-57.00-57.50-58.00-58.50-59.00-59.50-60.00-60.50-61.00-61.50-62.00-62.50-63.00-63.50-64.00-64.50-65.00-65.50-66.00-66.50-67.00-67.50-68.00-68.50-69.00-69.50-70.00-70.50-71.00-71.50-72.00-72.50-73.00-73.50-74.00-74.50-75.00-75.50-76.00-76.50-77.00-77.50-78.00-78.50-79.00-79.50-80.00-80.50-81.00-81.50-82.00-82.50-83.00-83.50-84.00-84.50-85.00-85.50-86.00-86.50-87.00-87.50-88.00-88.50-89.00-89.50-90.00-90.50-91.00-91.50-92.00-92.50-93.00-93.50-94.00-94.50-95.00-95.50-96.00-96.50-97.00-97.50-98.00-98.50-99.00-99.50-100.00-100.50-101.00-101.50-102.00-102.50-103.00-103.50-104.00-104.50-105.00-105.50-106.00-106.50-107.00-107.50-108.00-108.50-109.00-109.50-110.00-110.50-111.00-111.50-112.00-112.50-113.00-113.50-114.00-114.50-115.00-115.50-116.00-116.50-117.00-117.50-118.00-118.50-119.00-119.50-120.00-120.50-121.00-121.50-122.00-122.50-123.00-123.50-124.00-124.50-125.00-125.50-126.00-126.50-127.00-127.50-128.00-128.50-129.00-129.50-130.00-130.50-131.00-131.50-132.00-132.50-133.00-133.50-134.00-134.50-135.00-135.50-136.00-136.50-137.00-137.50-138.00-138.50-139.00-139.50-140.00-140.50-141.00-141.50-142.00-142.50-143.00-143.50-144.00-144.50-145.00-145.50-146.00-146.50-147.00-147.50-148.00-148.50-149.00-149.50-150.00-150.50-151.00-151.50-152.00-152.50-153.00-153.50-154.00-154.50-155.00-155.50-156.00-156.50-157.00-157.50-158.00-158.50-159.00-159.50-160.00-160.50-161.00-161.50-162.00-162.50-163.00-163.50-164.00-164.50-165.00-165.50-166.00-166.50-167.00-167.50-168.00-168.50-169.00-169.50-170.00-170.50-171.00-171.50-172.00-172.50-173.00-173.50-174.00-174.50-175.00-175.50-176.00-176.50-177.00-177.50-178.00-178.50-179.00-179.50-180.00-180.50-181.00-181.50-182.00-182.50-183.00-183.50-184.00-184.50-185.00-185.50-186.00-186.50-187.00-187.50-188.00-188.50-189.00-189.50-190.00-190.50-191.00-191.50-192.00-192.50-193.00-193.50-194.00-194.50-195.00-195.50-196.00-196.50-197.00-197.50-198.00-198.50-199.00-199.50-200.00-200.50-201.00-201.50-202.00-202.50-203.00-203.50-204.00-204.50-205.00-205.50-206.00-206.50-207.00-207.50-208.00-208.50-209.00-209.50-210.00-210.50-211.00-211.50-212.00-212.50-213.00-213.50-214.00-214.50-215.00-215.50-216.00-216.50-217.00-217.50-218.00-218.50-219.00-219.50-220.00-220.50-221.00-221.50-222.00-222.50-223.00-223.50-224.00-224.50-225.00-225.50-226.00-226.50-227.00-227.50-228.00-228.50-229.00-229.50-230.00-230.50-231.00-231.50-232.00-232.50-233.00-233.50-234.00-234.50-235.00-235.50-236.00-236.50-237.00-237.50-238.00-238.50-239.00-239.50-240.00-240.50-241.00-241.50-242.00-242.50-243.00-243.50-244.00-244.50-245.00-245.50-246.00-246.50-247.00-247.50-248.00-248.50-249.00-249.50-250.00-250.50-251.00-251.50-252.00-252.50-253.00-253.50-254.00-254.50-255.00-255.50-256.00-256.50-257.00-257.50-258.00-258.50-259.00-259.50-260.00-260.50-261.00-261.50-262.00-262.50-263.00-263.50-264.00-264.50-265.00-265.50-266.00-266.50-267.00-267.50-268.00-268.50-269.00-269.50-270.00-270.50-271.00-271.50-272.00-272.50-273.00-273.50-274.00-274.50-275.00-275.50-276.00-276.50-277.00-277.50-278.00-278.50-279.00-279.50-280.00-280.50-281.00-281.50-282.00-282.50-283.00-283.50-284.00-284.50-285.00-285.50-286.00-286.50-287.00-287.50-288.00-288.50-289.00-289.50-290.00-290.50-291.00-291.50-292.00-292.50-293.00-293.50-294.00-294.50-295.00-295.50-296.00-296.50-297.00-297.50-298.00-298.50-299.00-299.50-300.00-300.50-301.00-301.50-302.00-302.50-303.00-303.50-304.00-304.50-305.00-305.50-306.00-306.50-307.00-307.50-308.00-308.50-309.00-309.50-310.00-310.50-311.00-311.50-312.00-312.50-313.00-313.50-314.00-314.50-315.00-315.50-316.00-316.50-317.00-317.50-318.00-318.50-319.00-319.50-320.00-320.50-321.00-321.50-322.00-322.50-323.00-323.50-324.00-324.50-325.00-325.50-326.00-326.50-327.00-327.50-328.00-328.50-329.00-329.50-330.00-330.50-331.00-331.50-332.00-332.50-333.00-333.50-334.00-334.50-335.00-335.50-336.00-336.50-337.00-337.50-338.00-338.50-339.00-339.50-340.00-340.50-341.00-341.50-342.00-342.50-343.00-343.50-344.00-344.50-345.00-345.50-346.00-346.50-347.00-347.50-348.00-348.50-349.00-349.50-350.00-350.50-351.00-351.50-352.00-352.50-353.00-353.50-354.00-354.50-355.00-355.50-356.00-356.50-357.00-357.50-358.00-358.50-359.00-359.50-360.00-360.50-361.00-361.50-362.00-362.50-363.00-363.50-364.00-364.50-365.00-365.50-366.00-366.50-367.00-367.50-368.00-368.50-369.00-369.50-370.00-370.50-371.00-371.50-372.00-372.50-373.00-373.50-374.00-374.50-375.00-375.50-376.00-376.50-377.00-377.50-378.00-378.50-379.00-379.50-380.00-380.50-381.00-381.50-382.00-382.50-383.00-383.50-384.00-384.50-385.00-385.50-386.00-386.50-387.00-387.50-388.00-388.50-389.00-389.50-390.00-390.50-391.00-391.50-392.00-392.50-393.00-393.50-394.00-394.50-395.00-395.50-396.00-396.50-397.00-397.50-398.00-398.50-399.00-399.50-400.00-400.50-401.00-401.50-402.00-402.50-403.00-403.50-404.00-404.50-405.00-405.50-406.00-406.50-407.00-407.50-408.00-408.50-409.00-409.50-410.00-410.50-411.00-411.50-412.00-412.50-413.00-413.50-414.00-414.50-415.00-415.50-416.00-416.50-417.00-417.50-418.00-418.50-419.00-419.50-420.00-420.50-421.00-421.50-422.00-422.50-423.00-423.50-424.00-424.50-425.00-425.50-426.00-426.50-427.00-427.50-428.00-428.50-429.00-429.50-430.00-430.50-431.00-431.50-432.00-432.50-433.00-433.50-434.00-434.50-435.00-435.50-436.00-436.50-437.00-437.50-438.00-438.50-439.00-439.50-440.00-440.50-441.00-441.50-442.00-442.50-443.00-443.50-444.00-444.50-445.00-445.50-446.00-446.50-447.00-447.50-448.00-448.50-449.00-449.50-450.00-450.50-451.00-451.50-452.00-452.50-453.00-453.50-454.00-454.50-455.00-455.50-456.00-456.50-457.00-457.50-458.00-458.50-459.00-459.50-460.00-460.50-461.00-461.50-462.00-462.50-463.00-463.50-464.00-464.50-465.00-465.50-466.00-466.50-467.00-467.50-468.00-468.50-469.00-469.50-470.00-470.50-471.00-471.50-472.00-472.50-473.00-473.50-474.00-474.50-475.00-475.50-476.00-476.50-477.00-477.50-478.00-478.50-479.00-479.50-480.00-480.50-481.00-481.50-482.00-482.50-483.00-483.50-484.00-484.50-485.00-485.50-486.00-486.50-487.00-487.50-488.00-488.50-489.00-489.50-490.00-490.50-491.00-491.50-492.00-492.50-493.00-493.50-494.00-494.50-495.00-495.50-496.00-496.50-497.00-497.50-498.00-498.50-499.00-499.50-500.00-500.50-501.00-501.50-502.00-502.50-503.00-503.50-504.00-504.50-505.00-505.50-506.00-506.50-507.00-507.50-508.00-508.50-509.00-509.50-510.00-510.50-511.00-511.50-512.00-512.50-513.00-513.50-514.00-514.50-515.00-515.50-516.00-516.50-517.00-517.50-518.00-518.50-519.00-519.50-520.00-520.50-521.00-521.50-522.00-522.50-523.00-523.50-524.00-524.50-525.00-525.50-526.00-526.50-527.00-527.50-528.00-528.50-529.00-529.50-530.00-530.50-531.00-531.50-532.00-532.50-533.00-533.50-534.00-534.50-535.00-535.50-536.00-536.50-537.00-537.50-538.00-538.50-539.00-539.50-540.00-540.50-541.00-541.50-542.00-542.50-543.00-543.50-544.00-544.50-545.00-545.50-546.00-546.50-547.00-547.50-548.00-548.50-549.00-549.50-550.00-550.50-551.00-551.50-552.00-552.50-553.00-553.50-554.00-554.50-555.00-555.50-556.00-556.50-557.00-557.50-558.00-558.50-559.00-559.50-560.00-560.50-561.00-561.50-562.00-562.50-563.00-563.50-564.00-564.50-565.00-565.50-566.00-566.50-567.00-567.50-568.00-568.50-569.00-569.50-570.00-570.50-571.00-571.50-572.00-572.50-573.00-573.50-574.00-574.50-575.00-575.50-576.00-576.50-577.00-577.50-578.00-578.50-579.00-579.50-580.00-580.50-581.00-581.50-582.00-582.50-583.00-583.50-584.00-584.50-585.00-585.50-586.00-586.50-587.00-587.50-588.00-588.50-589.00-589.50-590.00-590.50-591.00-591.50-592.00-592.50-593.00-593.50-594.00-594.50-595.00-595.50-596.00-596.50-597.00-597.50-598.00-598.50-599.00-599.50-600.00-600.50-601.00-601.50-602.00-602.50-603.00-603.50-604.00-604.50-605.00-605.50-606.00-606.50-607.00-607.50-608.00-608.50-609.00-609.50-610.00-610.50-611.00-611.50-612.00-612.50-613.00-613.50-614.00-614.50-615.00-615.50-616.00-616.50-617.00-617.50-618.00-618.50-619.00-619.50-620.00-620.50-621.00-621.50-622.00-622.50-623.00-623.50-624.00-624.50-625.00-625.50-626.00-626.50-627.00-627.50-628.00-628.50-629.00-629.50-630.00-630.50-631.00-631.50-632.00-632.50-633.00-633.50-634.00-634.50-635.00-635.50-636.00-636.50-637.00-637.50-638.00-638.50-639.00-639.50-640.00-640.50-641.00-641.50-642.00-642.50-643.00-643.50-644.00-644.50-645.00-645.50-646.00-646.50-647.00-647.50-648.00-648.50-649.00-649.50-650.00-650.50-651.00-651.50-652.00-652.50-653.00-653.50-654.00-654.50-655.00-655.50-656.00-656.50-657.00-657.50-658.00-658.50-659.00-659.50-660.00-660.50-661.00-661.50-662.00-662.50-663.00-663.50-664.00-664.50-665.00-665.50-666.00-666.50-667.00-667.50-668.00-668.50-669.00-669.50-670.00-670.50-671.00-671.50-672.00-672.50-673.00-673.50-674.00-674.50-675.00-675.50-676.00-676.50-677.00-677.50-678.00-678.50-679.00-679.50-680.00-680.50-681.00-681.50-682.00-682.50-683.00-683.50-684.00-684.50-685.00-685.50-686.00-686.50-687.00-687.50-688.00-688.50-689.00-689.50-690.00-690.50-691.00-691.50-692.00-692.50-693.00-693.50-694.00-694.50-695.00-695.50-696.00-696.50-697.00-697.50-698.00-698.50-699.00-699.50-700.00-700.50-701.00-701.50-702.00-702.50-703.00-703.50-704.00-704.50-705.00-705.50-706.00-706.50-707.00-707.50-708.00-708.50-709.00-709.50-710.00-710.50-711.00-711.50-712.00-712.50-713.00-713.50-714.00-714.50-715.00-715.50-716.00-716.50-717.00-717.50-718.00-718.50-719.00-719.50-720.00-720.50-721.00-721.50-722.00-722.50-723.00-723.50-724.00-724.50-725.00-725.50-726.00-726.50-727.00-727.50-728.00-728.50-729.00-729.50-730.00-730.50-731.00-731.50-732.00-732.50-733.00-733.50-734.00-734.50-735.00-735.50-736.00-736.50-737.00-737.50-738.00-738.50-739.00-739.50-740.00-740.50-741.00-741.50-742.00-742.50-743.00-743.50-744.00-744.50-745.00-745.50-7

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 45. Freitag, den 23. Februar 1906.

Inserate sechsgepaltene Kolonizelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Weißensee. Am Sonntag, den 25. Februar, morgens 8 Uhr, findet im Hansmann Gesellschaftsbaus, Frankfurterstr., eine öffentliche Versammlung statt. Die Genossen haben sich pünktlich in ihren Bezirkslokalen einzufinden. Das Wahlkomitee.

Kaulsdorf. Am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im Hansmann Gesellschaftsbaus, Frankfurterstr., eine öffentliche Versammlung statt. Genosse D. Grauer wird über „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ referieren.

Alt-Glienide. Am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Tagesordnung: Vortrag des Genossen A. Bagels aus Niedorf über „Die preussische Volksschule“. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erinnt Der Vorstand.

Schönholz. Am Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 8 Uhr, findet bei O. Pätzsch eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen Schubert-Verein über: „Kommunale Fragen“, Diskussion, Verschiedenes. Es ist Pflicht der Genossen, für die Versammlung zu agieren und zahlreich und pünktlich mit Frauen zu erscheinen. Sonntag früh 8 Uhr findet die Handzetteltverteilung bei Pätzsch statt.

Eichwalde. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 4. März, nachmittags 4 Uhr, bei Witte-Eichwalde statt. Um zahlreiches Erscheinen erinnt Der Vorstand. Jeden Sonnabend findet Jahlabend bei Witte statt.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindevahlbewegung.

Die Genossen in Rowamed-Neuendorf befaßten sich im Wahlverein mit den Gemeindevahlen. Nach Darlegungen des Genossen D. b. t. Schönberg über die Aufgaben der Kommunen wurden in der Debatte die Neuendorfer Schul- und Steuerverhältnisse einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemeine Entrüstung rief die Mitteilung hervor, daß der Gemeindevorsteher den Antrag, die Wahlzeit für die dritte Klasse in die Abendstunden zu verlegen, abgelehnt habe. Auch das Verhalten des von den Bürgerlichen vor zwei Jahren gewählten Vertreters Delmann, des Porzearbeiters in der Neuendorfer Gemeindevertretung, wurde treffend charakterisiert und betont, daß derselbe verdienstlich bei Beratung wichtiger Angelegenheiten nicht ein Wort gesagt, sondern sich stets in Schweigen hüllte, wohl in der Erkenntnis, daß seine Meinung für die Vertretung ja doch unmaßgeblich ist, da er ja keine Partei hinter sich hat. Wie verlautet, ist derselbe auch diesmal wieder von den Bürgerlichen Parteien als Kandidat aufgestellt worden. Am nächsten Mittwoch wird im Schiedsrichter Lokale in Rowamed Genosse Jurell in einer Volksversammlung ebenfalls die Gemeindevorsteherwahlen besprechen.

In Friedrichsfelde werden die diesjährigen Gemeindevahlen der dritten Abteilung einen harten Kampf bringen. Diese Abteilung wählt in zwei Bezirken, im Karlsdorf und Friedrichsfelde. Die erste und zweite Abteilung wählt wie bisher in einem Bezirk, doch ist genau die Wahl für Karlsdorf bezw. Friedrichsfelde vorgeschrieben. Bei dieser sonderbaren Einteilung könnten immerhin noch Ueberwachungen stattfinden.

Für die dritte Abteilung gilt es außer den vorhandenen noch zwei neue Siege für die Sozialdemokratie zu erobern. Es wird um diese beiden Siege ein äußerst heftiger Kampf entbrennen besonders im Karlsdorf Bezirk. Die Agitation auf beiden Seiten ist reger im Gange. Für Karlsdorf fällt diesmal der Schlachtruf: „Die Karlsdorf, die Friedrichsfelde!“ fort, dafür wird es heißen: „Gegen die Sozialdemokraten!“

Im Ortsteil Friedrichsfelde scheint für die zweite bezw. erste Abteilung auch eine Aenderung bevorzustehen: Die Hausbesitzer wollen sich von der Vormundhaft der Erbeingekessenen, der Grundbesitzer, anscheinend befreien. Vielleicht gibt es dann eine Klärung der Ansichten.

Für Nichtenau-Klein-Schöneberg fand am Sonntag eine Versammlung statt, in der Genosse Freiwaldb-Pantow nach einem Referat über unsere kommunalpolitischen Forderungen die Anwesenden aufweckte, alles daran zu setzen, das jetzt frei werdende Mandat zu erobern. Der zu Wählende muß aber Hausbesitzer sein. Zur Sprache kam, daß bei der Gemeindevahl vor zwei Jahren zwei Nichtenauer Einwohnern, die noch nicht ein Jahr am Orte wohnten, das Wahlrecht zuerkannt wurde, während jetzt dieselben Gemeindevorsteher es zwei anderen verweigerten. Nach den Erklärungen des Gemeindevorstehers scheint es, ob man deswegen einen Unterschied mache, weil es sich früher um die hoch klingenden Namen Leutnant a. D. v. Winterfeld und Herr Rechnungsrat a. D. Schneider handelte, und diesmal um zwei einfache Arbeiter. Als Kandidat zu der bevorstehenden Wahl wurde Genosse Max Tobias aufgestellt. Die Wahl findet aller Wahrscheinlichkeit nach am 9. März statt. Am 4. März wird bei Sühmich eine Volksversammlung abgehalten.

Schöneberg.

Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins zu Schöneberg tagte am 20. Februar in „Obli's Festlokal“. Genosse Chajes referierte über „Der preussische Landtag“. Er führte etwa folgendes aus: Die erste dem preussischen Volke im Jahre 1848 unter dem Eindruck des blutigen 18. März gegebene Verfassung führte das allgemeine Wahlrecht ein. Aber schon im Jahre 1849, als sich die herrschenden Kreise wieder als Herren der Situation fühlten, verschwand daselbe wieder, und an seine Stelle trat das famose Dreiklassenwahlrecht, auf Grund dessen von nun an die Vertreter des preussischen Volkes gewählt wurden. Die schon durch dieses Dreiklassenwahlrecht auf das allerbedeutsamste Maß zurückgedrängten Rechte des größten Teils des Volkes wurden dann bei den ersten Wahlen fast vollständig illusorisch gemacht durch die Taktik der Parteien der Linken. Dieselben beteiligten sich nämlich nicht an den Wahlen, und infolgedessen erhielt dieses neue Parlament eine Zusammensetzung, wie sie reaktionärer nicht zu denken ist. Neben gibt sodann einen Ueberblick über die Entwicklung der einzelnen Parteien im Abgeordnetenhause, besonders der Liberalen und geht auf das Unstimmige des ganzen Wahlsystems näher ein. Des weiteren bespricht sich Referent mit dem „Gauze der Herren“, den gewählten „Volksvertretern“ und kommt

dann zu sprechen auf die jüngeren gesetzgeberischen Leistungen beider Häuser, auf die Bez. Arons, die Vergarbeiternovelle und schließlich die Säulgesetzvorlage. Aus alledem gehe hervor, daß die aufgekärte Arbeiterkraft, die Sozialdemokratie, es sich selbst schuldig sei, für Vervollständigung dieses veralteten, nicht existenzberechtigten Dreiklassenwahlrechtes einzutreten. Die letzten Wahlen hätten gezeigt, daß wir auf uns allein angewiesen seien. Durch unermüdete Aufklärungsarbeit, durch rastlosen Ausbau der Organisationen, durch weitestehende Verbreitung der Parteipresse müsse darauf hingewirkt werden, das ganze arbeitende Volk für dieses Ziel zu gewinnen. Neben schloß mit den Worten Debel's: „Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns!“ Wir werden uns das allgemeine Wahlrecht erkämpfen, trotz alledem!“ In der Diskussion kam das Einverständnis aller Redner mit den Darlegungen des Referenten zum Ausdruck. Es sprachen die Genossen Müller, Steuermann, Urban und Stenzel. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Delegation der Genossen Müller, Schenk und Henkel zur Kreis-Generalversammlung. — Unter Vereinsangelegenheiten wurde ein Antrag des Genossen Steuermann, der die Bibliothek-Sperre aufgehoben wissen will, nach einer kurzen Erklärung des Genossen Bollermann dem Vorstande überwiegen.

Ueber fortgesetzte Fleischdiebstähle führen die Schlächtermeister in Schöneberg lebhaftes Klagen. Bei der augenblicklich herrschenden Fleischsteuer werden die gestohlenen Waren bei den Händlern gut abgesetzt und auch recht hohe Preise erzielt. Da die Diebstähle mit großer Raffinerie ausgeführt werden, gelingt es nur in seltenen Fällen, die Täter zu überführen. Trotz aller möglichen Vorkehrungen werden die Fleischdiebstähle unentwegt fortgesetzt. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, einen der markantesten Fälle klarzulegen. Bei dem Schlächtermeister A. Kaiser Wilhelm-Platz 4, waren schon früher permanent Fleischdiebstähle ausgeführt worden. Im Laufe von 1/2 Jahren betrug der „Umsatz“ der Diebe etwa 6000 M. Die Kriminalpolizei ermittelte als Täter und Helfer insgesamt 11 Personen, und zwar Geiseln und kleinere Restaurateure. Da die gestohlene Waare stets durch die nach der Kolonnenstraße führenden Hofgassen in Sicherheit gebracht worden war, ließ der Schlächtermeister diese Ausgänge sämtlich vermauern; aber auch dies nützte nichts. Nach kurzer „Ruhepause“ begannen die Diebstähle von neuem. Fortwährend wurden aus dem Hofraum Schinken, Würste, Fleischstücke usw. vernimmt. Da sämtliche Personen, Angestellte und Publikum beim Verlassen des Hauses jedesmal die Türläden passieren mußten, so blieb es für den Geschäftsinhaber ein Rätsel, auf welche Art die Fleischwaren unbemerkt entnommen werden konnten. Trotz des großen Vertrauens, das er in seinen Verführer Richard Kühne gesetzt hatte, schloß er schließlich doch Verdacht und er ließ A. durch Kriminalbeamte beobachten. Eine Hausdurchsuchung in der Wohnung des Verdächtigen führte denn auch zu dessen Verhaftung. Inwieweit noch andere Angestellte des Schlächtermeisters an den Diebstählen beteiligt sind, dürfte die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Charlottenburg.

Die Rachsucht des Unternehmertums kennt oft keine Grenzen, wie folgender Fall beweisen dürfte. Im Vorjahre hatten sich die Arbeiter der Firma Göhrke u. Co., Christstr. 39, veranlaßt gesehen, zur Wahrung ihrer Interessen ihrer Berufsorganisation beizutreten. Zu diesen Ausführenden gehörte auch einer namens D., der bei dem Arbeitgeber in den Verdacht kam, daß er der Urheber dieses sehr vernünftigen Schrittes der Arbeiter sei. Vor gut Jahresfrist mußte deshalb D. springen, und es wurde ihm sehr schwer gemacht, wieder andere Arbeit zu finden. Am 20. Februar dieses Jahres gelang es D., eine Stelle als Geschäftsführer in der Tischlerei von Schauder in der Magazinstr. zu erhalten. Nun wollte es der Zufall, daß dieser Tischlermeister seine Stellung auf dem Grundstück des Herrn Otto Göhrke hatte. Am Morgen des zweiten Arbeitstages mußte D. dort anfahren. Als Herr Göhrke seiner ansichtig wurde, da mag wohl der Groll wach geworden sein und Herr G. verwies den Ausführenden vom Hofe mit dem Hinweis auf den Hausfriedensbruchparagrafen. D. verließ das Grundstück, mußte aber gleichzeitig seine Tätigkeit bei dem Tischlermeister einstellen. Und dieser Herr, der in dieser Weise Arbeiter verfolgt und aus Lohn und Brot bringt, rühmt sich noch, arbeiterfreundlich zu sein. Beim Vergarbeiterausstand „vergaß“ er sich soweit, 20 M. auf eine Sammelliste zu zeichnen. Es wird versucht werden, dem Herrn auf anderem Wege klar zu machen, daß auch ein Arbeitgeber einen Arbeiter nicht in dieser Weise verfolgen darf. Wäre die Organisation unter den Ausführenden in Charlottenburg eine stärkere als jetzt, Herrn Göhrke würde bald die Luft vergehen, an Arbeitern seine Rachsucht zu fühlen.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich in der Nacht zum Donnerstag gegen 1 Uhr in den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, Kaiserin-Augusta-Allee 80. Dort war in der Schmiede der vierzigjährige Arbeiter Ernst Wandrich aus der Huttenstr. 5 damit beschäftigt, Eisenstäbe zu sortieren. Dabei kam er in die Nähe des im Vertriebe befindlichen Dampfhammers. Aus bisher noch unaufgeklärter Ursache lauschte der schwere Dampfhammer gegen den Kopf des Wandrich, so daß der Arbeiter beunruhigt niedersank. Er wurde sofort durch seine Kollegen nach der Unfallstation in der Huttenstraße getragen, wo ihm seine schweren Wunden verbunden wurden. Der Dampfhammer hatte ihm die Nase zertrümmert und in ihrer ganzen Länge gespalten, ihm eine 6 Zentimeter lange Quetschwunde an der Stirn beigebracht und ihm die Zähne herausgeschlagen. Mit einer schweren Gehirnerschütterung wurde er in einer Drochke nach dem Krankenhaus Moabit gebracht, wo er gestern vormittag, ohne die Besinnung erlangt zu haben, gestorben ist.

Strassenunfall. Von einem Möbelwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern nachmittags gegen 1 Uhr der 24jährige Arbeiter Max Luz aus der Potsdamerstr. 89. Luz fuhr auf seinem Zweirade aus der Nürnbergerstraße in die Tauenzienstraße hinein, als ein schnell fahrender Möbelwagen ihn umriß und überfuhr. Passanten brachten den Schwerverletzten nach der Unfallstation Zoologischer Garten, wo der Arzt eine fünf Zentimeter lange Wunde über dem linken Auge, ferner drei je 4 Zentimeter lange Wunden unter dem linken Auge, eine Schädelverletzung und schwere innere Verletzungen feststellte. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde Luz in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus Westend geschafft. Der Ausfuhr, der ihn überfuhr, suchte sein Heil in der Flucht und konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Lichtenberg.

Die Anstellung von Baukontrolloren aus den Reihen der Bauarbeiter erachtet der Gemeindevorstand für bedenklich. Diese Anschauung brachte der Vorstand zum Ausdruck, als bei Beratung des Antrages betreffend Verneuerung der technischen Beamten des Bau-

amtes zur ordnungsgemäßen Erledigung der Bauarbeiten unsere Genossen wiederum den Vorschlag machten, aus den Reihen der Bauarbeiter einen Kontrollor anzustellen. Der Kontrollor könne bei der stark einsetzenden Bautätigkeit das Bauamt erheblich entlasten, aber auch dem infolge der wüsten Terrainspekulation sich breit machenden Raubbau auf die Finger sehen. Auf das Beispiel Breslaus und anderer Orte verweisend, besprach der Antragsteller die Aufgaben einer solchen Baukontrolle. Der Gemeindevorsteher äußerte Bedenken, nicht gegen die Möglichkeit einer Arbeiterkontrolle, aber dagegen, daß eine solche amtliche Tätigkeit von anderen als technisch vorgebildeten Berufsbeamten ausgeübt werden sollte. Die Majorität der Kommission war nicht geneigt, den Gründen unserer Genossen Rechnung zu tragen, und lehnte den Antrag wieder ab. Er wird aber wiederkommen. — Das Ersuchen unserer Genossen, Park und Herrschaftshaus des Gutes Tassdorf zu Erholungs- bezw. Rekonvaleszenzwecken nutzbar zu machen, ist jetzt durch den Vorstand des Kanalisationsverbandes ablehnend beantwortet worden.

Ein Revolverattentat hat sich in der Nacht zum Mittwoch in der Kronprinzenstraße abgepielt. Ein Mann, der über einen Zaun auf das Grundstück Nr. 5 gelangen wollte, feuerte auf den ihm entgegen tretenden Bäckermeister Sieberg einen Revolver schuß ab, aber ohne ihn zu verletzen. Der Täter entkam.

Aus Lebensüberdruß erhängt hat sich der Droschkentischer L. in der Frankfurter-Allee 178.

Treptow-Vaumshulentweg.

Erhängt aufgefunden wurde gestern nachmittags 4 Uhr in seiner Laube hinter dem Strahnenhahndepot an der Köpenicker Landstraße der etwa 50 Jahre alte Arbeiter Schlabit. Der Verstorbenen hatte von seiner Familie getrennt gelebt und wurde nach der Leichenhalle gebracht.

Köpenick.

Achtung, Gewerbegerichtswahlen! Am Sonntag, den 25. Februar, finden im „Hotel Kaiserhof“, Grünstr. 10, Hof 1 Treppe, kleiner Saal, die Wahlen zum Gewerbegericht statt. Wahlberechtigt ist nur derjenige, welcher sich in die Wählerliste hat eintragen lassen. Als Legitimation hat jeder Wähler eine Bescheinigung seines Arbeitgebers mitzubringen, aus welcher zu ersehen ist, daß der betreffende Wähler zurzeit in Köpenick wohnt oder beschäftigt ist. Die Formulare hierzu können noch bei den Genossen Kühne, Grünstr. 11, Hellwig, Schönerlinderstraße 5, Tauchert, Müggelheimerstraße 4, Weber, Bahnhofstr. 15, und in der Gewerbegerichtsfriederei, Rathaus, Zimmer 28, in den Dienststunden bis 6 Uhr abends entnommen werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Wenn schon bei der Einzeichnung in die Wählerlisten eine Saumseligkeit geherrscht hat, so ist es jetzt doppelt nicht eines jeden, der in die Liste eingetragen ist, sein Wahlrecht auszuüben. Die Wahlzeit ist von nachmittags 4 Uhr bis abends 9 Uhr festgesetzt.

Köpenick in elektrischer Beleuchtung. Vom 1. Oktober ab wird Köpenick eine von den wenigen Städten im Deutschen Reich sein, die vollständig durch elektrisches Licht beleuchtet erhalten. Bis zu dem erwähnten Termin wird das im Entstehen begriffene Elektrizitätswerk vollendet sein. Der Magistrat in Köpenick hat nun gestern beschlossen, die Straßen und Plätze durchweg mit elektrischem Licht zu versehen. In den Hauptstraßen werden in der gleichen Weise wie in der Friedrichstraße Kandelaber mit großen Vogenlampen angelegt. Auch der Straßenbahnverkehr wird vom 1. Oktober an durch das städtische Elektrizitätswerk betrieben werden.

Steglitz.

Schöffenwahl. In geheimer Sitzung wählte gestern die Gemeindevertretung den Bürgermeister Dr. Wendendorf in Vad Köpen zum befol deten Schöffen auf zwölf Jahre. Ferner wurde der Architekt Flemming zum unbesoldeten Schöffen auf sechs Jahre wiedergewählt.

Friedrichshagen.

Eine seltsame Explosionskatastrophe hat sich gestern nachmittags in Friedrichshagen zugetragen. In dem Hause des Bäckermeisters Magdeburg in der Kirchstraße war der Schornsteinfegergehülfe Gustav Bux dabei beschäftigt, den Wäckerfischschornstein zu reinigen. Pflösch gab es einen Anfall und B., der sich bereits in dem Schornstein befand, stand in hellen Flammen. Der junge Mann hatte im Gesicht und am Körper so schwere Brandwunden davongetragen, daß er in das Brüder Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Explosion war dadurch herbeigeführt worden, daß der in dem Schornstein angefallene Bux durch eine in der Wadstube unmittelbar an der Deckung des Schornsteins angebrachte Gaslampe entzündet worden war.

Nieder-Schönebeide.

Eine öffentliche Textilarbeiterversammlung tagte am 13. Februar im Restaurant Haselwerder in Niederschönebeide, um ein Referat des Kollegen Kogke über die Notwendigkeit der Organisation anzuhören. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, weil viele Arbeiter außerhalb des Ortes wohnen und schon sehr frühzeitig ihr „trautes Heim“ verlassen müssen, um spät abends abgerudert und müde heimzukehren. Zur Sprache kam in der Versammlung, daß die Firma Anton und Alfr. Lehmann in Niederschönebeide selbst anzuerkennen scheint, daß bei den jetzigen Zeiten die Arbeiter die teuren Fleischpreise nicht ertragen können, denn sie hat größere Kosten Seefische bezogen, die den Arbeitern zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Auf recht erbauliche Zustände in dieser Fabrik läßt der Umstand schließen, daß die Arbeiter immer „Helfer“ im Verzehren der Frühstück- und Mittagstücken haben. Es gibt nämlich eine große Menge „vierfüßige Langschwänze“, die den Arbeitern das Essen ersparen, oder aber die Arbeiter haben „Fleischmahlung“ in Form von Schwaben an ihrem Brote. Auch in punkto Behandlung wurden erhebliche Beschwerden laut. Würden sich alle Arbeiter ihrer Organisation anschließen, so dürften solche Zustände mit der Zeit bald abgeschafft sein.

Aus der Frauenbewegung.

Köpenick. Am 14. d. M. hielt der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Störmer referierte über „Genossenschaftswesen“. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion erläuterte Genosse Woid die örtlichen Konsumverhältnisse und ersuchte zu gleicher Zeit alle Hausfrauen, Mitglieder des Konsumvereins zu werden. Acht Neuaufnahmen wurden erzielt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Männer, die seit langem für den weiteren Ausbau unserer Schulgesundheitspflege werben und wirken, sah man gestern auf der Tribüne des Stadtverordnetensaales. Sie waren gekommen, um zu erfahren, welche Entscheidung die Versammlung über die Schulartzfrage treffen würde, die infolge des bekannten Antrages der sozialdemokratischen Fraktion wieder mal in einem Ausschuss erörtert worden ist. Die Herren erlebten eine Enttäuschung; nach dem Vorschlage des Ausschusses wurde der Antrag mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Unser Genosse Wehl hatte in der gestrigen Sitzung in zusammenfassender Darlegung noch einmal alles vorgebracht, was zur Begründung des Antrages dienen konnte. Er zeigte, wie unzulänglich das ist, was bei der gegenwärtigen Organisation der ärztlichen Schulaufsicht von den Schulärzten geleistet werden kann. Aber solche Argumente pflegen freilich keinen Eindruck auf die Mehrheit zu machen, wenn der Kostenpunkt in Frage kommt. Herr Witow, der Redner der „Freien Fraktion“, machte gegen den Antrag die von früher her bekannten „ethischen“ Gesichtspunkte geltend, damit der Ablehnung ein Mäntelchen umgehängt würde. Selbst für Spezialärzte, gegen die nicht einmal der Ausschuss etwas einzuwenden gehabt hatte, mochte er sich hier nicht begeistern — im Gegensaß zu seinem Fraktionskollegen Ritter, der wenigstens für diese Forderung eintrat. Die Abstimmung ergab Ablehnung sogar der Resolution, die der Ausschuss bezüglich der Spezialärzte vorgeschlagen hatte. Das war die zweite und noch größere Enttäuschung, die die Herren auf der Tribüne erlebten. Feststellen wollen wir hier, daß die „Sozial-Fortschrittler“ durch ihren Redner Preuß sich zwar für die Spezialärzte erklärten, im übrigen aber den von der Mehrheit aufgestellten Grundsatz „Immer langsam voran!“ billigten und mit ihr gegen den Antrag Antrick stimmten.

Die Pläne der fünf städtischen Straßenbahnlinien sind, wie verlautet, vom Minister der öffentlichen Arbeiten grundsätzlich genehmigt worden, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie an einer Stelle eine wesentliche Änderung erfahren und bezüglich einer notwendigen Widmung der Gleise der Großen Berliner Straßenbahn mit dieser eine Uebereinkommen zustande kommt.

Der ersterwähnte Punkt betrifft die eine der Südklinien, Großgörschenstraße—Dönhofsplatz, speziell deren Führung über den Landwehrkanal am Hakenplatz. Hier beachtete die Stadtverwaltung zunächst die enge und steile Augusta-Brücke zu benutzen, bemerkte aber bei der Auskulturberatung, daß, falls die Aufsichtsbehörden hiergegen Bedenken erheben sollten, die Bahn im Zuge der Köthenerstraße über eine neu zu erbauende Brücke geführt werden könne. Minister v. Budge soll diese Frage eingehend geprüft haben und zu dem Resultat gekommen sein, daß eine Mehrbelastung der Augustabrücke unzulässig erscheint. — Der zweite Punkt betrifft die eine der beiden Nordlinien Stettiner Bahnhof (Eisenerstraße)—Ballenplatz, die in der Petersburgerstraße von der Landwehrkanal über eine Streda von etwa neuhundert Meter neben den Gleisen der Großen Berliner Straßenbahn nach dem Ballenplatz geführt werden sollte. Auch hier sind Erhebungen angeestellt worden, ob in dieser Promenadenstraße eine dergleichen Straßenbahnanlage zugelassen werden könne. Es sprachen aber gewichtige Gründe gegen diesen Plan. Zur Widmung der Gleise der letzteren auf Streden von 400 Meter ist die Stadt bekanntlich ohnehin laut Vertrag berechtigt, es würde sich also nur um eine Ausdehnung dieses Rechtes auf weitere 300 Meter handeln. Ob die Stadt mit der Großen Berliner „paktiert“, ist nach Lage der Sache sehr zweifelhaft, vielleicht auch gar nicht notwendig. Die Linienführung dürfte in diesem Falle eine Veränderung erfahren.

Der Stadtverordnete Genosse Ramlow hat sein Mandat niedergelegt, weil er seinen Wohnsitz nach Nieder-Schönhausen verlegt. Genosse Ramlow vertritt den 34. Bezirk dritter Abteilung, in dem nun eine Ersatzwahl notwendig wird. Sein Mandat galt bis Ende 1907.

Zur Zeitdauer des Automobils. Sieben Automobil-Dividenden haben die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft gestern beim Polizeipräsidenten zur Genehmigung eingereicht. Neben der bestehenden Automobillinie 4 Hallesches Tor—Vierdenstraße soll als zweite zuerst die Linie 8 Potsdamer Brücke—Spittelmarkt—Alexanderplatz—Frankfurter Linden Kraftbetrieb erhalten. Die Pferde sollen hier vollständig durch Motoren ersetzt werden. Im Osten soll der Endpunkt den zweckmäßigeren Namen Straußberger Platz erhalten. Durch diese Linie wird die längst und dringend gewünschte Schnellverbindung zwischen dem Osten und dem Westen der Stadt hergestellt werden. Außerdem sind sechs vollständig neue Automobillinien beantragt. Sie erhalten die Nummern 21 bis 26. Linie 21 geht vom Rathaus in Schöneberg zum Bahnhof Friedrichstraße und macht folgenden Weg: Hauptstraße, Potsdamer, Victoria, Venedig, Königsgrabenstraße, Unter den Linden, Neustädtische Kirchstraße, Linie 22 Bahnhof Zoologischer Garten—Neuer Markt führt durch die Hardenberg-, Tauentzien-, Kleist-, Köpenicker-, Plötz-, Moys-, Genthiner-, Lützow-, Magdeburgerstraße, Schöneberger Ufer, Victoria, Venedig, Königsgraben, Vossstraße, Wilhelm- und Neherplatz, Kanonen-, Franzosendamm, Kurfürsten-, Schildstraße, Lützow-, Plötz-, Potsdamerstraße, Schöneberger Ufer, Tempelhofer Ufer. Linie 23 Moabit (Zurmschloß, Ede Veustelstraße)—Reichenbergerstraße geht durch die Zornstraße, Stromstraße, Alt-Moabit, Poststraße, Moabitstraße, Königsplatz, Reichstagsplatz, Sommerstraße, Unter den Linden, Platz am Opernhause, An der Gedwigenstraße, Behren-, Margrafen-, Junfer-, Reichenberger Straße bis zur Ecke der Glogauerstraße, 38. Neues Tor (Ede Invalidenstraße)—Stralauer Allee (Markgrafendamm) fährt Luisenstraße, Neue Wilhelm-, Wilhelm- und Kochstraße, Jerusalem Kirche, Franke-, Alte und Neue Jakob-, Alpendorfer-, Oberbaumstraße, Traubbaumbrücke, Stralauer Allee, 39. Bahnhof Lichterberg—Friedrichsfelde—Alexanderplatz (Dircksenstraße) geht über die Frankfurter Chaussee und Allee und die Große Frankfurterstraße.

Neue Verkehrsverbindung für Dahlem. Eine neue Vollbahn für die westlichen Vororte ist jetzt beschlossene Sache und wird bereits in den nächsten Etat des preussischen Abgeordnetensaales eingestellt werden. Es handelt sich in der Hauptsache darum, die neue Villenkolonie Dahlem in bessere Verbindung zu bringen und einen direkten Schienenweg zwischen Berlin und Dahlem zu schaffen. Die Aufstellungskommission ist nachgerade zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Anknüpfung auf Dahlemer Gebiet vollständig ins Stocken gerät, weil es an einer guten und schnellen Verbindung mit der Reichshauptstadt fehlt. Aber auch die vielen öffentlichen Gebäude, die dort errichtet worden sind, haben nothgedrungen das Bedürfnis nach einer direkten Bahnverbindung im Gefolge, und diesem Bedürfnis soll durch den neuen Bahnbau mit möglichster Beschleunigung abgeholfen werden. Die Bahn soll von der Stadt- und Ringbahnstation Halensee abzweigen und durch Schmargendorf beim Gammewaldgebiet direkt in das Zentrum der Kolonie Dahlem führen. Um sie aber nicht als einen toten Schienenstrang verfallen zu lassen, soll sie weiter durch den Gammewald und über Zehlendorfer Gebiet nach dem Bahnhof Schlachtensee geführt werden, wo sie mit der Wanneseebahn in Verbindung kommt. Zwischen Dahlem und Schlachtensee ist vorläufig nur eine Station geplant, und zwar im Zuge der Altenstraße, so daß die Gegend am Schlachtensee und an der

Krummen Lanke eine direkte Verbindung mit der Stadt- und Ringbahn erhält.

Die Bauarbeiten am Teltowkanal werden zurzeit noch in drei Abschnitten ausgeführt und gehen ihrer Beendigung entgegen. Es sind noch Ausschachtungsarbeiten auf Rixdorfer, Tempelhofer resp. Mariendorfer und Groß-Lichterfelder Gebiet auszuführen. In Rixdorf werden gegenwärtig die Ausschachtungen plantiert, die am Mariendorfer Wege eine Höhe bis zu 18 Metern erreichen. In den nächsten Tagen wird die Ausschachtung unter der Brücke vorgenommen und dadurch die Verbindung der bereits fertiggestellten Kanalstrecken östlich und westlich der Baustelle hergestellt. Hierauf bedarf es dann nur noch der Gleis- und Abdeckung für die elektrische Treidelbahn. Auch auf Tempelhofer Gebiet handelt es sich im wesentlichen nur noch um die Ausschachtungsarbeiten für den Hafen und einen Teil des Kanalbettes, die in wenigen Wochen beendet sein werden. Am schwierigsten sind noch die Bauarbeiten in Groß-Lichterfelde, wo die ungünstigen Bodenverhältnisse Nachsenkungen des Erdreiches herbeiführen. Lediglich den Schwierigkeiten, welche der Morastboden am Süden der Kanalstrecke bei den Bauarbeiten verursacht, ist die Verzögerung der Fertigstellung des Kanals zuzuschreiben.

Berliner Spielklub.

Da fahren so viele Leute nach Monaco, um ihr Glück im Spiel zu versuchen und schließlich zugrunde zu gehen, und doch haben wir in Berlin das „Gute so nahe“. Von einem Klub des Westens, der sich im Palais „Als-Bayern“, Potsdamerstr. 10/11, befindet, berichtet der „Konfessionär“, daß in diesem Klub an manchen Abenden Einlage gemacht worden seien, die die Höhe von 30 000 Mark erreichten. Der Klub hat bei den Spielern Augenstände im Betrage von circa 55 000 Mark und er besitzt manche Scherz, die für ihn wertlos geworden sind. Das Geschäft blüht trotzdem derartig, daß die bisher bewohnte Etage nicht mehr genügt und noch weitere Räume hinzugenommen wurden, so daß der Mietpreis allein circa 30 000 M. jährlich beträgt. Um die enormen Regiekosten decken zu können, ist der Klub auf den Beitritt der Mitglieder direkt angewiesen. Charakteristisch ist eine verbürgte Keuerung, welche der Direktor Veltner in den letzten Tagen getan hat. In ruhiger Weise erklärte er, es sei notwendig, daß sich jährlich mehrere Spieler ruinieren, denn sonst könnten die hohen Regiekosten nicht gedeckt werden.

Die der in Liquidation gegangene Klub von 1000 „gearbeitet“ hat, dürfte aus folgendem Bericht erhellen:

Die Liquidation des Klubs von 1000 ist nunmehr beendet. Die Klubs bestehen aus 70 000 M., die dem Klub von S. Joseph, der das Klubhaus mit Einrichtung, Wärdern usw. für 800 000 M. sehr billig gekauft hat, für den Erwerb desselben herausgezahlt worden sind. Diese 70 000 M. haben hingereicht, um alle Passiven zu begleichen, so daß solche bei Auflösung des Klubs nicht mehr vorhanden sein werden.

Interessant ist es, in die Interna des Klubs einen Blick zu werfen. Da erfährt man z. B., daß die Unterbilanz der Klubs in einem einzigen Jahre 60 000 M. betragen hat. Das gute Essen und die vorzüglichen Weine wurden zum Teil von den reichlich stehenden Kartengelbern bezahlt.

Das Kartengeld betrug im Jahre 1900 15 000 M., 1901 50 000 M., 1902 175 000 M., 1903 350 000 M., 1904 505 000 M. — Immer das Jahr vom 1. April bis 31. März gerechnet. Die ersten drei Monate in der Bellevuestraße brachten ein tägliches Kartengeld von circa 2000—3000 M. Nachher, als der Krach kam, wurde es natürlich weniger. Der April brachte immerhin noch etwa 80 000 M., der Mai 70 000 M. an Kartengelbern.

Unter den Aktiven befinden sich nach dem „Konfessionär“ u. a. die Summen, die der Klub noch von verschiedenen früheren Mitgliedern zu fordern hat, und deren Eingang wohl ziemlich illusorisch ist. Ein bekannter Aristokrat schuldet dem Klub noch 900 M., dafür hat er sich einige Monate lang gut schmecken lassen. Ein anderes Mitglied, das dem Klub durchaus keine Kleinigkeit für bar geliehenes Geld schuldig geblieben ist, macht den Spielmann; ein Dritter, der sich augenblicklich weit vom Saah in Auslande befindet, hat Scherz gegeben, die Verzinsung der Einlösung harrten. — Der Umbau des Hauses kostete 150 000 M. Das Silber, das die Tafel schmückte und von dem die Klubmitglieder in mancher frühlichen Stunde, ohne Ahnung der Dinge, die da kommen sollten, speisten, wurde für 27 000 M. geliefert. Elektrische Anlagen und Lampen kosteten 25 000 M.

Fünf Monate lang hat der Klub in seinem Heim in der Bellevuestraße gehaust. Man nimmt an, daß der Spielmann ja während dieser Zeit circa fünf Millionen Mark betragen hat. Auch ein Seitenbild!

Durch die Rücksichtslosigkeit eines Wagenführers ist gestern nachmittag der 24-jährige Arbeiter Max Luz, Potsdamerstr. 89 wohnhaft, so schwer verletzt worden, daß er wohl kaum am Leben erhalten werden dürfte. Er fuhr auf einem Zweirade die Tauentzienstraße entlang und wurde an der Ecke der Hardenbergstraße von einem Möbelwagen angefahren. Verwundet blieb der Bedauernswerte auf der Straße liegen. Als der Kutscher des Möbelwagens bemerkte, welches Unheil er angerichtet, schlug er auf die Pferde ein und raste davon. Schwerverletzt wurde er nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Außer Fleischwunden im Gesicht hatte er einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen erlitten. In fast hoffnungslosem Zustande wurde der Unglückliche in das Westender Krankenhaus eingeliefert.

Verhofft. Ein Kindesmord liegt einem Leichenfunde zweifellos zugrunde, welcher gestern im Luisenstädtischen Schiffadretalonal gemacht wurde. Vor dem Grundstück Luisenufer 10 zog man den Leichnam eines neugeborenen Knaben aus dem Wasser. Das tote Kind war zunächst in Zeitungspapier eingewickelt und dieses war durch starken Bindfaden fest um den Körper herumgeschürzt. Die äußere Umhüllung bestand aus grauem Packpapier. Die Leiche ist zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht worden. Von der mutmaßlichen Kindesmörderin fehlt vorläufig jede Spur.

Hemig wird sogar schon in Sachsen gesucht. Es wird berichtet: Auch die Polizei in Sachsen hat ihr besonderes Augenmerk auf die Wiedererlangung des Hemig gerichtet. In der Dienstagnacht wurde in Leischn in dem am Berlin kommenden Zuge von Gendarmen der Mörder gesucht. Der Kondukteur und die Mitreisenden hatten ihn in Dresden zu erkennen geglaubt und die Dresdener Polizei verständigt, die nach Leischn telegraphierte. Der betreffende Reisende, dessen Verheeres genau mit dem Signalement des Hemig übereinstimmte — sogar die Halsmarke fehlte nicht — wurde im Schlafwagen geweckt, konnte sich aber als ein auf der Fahrt nach Wien begriffener Aristokrat legitimieren. Derselbe war natürlich keineswegs darüber erodet, für den rüchigen Mörder gehalten worden zu sein.

Unfall eines Offiziers beim Gewehrprüfen. In der militärtechnischen Versuchsanstalt in der Kranenstraße in Charlottenburg hat sich gestern abend ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Leutnant v. Eberhard war mit anderen Offizieren beim Prüfen von Gewehren. Als er eine der Waffen versuchsweise abdrücken wollte, beachtete er vorher noch einmal etwas am Objekt zu prüfen. Wädlich trat er ein Schuß, die Waffe hatte sich von selbst entladen. Das Geschoss war Herrn v. E. in die linke Hand eingebracht und hatte sie fast völlig durchschmettert. Der Ringfinger war gänzlich und der Daumen nicht als zur Hälfte weggeschossen. Vom Mittelfinger war das dritte Gelenk vernichtet worden. Kameraden brachten den Schwerverletzten nach der Unfallstation XX am Zoologischen Garten, wo ihm die erste ärztliche Hilfe geleistet wurde. Von dort kam Herr v. E. nach der 14. Klinik in der Ziegelstraße.

Pennarini, der Pseudomim. Der Berliner Kriminalpolizei ist ein Hochstapler in die Nege geraten, der sich Pennarini oder auch Emil Hugo nannte, und der vorgab, Schauspieler an ersten Hamburger Theatern zu sein. Er brandschatzte Hamburger Hotelbesitzer

und Geschäftsleute, wurde verhaftet, aber vom Untersuchungsrichter wieder freigelassen. Die unwürdige Behandlung hatte dem Verdächtigten indes die schöne Austerlitz verleidet, er suchte das schönere Berlin auf, wo er das alte Gewerbe eines Hochstaplers wieder aufnahm. Hier endigte die Herrlichkeit aber damit, daß man ihn wieder festsetzte und als einen von Dortmund stückbriestlich verfolgten Reisenden in Eisenketten, geboren in Lehnstücken, erkannte. Dabei wurde auch ermittelt, aus welchem Grunde er sich den Titel eines Schauspielers ermaante. Bei seinen Wägen und niedrigen Varietés wirkte er als Komiker mit, wobei er sich für seine geringe Gage durch Garderobendiebstähle entschuldigte. Auch die Wohnungen seiner Stollegen plünderte er bei Gelegenheit.

Keine Aufhebung des Chausseegeldes in den nördlichen und östlichen Vororten. Ab schlägig beschieden hat der Landrat des Kreises Niederbarnim, Graf Noebder, eine Petition aus 41 Ortschaften des Kreises um Aufhebung des den Verkehr hemmenden Chausseegeldes.

Todeskurz von der Treppe. Bei der Heimkehr seinen Tod gefunden hat gestern abend der 43-jährige Arbeiter Ferdinand Krippendorf aus der Stargarderstraße 79. Er wollte die Treppe zu seiner Wohnung hinaufsteigen, als er plötzlich von einem Umhollen getroffen wurde und kopfüber die Stufen hinunterstürzte. Der Bedauernswerte erlitt einen Schädelbruch und starb fast auf der Stelle.

Vermisst. Die 30-jährige unberechnete Martha Mahler ist am 8. Januar 1906 abends 7 Uhr von ihrer Arbeitstätte Hausvogteiplatz nicht nach ihrer elterlichen Wohnung, Bartelstr. 14, zurückgekehrt. Die Mahler ist hochschwanger, es wird vermutet, daß ihr ein Unglück zugefallen ist oder daß sie von ihrem Bräutigam verborgen gehalten wird. Die Vermisste ist 1,50 Meter groß, blond, hat blaue Augen, lächelnde Zähne, blaues rundes Gesicht und ist schlank. Bekleidet war sie mit Pelzboa, blauem Vorett, gelb kariertem Samtjacket, grauwärem Kleiderrock und Knöpfstiefeln. Zwerdientliche Angaben über den Verbleib der Vermissten werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 324 zu Nr. 191 IV/26, entgegengenommen.

Gerichts-Zeitung.

Die Gerner Kasse-Affäre endete gestern mit einer Verurteilung der Angeklagten, Frau Anstalt Dr. la Roche, zu 8 Monaten Gefängnis. Auf Grund der Sachverständigenurtheile in Verbindung mit einer Reihe anderer Umstände erachtete das Gericht die Täterschaft für erwiesen.

Allein die Vernehmung der Schreibsachverständigen über die Autorschaft der anonymen Schmähschriften hat für die Öffentlichkeit ein weiteres Interesse. Es bekundete Gerichtsdemiler Dr. Loos (Düsseldorf): Die anonymen Briefe weisen vier verschiedene Schriftarten auf. Die lateinische Druckchrift, gotische Druckchrift und die lateinische veränderte Schrift habe er ausgeschieden, da aus diesen etwas Bestimmtes sich nicht feststellen lasse. Dagegen habe er aus der etwas verstellten deutschen Schrift mit hoher, ja höchster Wahrscheinlichkeit eine volle Uebereinstimmung der anonymen Schreiben mit der authentischen Schrift der Angeklagten festgestellt. Hauptächlich enthalte der an Höflicher gerichtete anonyme Brief eine derartige Uebereinstimmung, daß letztere fast zur Gewißheit werde. (Große Bewegung im Zuhörerraum.) Dafür sprachen ganz besonders die charakteristischen Schriftzeichen, die in den anonymen Briefen und in der authentischen Schrift vollständig übereinstimmen. Der Sachverständige hat die Briefe in vergrößerter Form photographiert und alsdann auf Gelatine übertragen. Er zeigt die Photographie dem Gerichtshof und erläutert in eingehender Weise die einzelnen übereinstimmenden Schriftzeichen. — Gerichtsdemiler Dr. Jeserich (Berlin) schließt sich vollinhaltlich dem ersten Gutachter an. Es komme ja vor, daß unter den Millionen von Menschen Handschriften übereinstimmen, es gebe aber gewisse charakteristische Schriftzüge, die nicht zweien Menschen vollständig gleichmäßig eigen seien.

Er habe ebenfalls die authentischen und anonymen Briefe in vergrößerter Form photographiert, alsdann auf Gelatine übertragen und festgestellt, daß die charakteristischen Schriftzüge sich gegenständig bedek. Dieser Sachverständige erklärt dies ebenfalls an der Hand der Photographie. — Auf Verfragen des Staatsanwalts bemerkt Dr. Jeserich: Die vorhandenen Abschriften sind derartig, daß sie sich durch die verstellte Hand in unangenehmer Weise erklären lassen und die Uebereinstimmung nicht in Frage stellen. — Auf weiteres Verfragen des Vorsitzenden bemerkt Dr. Jeserich: Er habe auch die Tinten der anonymen Briefe untersucht und festgestellt, daß sieben Briefe mit einer Tinte geschrieben seien. Ob die Tinte aus dem Hause la Roche kommt, habe er nicht untersucht. — Schriftsteller Hans Busse (München) schließt sich vollständig den anderen Gutachtern an. Ganz besonders habe er die Uebereinstimmung zwischen dem Kuvert einer authentischen Schrift der Angeklagten und dem eines der anonymen Briefe festgestellt. — Auf Verfragen des Staatsanwalts bemerkt der Sachverständige: Er sei der Ansicht, daß die verschiedenen Schriftarten von ein und derselben Hand geschrieben seien. — Vert.: Herr Sachverständiger: Als Ihnen im Februar 1906 der Schriftsatz der Angeklagten vorgelegt wurde, da haben Sie eine Uebereinstimmung nicht festgestellt können? — Sach.: Der Schriftsatz war auch mit verstellter Hand geschrieben, deshalb vermochte ich eine Uebereinstimmung nicht festzustellen. —

Irthum eines Schreibsachverständigen.

Vert. Justizrat Dr. Ballach: Von einem hiesigen Kollegen ist mir mitgeteilt worden, daß in einem vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Prozeß wider einen Telegraphenbeamten Herrn Dr. Loos drei Postkarten zur Begutachtung überfandt wurden. Dr. Loos photographierte die drei Karten und die authentische Handschrift des Angeklagten erklärte: Alle drei Karten seien von der Hand des Angeklagten geschrieben; ganz besonders zeige die Karte eine fast vollständige Uebereinstimmung. Da meldete sich Telegraphenträger Richter und erklärte: Er könne es nicht mit ansehen, daß der Angeklagte unschuldig verurteilt werde, die Karte habe er geschrieben. (Bewegung im Zuhörerraum.) Ich beantrage, hierüber Beweis zu erheben.

Dr. Loos bemerkt: Er sei in jenem Prozeß überhaupt nicht vor Gericht vernommen worden, er könne sich, da ihm die Akten nicht vorlägen, nicht hierüber äußern. Ein Irrthum sei selbstverständlich immerhin möglich. — Der Gerichtshof beschloß nach kurzer Beratung, das Urteil der betreffenden Schöffengerichtsverhandlung zu verlesen. Aus diesem geht hervor, daß der Angeklagte freigesprochen wurde, da sich das Gutachten des Schreibsachverständigen als irrig erwiesen habe.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der k. k. Reichsanstalt für Statistik. — Weizen Ia 63—66 pr. 100 Pfd., IIa 54—62, IIIa 49—53, IVa 39—47. Roggen Ia 50—58, IIa 43—53, IIIa 34—40, IVa 28—34. Hafer Ia 42—48, IIa 36—42, IIIa 30—36, IVa 24—30. Gerste Ia 42—48, IIa 36—42, IIIa 30—36, IVa 24—30. Mais Ia 42—48, IIa 36—42, IIIa 30—36, IVa 24—30. Kartoffeln Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Rüben Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Schweinefleisch Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Schlachtkühe Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Kalb Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Hammel Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Gänse Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Enten Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Hühner Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Eier Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Butter Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Käse Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Fleisch Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Wurst Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Speck Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Schmalz Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Honig Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Zucker Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Mehl Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Getreide Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Obst Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Gemüse Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Fleisch Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Wurst Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Speck Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Schmalz Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Honig Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Zucker Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Mehl Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Getreide Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Obst Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110. Gemüse Ia 120—122, IIa 116—118, IIIa 112—114, IVa 108—110.

Weiterprognose für Freitag, den 23. Februar 1906. Zeitweise neblig, sonst ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden, etwas kälterer Nacht und langsam steigender Tagestemperatur, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.